



Abschlussarbeiten am Institut für Europäische Studien (AIES-online)

Nr. 17

**Der Prozess der Europäisierung nationaler  
Außenpolitik am Beispiel des Weimarer  
Dreiecks im Ukraine-Krieg**

von

Mirjam Bußmann

Oktober 2015



TECHNISCHE UNIVERSITÄT  
CHEMNITZ

Mirjam Bußmann ist Absolventin des Master-Studiengangs Europäische Integration – Schwerpunkt Ostmitteleuropa. Der hier vorliegende Text stellt die überarbeitete Fassung ihrer Masterarbeit dar, die an der Professur Kultur- und Länderstudien Ostmitteleuropas erarbeitet und von Prof. Dr. Stefan Garsztecki und Dr. Piotr Kocyba betreut wurde.

## **Impressum**

Herausgeber: Institut für Europäische Studien

Anschrift: TU Chemnitz, Institut für Europäische Studien, Thüringer Weg 9, 09126 Chemnitz

Erscheinungsort: Chemnitz

# Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis.....	i
Kurzfassung .....	ii
Abstract .....	iii
1 Einführung.....	1
1.1 Gegenstand und Zielsetzung.....	1
1.2 Methodik und Vorgehensweise .....	2
2 Das Konzept der Europäisierung.....	4
3 Das Konzept der Europäisierung nationaler Außenpolitik.....	11
4 Die nationalen Außenpolitiken der Staaten des Weimarer Dreiecks .....	16
4.1 Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland .....	20
4.1.1 Die historischen Erfahrungen Deutschlands .....	20
4.1.2 Ziele und Leitlinien der deutschen Außenpolitik .....	21
4.1.3 Deutschlands Rolle als Zivilmacht .....	23
4.2 Die Außenpolitik der französischen Republik .....	24
4.2.1 Historische Einflüsse der französischen Außenpolitik .....	25
4.2.2 Leitlinien der französischen Außenpolitik.....	25
4.2.3 Die Führungsrolle Frankreichs.....	27
4.3 Die Außenpolitik der Republik Polen .....	28
4.3.1 Historische Entwicklungen der polnischen Außenpolitik.....	28
4.3.2 Ziele der polnischen Außenpolitik.....	29
4.3.3 Das polnische Sicherheitsverständnis.....	30
4.4 Überblick der Kernelemente der nationalen Außenpolitiken.....	31
5 Analyse der europäisierten Außenpolitik der Staaten des Weimarer Dreiecks .....	32
5.1 Die europäisierte Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland .....	33
5.2 Die europäisierte Außenpolitik Frankreichs.....	35

5.3	Die europäisierte Außenpolitik der polnischen Republik .....	38
6	Das Weimarer Dreieck.....	43
6.1	Tätigkeitsbereiche und Funktionen des Weimarer Dreiecks.....	45
6.2	Ziele des Weimarer Dreiecks.....	46
6.3	Errungenschaften der trilateralen Kooperation.....	46
6.4	Divergenzen zwischen den drei Mitgliedstaaten .....	47
6.5	Zwischenbilanz der trilateralen Kooperation.....	50
7	Das Weimarer Dreieck im Ukraine-Krieg .....	52
7.1	Gemeinsamer Ansatz der Mitgliedstaaten im Ukraine-Krieg .....	53
7.2	Errungenschaften der trilateralen Kooperation im Ukraine-Krieg .....	55
7.3	Schwächen der trilateralen Kooperation während des Ukraine-Kriegs .....	57
8	Nationale Interessen im Ukraine-Krieg.....	57
8.1	Deutsche Interessen im Ukraine-Konflikt .....	58
8.2	Frankreichs Standpunkt im Ukraine-Krieg .....	64
8.3	Polnische Forderungen im Ukraine-Krieg .....	69
9	Ablösung des Weimarer Dreiecks durch das Normandie-Format .....	76
10	Prozess der Europäisierung nationaler Außenpolitiken während des Ukraine-Kriegs....	80
10.1	Europäisierung deutscher Außenpolitik während des Ukraine-Kriegs.....	81
10.2	Europäisierung französischer Außenpolitik im Ukraine-Krieg .....	83
10.3	Europäisierung polnischer Außenpolitik während des Ukraine-Kriegs .....	84
11	Fazit .....	87
	Bibliografie .....	iv

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Richtungskette top-down-Ansatz.....	7
Abbildung 2: Richtungskette bottom-up-Ansatz .....	7
Abbildung 3: Schema des internationalen Systems aus Perspektive der EU .....	18

## Abkürzungsverzeichnis

a.D.	außer Dienst
bzw.	beziehungsweise
CFSP	Common Foreign and Security Policy
EG	Europäische Gemeinschaft
ENP	Europäische Nachbarschaftspolitik
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EUAM-Ukraine	Beratende Mission der Europäischen Union für eine Reform des zivilen Sicherheitssektors in der Ukraine
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
G7	Gruppe der Sieben
G8	Gruppe der Acht
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
KERM	Komitet Europejski Rady Ministrów (Europäischer Ausschuss des Ministerrats)
NATO	North Atlantic Treaty Organization
OME	Ostmitteleuropa
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
UKIE	Urząd Komitetu Integracji Europejskiej (Amt für Europäische Integration)
UN	United Nations
USA	United States of America
z.B.	zum Beispiel

## **Kurzfassung**

Aufgrund der Eskalation in der Ukraine im Winter 2013 standen die Mitgliedstaaten der EU vor neuen Herausforderung in ihrem Konfliktmanagement. Ihre gemeinsame Außenpolitik musste neu ausgerichtet werden und eine gemeinsame Linie gegenüber Drittstaaten gefunden werden. Wie sich die Staaten inhaltlich in ihrer Außenpolitik einander annäherten, um gemeinsame Kooperationsforen wie das Weimarer Dreieck zu reaktivieren, wird in der vorliegenden Analyse mit Hilfe des Konzepts der Europäisierung untersucht. Dabei lautet die Untersuchungsfrage: Ist ein Prozess der Europäisierung nationaler Außenpolitik während des Ukraine-Kriegs bei den drei Mitgliedstaaten des Weimarer Dreiecks erkennbar? Im Laufe der Untersuchung wird der Einfluss der EU auf die Mitgliedstaaten von anderen Einflussfaktoren isoliert und untersucht. Dabei wird die Erkenntnis erhalten, dass alle drei Staaten des Weimarer Dreiecks einen unterschiedlichen Europäisierungsgrad vor Ausbruch des Ukraine-Kriegs aufweisen. Jedoch werden sowohl Deutschland und Frankreich als auch Polen als europäisierte Länder mit europäisierter Außenpolitik eingeordnet. Im Rahmen der vorliegenden Analyse und mit Hinblick auf die Entwicklungen während des Ukraine-Kriegs, stellt sich jedoch heraus, dass sich die Tendenzen der Europäisierung bei den drei Staaten am Ende des Untersuchungszeitraumes deutlich unterscheiden. Deutschland weist Tendenzen der Nationalisierung in der Außenpolitik auf. Frankreich vollzieht den Prozess der Europäisierung der nationalen Außenpolitik weiterhin und Polen de-europäisiert die nationale Sicherheitspolitik. Die vorliegende Untersuchung zeigt die Ursachen hierfür und verdeutlicht, dass diese Entwicklungen bestimmten internationalen Veränderungen geschuldet sind, wie beispielsweise einer größeren Verantwortung im Konfliktmanagement für Deutschland.

## **Abstract**

Due to the escalation in Ukraine in winter 2013, the member states of the EU faced new challenges in their conflict management. Their common foreign policy had to be newly orientated and a new policy towards third countries had to be formulated. The present analysis will describe how the states converged regarding the content of their foreign policy in order to reactivate common forums for cooperation like the Weimar triangle by using the concept of Europeanisation. Therefore the question to be answered is the following: Is a process of Europeanisation of national foreign policy during the war in Ukraine in the three member states of the Weimar triangle discernible? In this analysis, the influence of the EU on the member states will be isolated from other influence factors and will be examined. As a result, a different degree of Europeanization among the three member states of the Weimar triangle at the outbreak of the war in Ukraine will be recognizable. Nevertheless, all three countries are classified as Europeanised states with Europeanised foreign policy. In the frame of this analysis and with regard to the developments during the Ukraine war, it is proven, that the tendencies of Europeanisation among the three states differ significantly at the end of the investigation period. Germany shows a tendency of nationalisation in its foreign policy. France performs the process of Europeanisation and Poland de-Europeanises its national security policy. The present analysis demonstrates the reasons for the above mentioned developments and highlights that these have their origin in international changes, like a bigger responsibility for Germany in the conflict management.

## **1 Einführung**

Der Ausbruch der Maidan-Proteste im November 2013 in Kiew und die darauffolgende Annexion der Krim durch die russische Föderation versetzte die Staaten der Europäischen Union (EU) in einen Schockzustand. Auf eine derartige Eskalation des Konfliktes und eine Konfrontation mit Russland war zu diesem Zeitpunkt kein Mitgliedstaat vorbereitet. Innerhalb kürzester Zeit versuchten die Staaten der EU eine europäische Linie zu finden, um auf die Ereignisse gemeinsam zu reagieren. Dabei waren sich die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten bewusst, dass sie nur dann handlungsfähig und glaubhaft sind, wenn ein Konsens in zentralen außen- und sicherheitspolitischen Fragen besteht. Infolgedessen bildeten sich Kooperationsforen, die den Zusammenhalt innerhalb der Union stärken sollten. Das Weimarer Dreieck war das Forum, welches bereits vor Ausbruch der Ausschreitungen bestand. In der Vergangenheit zeichnete es sich durch gute Kontakte zwischen den drei Mitgliedstaaten Deutschland, Frankreich und Polen aus und musste zum Zweck der Konsensfindung nur reaktiviert werden. Einer Konsensfindung im Rahmen des Weimarer Dreiecks wurde das Potenzial zugesprochen, die Kohäsion innerhalb der EU in Bezug auf außen- und sicherheitspolitische Fragen während des Ukraine-Kriegs zu stärken.

### **1.1 Gegenstand und Zielsetzung**

Die vorliegende Arbeit untersucht in Hinblick auf die Konsensfindung innerhalb des Weimarer Dreiecks den Prozess der Europäisierung nationaler Außenpolitik am Beispiel des bereits erwähnten Weimarer Dreiecks während des Ukraine-Kriegs. Folgende Frage soll im Rahmen dieser Analyse beantwortet werden: Ist ein Prozess der Europäisierung nationaler Außenpolitik während des Ukraine-Kriegs bei den drei Mitgliedstaaten des Weimarer Dreiecks erkennbar? Unter der Voraussetzung, dass die vorherige Frage positiv beantwortet werden kann, wird sich zudem folgender Frage gewidmet: Inwiefern unterscheiden sich die drei Länder in diesem Prozess der Europäisierung?

Das Weimarer Dreieck mit seinen drei Mitgliedstaaten Deutschland, Frankreich und Polen stellt in dieser Arbeit das Untersuchungsobjekt dar. Der

Prozess der Europäisierung wurde als Untersuchungsgrundlage gewählt. Dabei liegt der Fokus auf der Europäisierung der jeweiligen nationalen Außenpolitik. Die Anwendung des Konzepts der Europäisierung nationaler Außenpolitik wurde als Methode gewählt, da der Prozess der Europäisierung ein Auspendeln zwischen verschiedenen extremen Positionen umfasst. Dieser Pendulum-Effekt ist sowohl sichtbar als auch messbar und eignet sich als Bezugswert für die vorliegende Analyse. Aus diesem Grunde wurde in der vorliegenden Arbeit der Versuch unternommen, den Einfluss der EU auf die nationalen Außenpolitiken von dem der anderen Einflussfaktoren (z.B. Beitritt in die NATO oder andere internationale Dynamiken wie die Globalisierung, die Demokratisierung sowie die Transnationalisierung) zu isolieren und zu untersuchen. Gleichzeitig bildet der Ukraine-Krieg den zeitlichen Rahmen der Untersuchung. Dabei endet der Untersuchungszeitraum mit dem bis heute letzten Treffen der Regierungen des Weimarer Dreiecks im April 2015 in Breslau. Der Begriff des Kriegs wurde in der vorliegenden Arbeit bewusst dem Begriff der Krise vorgezogen. Da seit den Gefechten in der Ostukraine zahlreiche Menschen ihr Leben verloren haben, erscheint der Begriff ‚Krise‘ in diesem Zusammenhang als nicht adäquat.

Da die vorliegende Arbeit einen ergebnisoffenen Prozess in einem Politikfeld der EU untersucht, umfasst diese Analyse eine Betrachtung eines fortwährenden Prozesses, der kein abgeschlossenes Resultat aufweist. Daher kann innerhalb dieser Analyse nur auf den Ist-Zustand verwiesen werden, nicht aber ein Ausblick auf potenzielle weitere Entwicklungen vorgenommen werden. Gleichermäßen findet eine Weiterentwicklung im Ukraine-Krieg statt, die für die Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Frankreich und Polen neue Herausforderungen darstellt. Die jüngsten Ereignisse sind nicht mehr Gegenstand der vorliegenden Arbeit.

## **1.2 Methodik und Vorgehensweise**

Die Bearbeitung der Thematik sowie die Analyse des Prozesses der Europäisierung nationaler Außenpolitik am Beispiel der Staaten des Weimarer Dreiecks erfordert über das Studium der zugehörigen akademischen Literatur hinaus die Einbeziehung und Untersuchung von Primärdokumenten, ausgegeben von den jeweiligen

Ministerien für Außenbeziehungen, sowie die Lektüre diverser Pressemitteilungen der nationalen Regierungen.

Um die oben genannten Fragen zu beantworten, erfolgt zunächst in Kapitel 2 eine Vorstellung des Konzepts der Europäisierung und dessen theoretische Anwendung auf das Politikfeld der nationalen Außenpolitik als besonderen Bereich europäischer Politik, der intergouvernemental ist und somit nicht durch legal bindende Regelungen seitens der EU reguliert wird (Kapitel 3). Dadurch wird das erforderliche Grundverständnis des Konzepts gegeben, auf dem die Untersuchung der vorliegenden Arbeit basiert.

In Kapitel 4 folgt eine Untersuchung der nationalen Außenpolitik der drei Mitgliedsländer des Weimarer Dreiecks, ihren Grundmaximen und Prioritäten. Es wird herausgearbeitet, welche Merkmale bei der Formulierung der jeweiligen außenpolitischen Strategie prägnant sind, welches Rollenverständnis erkennbar ist und welche nationalen Interessen diesen Prozess beeinflussen.

Schließlich wird in Kapitel 5 der erlangte Europäisierungsgrad der nationalen Außenpolitik vor Ausbruch des Ukraine-Kriegs analysiert. Hierfür werden die außenpolitischen Strategien der jeweiligen nationalen Außenpolitiken in Hinblick auf ihren erlangten Europäisierungsgrad anhand von konkreten Beispielen im Bereich der Außenpolitik untersucht. Der Status quo der Europäisierung, der am Ende dieses Kapitels präsentiert wird, gilt anschließend als Ausgangsbasis für die Untersuchung des Europäisierungsprozesses während des Ukraine-Kriegs in Kapitel 10.

In Kapitel 6 folgt die Präsentation des Weimarer Dreiecks und dessen Kooperationen im Bereich der Außenpolitik. Gleichzeitig werden die bereits erreichten Erfolge kritisch betrachtet und eine Bilanz der bisherigen Kooperation in Hinblick auf den Anpassungsgrad der nationalen Interessen innerhalb des Weimarer Dreiecks gezogen.

Anschließend wird in Kapitel 7 das Weimarer Dreieck, dessen Kooperation und Harmonisierung der eigenen nationalen Politiken während des Ukraine-Kriegs betrachtet. Hierbei liegt der Fokus vor allem auf der Betonung gemeinsamer und

divergierender Interessen bei der Lösungsfindung des Konfliktes, die anschließend auf den stetigen Prozess der Europäisierung der nationalen Außenpolitiken hinweisen werden.

Kapitel 8 befasst sich dann mit den nationalen Interessen der drei Staaten im Ukraine-Krieg und ihrem Engagement bei der Suche nach einer Lösung des Konfliktes. Im Rahmen dieses Kapitels werden noch einmal die Unterschiede in den nationalen Strategien herausgearbeitet.

Schließlich folgt in Kapitel 9 eine Analyse des Normandie-Formats, welches das Weimarer Dreieck als Kooperationsforum ersetzte. Dabei wird zunächst untersucht, ob deutsche und französische Entscheidungsträger versuchten, nationale Interessen durchzusetzen. Im Anschluss daran wird die polnische Perspektive auf die Verhandlungen betrachtet.

Die vorliegende Arbeit wird mit der Untersuchung des Prozesses der Europäisierung nationaler Außenpolitik in Kapitel 10 abschließen. Innerhalb dieses Kapitels werden die erarbeiteten Aspekte der nationalen Außenpolitik und des Europäisierungsgrades in Betracht gezogen. Anschließend erfolgt eine Darstellung des Prozesses der Europäisierung nationaler Außenpolitik der drei Länder des Weimarer Dreiecks im Ukraine-Krieg.

## **2 Das Konzept der Europäisierung**

In den letzten Jahrzehnten, mit Fortschritt der europäischen Integration, wurde der Begriff ‚Europäisierung‘ vermehrt in unterschiedlichen Analysen verwendet. Insbesondere in der Mitte der 1990er Jahre wurden zahlreiche komparative Politikanalysen verfasst, die sich auf die EU als unabhängige Variable beriefen, um Veränderungen in nationalen Bereichen zu erklären.<sup>1</sup> Ein Konsens bezüglich einer einheitlichen Definition des Konzepts konnte bisher unter den Wissenschaftlern noch nicht getroffen werden. Vielmehr ist laut Claudio M. Radaelli Europäisierung eine „‘orchestration’ of existing concepts and theories“<sup>2</sup>. Daher werden in diesem

---

<sup>1</sup> Cf. Ladrech, Robert (2010), *Europeanization and national politics*, Basingstoke, Hampshire: Palgrave Macmillan, S. 12.

<sup>2</sup> Radaelli, Claudio M. (2004), „Europeanisation: Solution or Problem?“, in: *European Integration online Papers* (16), S. 5.

Kapitel die wichtigsten Ansätze des Konzepts dargestellt, die für die anschließende Analyse der europäisierten Außenpolitik notwendig sind. Dieses Kapitel ist somit als eine Einführung zu verstehen, um mit den Mechanismen und Definitionen des Konzepts der Europäisierung vertraut zu werden. Aufgrund des begrenzten Umfangs der vorliegenden Untersuchung, werden in diesem Kapitel lediglich die am meisten rezipierten Konzepte bedeutender Autoren vorgestellt.

Grundsätzlich versucht das Konzept der Europäisierung den Einfluss der Europäischen Union und deren Politik auf die Mitgliedstaaten, aber auch auf Drittstaaten (z.B. Beitrittskandidaten), deren Strukturen, Prozesse und Politiken zu beschreiben.<sup>3</sup> Die daraus möglicherweise resultierende Veränderung der inländischen Politik, die Bildung neuer Identitäten, administrativer Innovationen und Modernisierungen werden mit Hilfe des Konzepts der Europäisierung dargestellt.<sup>4</sup> Gleichzeitig wird bei den Untersuchungen verdeutlicht, dass die Anpassung der betroffenen Staaten weit komplexer zu verstehen ist als eine simple Reaktion auf den Einfluss aus Brüssel.<sup>5</sup> An dieser Stelle sei nochmals erwähnt, dass nicht nur die Europäische Union die Quelle für regionale oder nationale institutionelle Veränderungen ist. Auch andere Faktoren, beispielsweise die bereits erwähnten Dynamiken der Globalisierung und Transnationalisierung, können die Politikveränderungen der Staaten hervorrufen.<sup>6</sup> Die vorliegende Analyse beschränkt sich auf die Veränderungen der nationalstaatlichen Politiken, ausgelöst durch den Einfluss der EU und ihrer Mitgliedstaaten. Dieser stellt den Grundpfeiler des Konzepts der Europäisierung dar.

Bei den zahlreichen Analysen werden verschiedene Richtungen des Einflusses (*top-down*, *bottom-up*, sowie *crossloading*) zur Beschreibung der Prozessdynamik herangezogen. Die einzelnen Dimensionen finden in den

---

<sup>3</sup> Cf. Schäfer, Claudia (2014), *Europäisierung in Ostmitteleuropa. Subnationale Effekte von Konditionalität und Mitgliedschaft am Beispiel der Regionalverwaltungen Polens*, Berlin, Münster: Lit, S. 22.

<sup>4</sup> Cf. Radaelli, Claudio M. (2002), „Whither Europeanization? Concept Stretching and Substantive Change“, in: *European Integration online Papers* (8), S. 4.

<sup>5</sup> Cf. Radaelli, *Europeanisation: Solution or Problem?*, S. 4.

<sup>6</sup> Cf. Börzel, Tanja A.; Risse, Thomas (2012), „From Europeanisation to Diffusion: Introduction“, in: *West European Politics* (1), S. 2.

verschiedenen Definitionen unterschiedliche Anwendung und werden im Folgenden erläutert.

Eine häufig zitierte Definition des Europäisierungskonzepts stammt von Claudio M. Radaelli. Er versteht unter dem Begriff vor allem einen interaktiven Prozess und nicht das Resultat eines Prozesses. Er differenziert somit das Konzept der Europäisierung von der politischen Integration.<sup>7</sup> Letztere umfasst die Erschaffung von Institutionen, Politiken und Praktiken auf der Ebene der Europäischen Union und ist der Europäisierung vorgelagert.<sup>8</sup>

Das dieser Arbeit zugrundeliegende Begriffsverständnis von Europäisierung beruht auf nachfolgender Definition Radaellis:

Europeanisation consists of processes of a) construction, b) diffusion and c) institutionalisation of formal and informal rules, procedures, policy paradigms, styles, 'ways of doing things' and shared beliefs and norms which are first defined and consolidated in the EU policy process and then incorporated in the logic of domestic (national and subnational) discourse, political structures and public policies.<sup>9</sup>

Der Prozess beinhaltet laut Radaelli Veränderungen in der Logik des nationalen politischen Verhaltens. Dies führt schließlich innerhalb des inländischen politischen Systems zu einer Institutionalisierung von Diskursen, kognitiven Karten und normativen Rahmen, welche zunächst in einem EU-Kontext entdeckt und erfahren wurden.<sup>10</sup>

Der in Abbildung 1 beschriebene *top-down-Ansatz (downloading)*, der den Einfluss der EU auf die Mitgliedstaaten beschreibt, basiert auf folgender Richtungskette:

---

<sup>7</sup> Cf. Radaelli, Whither Europeanization? Concept Stretching and Substantive Change, S. 5.

<sup>8</sup> Cf. Schäfer, Europäisierung in Ostmitteleuropa, S. 22.

<sup>9</sup> Radaelli, Claudio M. (2004), „Europeanisation: Solution or Problem?“, in: European Integration online Papers (16), S. 3.

<sup>10</sup> Cf. Ibid., S. 6.

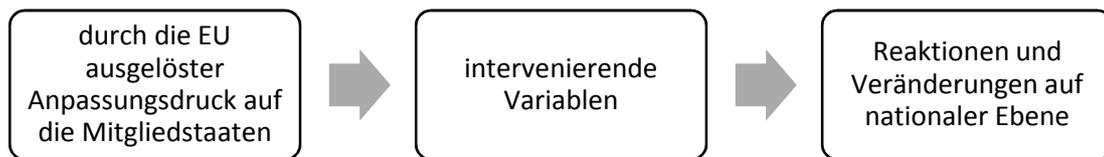


Abbildung 1: Richtungskette top-down-Ansatz<sup>11</sup>

Er beginnt bei der EU-Politik sowie deren Strukturen als unabhängige Variable und verfolgt deren Einfluss sowie Konsequenzen auf nationaler Ebene für die Akteure, Inhalte und Strukturen.

Bei einer Analyse entsprechend des in Abbildung 2 beschriebenen *bottom-up*-Ansatzes (*uploading*) wird zunächst das Verhalten der nationalen Akteure, die Ressourcen, Probleme, Stile und Diskurse der nationalen Ebene untersucht. Dies bedeutet, der Ausgangspunkt liegt im System der Interaktion der beschriebenen Faktoren auf nationaler Ebene.<sup>12</sup> *Uploading* beschreibt einen Prozess, bei dem Änderungswünsche der jeweiligen Akteure an die nächsthöhere Ebene formuliert und anschließend nationale Standpunkte erarbeitet werden. Nach dem Prozess des *downloadings* wirken die Änderungen (z.B. in Form von Rechtsakten) auf die nationale oder subnationale Ebene ein.<sup>13</sup>

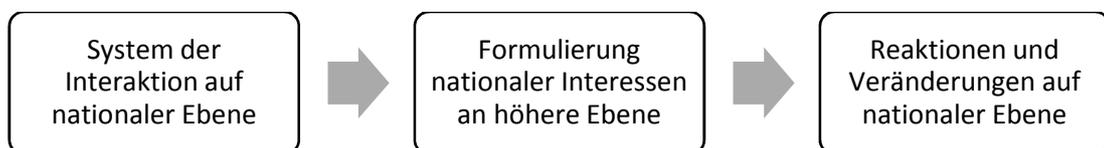


Abbildung 2: Richtungskette bottom-up-Ansatz<sup>14</sup>

Radaelli betont in seiner Erklärung des Konzepts, dass Europäisierung nicht nur vertikale Prozesse zwischen der EU und den Mitgliedstaaten abdeckt, sondern dass auch die horizontale Dynamik zwischen den Akteuren inbegriffen ist. Im letzteren Fall repräsentiert die EU den kognitiven und normativen Rahmen und bietet die Möglichkeit, dass sich nationale Akteure sozialisieren und schließlich einen Austausch von Ideen, Macht, Politiken, etc. untereinander ausüben.<sup>15</sup>

<sup>11</sup> Eigene Darstellung, Cf. Ibid., S. 4.

<sup>12</sup> Cf. Ibid., S. 4.

<sup>13</sup> Cf. Schäfer, Europäisierung in Ostmitteleuropa, S. 32.

<sup>14</sup> Eigene Darstellung, Cf. Radaelli, Europeanisation: Solution or Problem?, S. 4.

<sup>15</sup> Cf. Ibid., S. 5.

Sozialisierung meint in diesem Konzept einen „ergebnisoffenen Prozess, der ganz allgemein Übernahme von Verhaltensregeln, die in einer bestimmten Gemeinschaft Gültigkeit haben, beschreibt. Staaten sind dabei ebenso als Akteure zu betrachten wie Individuen“<sup>16</sup>. Als Ergebnis definiert Radaelli vier verschiedene Varianten der Reaktionen der betroffenen Staaten, die sich in ihrem Ausmaß deutlich unterscheiden. Der betroffene Staat reagiert möglicherweise auf den Einfluss der EU, indem er keine Veränderungen der innerstaatlichen Politiken unternimmt (*inertia*) oder er führt kleine Veränderungen aufgrund eines gewissen Maßes der Anpassung durch (*absorption*). *Transformation* gilt als weitere mögliche Reaktion auf den Einfluss der EU und beschreibt eine komplette paradigmatische Anpassung. Die letzte Variante *retrenchment* gilt als negatives Beispiel der Europäisierung und setzt voraus, dass die nationale Politik „becomes less ‚European‘ than it was“<sup>17</sup>. Wenn also nach einer Sozialisierung in Europa ein Wechsel in der nationalen Politik zu erkennen ist, spricht man laut Radaelli ebenso von Europäisierung.<sup>18</sup>

Eine weitere, differenzierte Beschreibung des Konzepts der Europäisierung liefert Johan P. Olsen, indem er die vielen Gesichter der Europäisierung analysierte und fünf Definitionen anfertigte, die sich laut Olsen nicht gegenseitig ausschließen, sondern vielmehr ergänzen. Die erste Definition umfasst den Prozess der Veränderung der Außengrenzen, wie z.B. durch EU-Erweiterungen und beschreibt somit die veränderte geografische Reichweite des EU-Territoriums. Die zweite Definition beschreibt die Entwicklung von Institutionen, bzw. Regierungsstrukturen auf EU-Ebene, die je nach Politikbereich von der Kapazität und Legitimität der EU abhängig ist. Als drittes Konzept definiert Olsen die Beeinflussung von nationalen sowie subnationalen Regierungssystemen durch Normen und Politikstrukturen der EU. Somit erläutert er die Aufgaben- und Machtaufteilungen unter den verschiedenen Regierungsebenen und Veränderungen innerhalb zentraler staatlicher Institutionen sowie Politiken. In der nächsten Definition bezieht er sich auf den Export von europäischen Politik- und Regierungsformen außerhalb des

---

<sup>16</sup> Schäfer, Europäisierung in Ostmitteleuropa, S. 26.

<sup>17</sup> Radaelli, Whither Europeanization? Concept Stretching and Substantive Change, S. 11.

<sup>18</sup> Cf. Radaelli, Europeanisation: Solution or Problem?, S. 10.

europäischen Gebiets. Die fünfte Definition wiederum greift das Projekt der politischen Vereinigung Europas auf.<sup>19</sup> Olsens Definitionen weisen allerdings einige Schwachpunkte auf und werden dafür kritisiert, dass sie das Subjekt der Veränderungen nicht klar definieren würden. Somit ist bei einer Analyse im Bereich der Außenpolitik nicht erkenntlich, wer diesen Prozess der Europäisierung initiierte und wer davon profitiert.<sup>20</sup>

Robert Ladrech liefert ebenfalls eine wichtige Definition des Begriffs und versteht Europäisierung als einen Wechsel innerhalb des Mitgliedstaates, dessen Motivationslogik mit einer EU-Politik oder mit einem EU-Entscheidungsprozess verknüpft ist.<sup>21</sup> Ladrech definiert somit Europäisierung als „national adaptation to EU membership“<sup>22</sup>. Als Auslöser der Veränderung auf nationaler Ebene gilt der *misfit* zwischen EU-Institutionen und inländischen Strukturen, der einen Anpassungsdruck der Staaten provozieren kann. Es wird unterschieden zwischen dem *policy misfit* und dem *institutional misfit*. Bei beiden ist keine automatische Reaktion auf den Anpassungsdruck zu erwarten.<sup>23</sup> Je nach Ausmaß des *misfits* reagieren die Nationalstaaten unterschiedlich: *Absorption*: Bei einer „low misfit situation“<sup>24</sup> reagieren die Staaten mit kleinen Modifikationen der bereits etablierten Politiken. Nationale Kernpraktiken, Ansichten und institutionelle Logik bleiben in diesem Fall intakt und EU-Politik wird integriert. *Accommodation*: Aufgrund eines höheren Anpassungsdrucks wird in manchen Politikbereichen nur ein geringes Ausmaß an Veränderungen durchgeführt. *Transformation*: Diese Art von fundamentaler Veränderung ist sehr selten und beschreibt einen Prozess, in dem existierende Praktiken und Politiken durch neue ersetzt werden oder nationale Kernelemente im Wesentlichen verändert werden. Das Konzept von Robert Ladrech versteht Europäisierung als einen *top-down* Prozess, indem „change from the

---

<sup>19</sup> Cf. Olsen, Johan P. (2002), „The Many Faces of Europeanization“, in: JCMS: Journal of Common Market Studies (5), S. 923–932.

<sup>20</sup> Cf. Dyduch, Joanna (2014), „Foreign Policy Analysis in the Time of European Political Integration. Structural Realism and Europeanization – An Attempted Synthesis?“, in: Horyzonty Polityki (10), S. 68.

<sup>21</sup> Cf. Ladrech, Europeanization and national politics, S. 2.

<sup>22</sup> Wong, Reuben, „The Europeanization of Foreign Policy“, in: C. Hill; M. Smith (Hg.) (2005), International relations and the European Union (5), Oxford: Oxford University Press, S. 136.

<sup>23</sup> Cf. Ibid., S. 31–33.

<sup>24</sup> Ibid., S. 36–37.

supranational/ European level to the national level in decision-making politics“<sup>25</sup> umgewandelt wird. Dadurch ist zu erkennen, dass Ladrech die Staaten als reaktive Akteure versteht, die als Gegenreaktion auf den Anpassungsdruck versuchen, ihre nationalen Politiken den EU-Institutionen entsprechend der Einschränkungen und Voraussetzungen anzupassen und diese durch Korrekturen ihrer staatlichen Politiken in Übereinstimmung zu bringen.

Demgegenüber steht die Definition von Tanja Börzel, die die Reaktionen und Strategien der Mitgliedstaaten in drei verschiedene Kategorien einteilt: Die erste Kategorie umfasst die aktive Reaktion der Mitgliedstaaten auf der europäischen Ebene, welche ihre Interessen vertreten, die Implementierungskosten senken möchten und idealerweise ihre Präferenzen auf die europäische Ebene exportieren (*pace-setting*). Die zweite Kategorie beinhaltet diejenigen Staaten, die versuchen hohe Kosten zu vermeiden und daher entsprechende Politiken blockieren oder deren Implementierung zeitlich verschieben (*foot-dragging*). In der dritten Kategorie finden sich schließlich all diejenigen Staaten wieder, die weder versuchen, die Politiken voranzubringen, noch sie zu blockieren. Stattdessen nehmen sie eine neutrale Position ein und versuchen je nach Politikbereich, taktische Koalitionen mit den Staaten aus den beiden anderen Kategorien zu bilden (*fence-sitting*).<sup>26</sup>

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass

Europeanization is supposed to explain processes of cultural change, new identities formation, policy change, administrative innovation, and even modernization. It covers the formation of European public policy and the effects of EU decisions on national systems. It affects member states but also the wider world, as there is undoubtedly Europeanization of policy in countries applying for EU membership.<sup>27</sup>

In der vorliegenden Analyse wird der Begriff der Europäisierung verwendet, um folgende Eigenheiten und Prozesse zu beschreiben: Europäisierung als theoretisches Konzept liefert eine abstrakte Verallgemeinerung des Verhaltens der Nationalstaaten während des Prozesses der Europäischen Integration und ist nicht

---

<sup>25</sup> Wong, *The Europeanization of Foreign Policy*, S. 136.

<sup>26</sup> Cf. Börzel, Tanja A. (2002), „Pace-Setting, Foot-Dragging, and Fence-Sitting: Member State Responses to Europeanization\*“, in: *Journal of Common Market Studies* (2), S. 197–206.

<sup>27</sup> Radaelli, *Whither Europeanization? Concept Stretching and Substantive Change*, S. 4.

als Synonym der Europäischen Integration zu verstehen.<sup>28</sup> Des Weiteren wird Europäisierung nicht mit Uniformität gleichgesetzt. Aufgrund unterschiedlicher Dimensionen der Europäisierung (*downloading, uploading, crossloading*) findet keine Harmonisierung oder Übernahme eines einheitlichen Modells statt. Somit basiert das zugrundeliegende Begriffsverständnis dieser Arbeit auf der Annahme, dass Europäisierung ein zirkulärer Prozess ist, bei dem sich nationale und europäische Politikebenen gegenseitig beeinflussen. Während dieses Prozesses findet eine Projektion der nationalen Interessen der Mitgliedstaaten und eine Rezeption statt. Rezeption an dieser Stelle bedeutet eine nationale Anpassung an die EU, die aus einem Prozess des Ausgleichs nationaler Bedürfnisse und externen Forderungen besteht.<sup>29</sup> Daraus folgt, dass ein Staat nicht nur europäisiert wird, wenn er EU-Politiken umsetzt, sondern auch, wenn er in der Lage ist, seine Ideen und Interessen in Brüssel zu äußern und sich dafür einzusetzen.<sup>30</sup> Somit wird der Prozess der Europäisierung nicht nur durch die EU ausgelöst, sondern kann ebenfalls von den Nationalstaaten selbst hervorgerufen werden. Staatliche Akteure sind infolgedessen in diesem Prozess nicht nur Objekte, sondern auch aktive Subjekte „institutionsinduzierter Europäisierungsprozesse“<sup>31</sup>.

### 3 Das Konzept der Europäisierung nationaler Außenpolitik

In diesem Kapitel werden theoretische Grundlagen der Europäisierung nationaler Außenpolitik vorgestellt. Aufgrund des intergouvernementalen Charakters der europäischen Außenpolitik und ihrer Entscheidungsprozesse, unterscheidet sich der Grad der Europäisierung von anderen supranationalen Politikfeldern der EU, da die Kompetenzen der EU in diesem Bereich sehr schwach ausgeprägt sind.<sup>32</sup> Nichtsdestotrotz ist die Außenpolitik der Mitgliedstaaten kein besonderer Bereich europäischer Politik, in dem die Mitgliedstaaten immun gegenüber dem Druck des

---

<sup>28</sup> Cf. Dyduch, Foreign Policy Analysis in the Time of European Political Integration. Structural Realism and Europeanization – An Attempted Synthesis?, S. 80.

<sup>29</sup> Cf. Kamińska, Joanna (2014), Poland and EU enlargement. Foreign policy in transformation, New York: Palgrave Macmillan, S. 5–6.

<sup>30</sup> Cf. Pomorska, Karolina, „Are we there yet? From adaptation to Europeanisation of Polish foreign policy“, [http://www.euce.org/eusa/2011/papers/7j\\_pomorska.pdf](http://www.euce.org/eusa/2011/papers/7j_pomorska.pdf), letzter Zugriff am 12.08.2015.

<sup>31</sup> Schmalz, Uwe (2004), Deutschlands europäisierte Aussenpolitik. Kontinuität und Wandel deutscher Konzepte zur EPZ und GASP, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 35.

<sup>32</sup> Cf. Featherstone, Kevin, „Introduction: In the Name of 'Europe'“, in: K. Featherstone; C. M. Radaelli (Hg.) (2003), The politics of Europeanization, Oxford: Oxford University Press, S. 12.

Europäisierungsprozesses sind.<sup>33</sup> Denn auch dieses Politikfeld, „the last bastion of national sovereignty“<sup>34</sup>, reagiert auf einen neuen Rahmen der politischen Entwicklung und Maßnahmen.

Aufgrund der stetigen Institutionalisierung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ist diese in der Zwischenzeit mehr als nur die Summe aller nationalen Außenpolitiken der Mitgliedstaaten geworden und repräsentiert dadurch mehr als nur ein informelles Vernetzen zwischen den nationalen Außenministern.<sup>35</sup> Da die Mitgliedstaaten der EU in dem intergouvernementalen Feld der Außenpolitik die Hauptakteure repräsentieren, wird die GASP nicht von supranationalen Institutionen dominiert. Statt von Gesetzen wird die GASP von Verträgen geregelt.<sup>36</sup> „The European Union [...] has not defined the goals of its foreign policy, to a large degree because it cannot agree on them.“<sup>37</sup> Wie die nationalen Außenpolitiken trotzdem europäisiert werden und schließlich eine Abstimmung in der GASP erfolgt, wird nun anhand der unterschiedlichen Konzepte der Europäisierung der Außenpolitik beschrieben.

Im Gegensatz zu anderen supranationalen Politikbereichen, entsteht für die nationale Außenpolitik eines Mitgliedstaates kein durch Rechtsformen der EU ausgelöster Anpassungsdruck.<sup>38</sup> Da dieses Politikfeld nicht in die Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs fällt, ist einer der wichtigsten Punkte bei der Analyse der Europäisierung der Außenpolitik, dass diese von den Mitgliedstaaten freiwillig durchgeführt wird und mit Hilfe der Mechanismen der Sozialisierung und des Lernens realisiert wird.<sup>39</sup>

---

<sup>33</sup> Cf. Wong, Reuben, „Foreign Policy“, in: P. Graziano; M. Peter Vink (Hg.) (2007), *Europeanization*, Houndmills, Basingstoke, Hampshire [England], New York: Palgrave Macmillan, S. 328.

<sup>34</sup> Ladrech, *Europeanization and national politics*, S. 190.

<sup>35</sup> Cf. Dyduch, *Foreign Policy Analysis in the Time of European Political Integration. Structural Realism and Europeanization – An Attempted Synthesis?*, S.52–53.

<sup>36</sup> Cf. Major, Claudia (2005), „Europeanisation and Foreign and Security Policy - Undermining or Rescuing the Nation State?“, in: *Politics* (3), S. 183.

<sup>37</sup> Bindi, Federiga M.; Shapiro, Jeremy, „EU Foreign Policy: Myth or Reality?“, in: F. M. Bindi (Hg.) (2010), *The foreign policy of the European Union*, Washington, D.C.: Brookings Institution Press, S. 340.

<sup>38</sup> Cf. Aposkitis, Selma (2006), *Europäisierung oder Renationalisierung. Nationalstaatliche Positionen in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Deutschland, Frankreich und Großbritannien*, Baden-Baden: Nomos, S. 31.

<sup>39</sup> Cf. Pomorska, „Are we there yet?“, letzter Zugriff am 12.08.2015.

Europäisierung der Außenpolitik beschreibt laut Ben Tonra:

a transformation in the way in which national foreign policies are constructed, in the ways in which professional roles are defined and pursued and in the consequent internalisation of norms and expectations arising from a complex system of collective European policy making.<sup>40</sup>

Karolina Pomorska sieht bei diesem Prozess die zwei bereits beschriebenen Dimensionen *downloading* und *uploading* als ausreichend, um den Einfluss der EU auf die nationale Außenpolitik und vice versa zu beschreiben.<sup>41</sup> Einige andere Wissenschaftler haben gerade bei den Analysen der Europäisierung der nationalen Außenpolitiken die beiden Dimensionen durch eine weitere, das *crossloading*, ergänzt. Simon Bulmer und Claudio M. Radaelli schreiben in ihrem Beitrag in Hinblick auf die GASP: „The lack of supranational powers in these policy areas explains the horizontal pattern of Europeanisation“<sup>42</sup>. Das Konzept des *crossloadings* beschreibt Modifikationen durch Mitgliedstaaten aufgrund des Einflusses ausgehend von anderen Staaten, Politikbereichen oder Institutionen. Die EU bildet dabei den Rahmen und ein Forum für Diskussionen und verursacht dadurch nicht die Veränderungen der nationalen Politiken.<sup>43</sup> Innerhalb dieses Rahmens stehen die Mitgliedstaaten in direktem Austausch und lernen voneinander politische Prinzipien kennen.<sup>44</sup> Zusammen mit den beiden anderen Dimensionen trägt das *crossloading* zu einer Konstruktion der gemeinsamen Interessen und der Entwicklung einer gemeinsamen Identität im Bereich der Außenpolitik bei.<sup>45</sup> Christopher Hill und Reuben Wong unterstreichen in ihrer Analyse, dass die europäischen Staaten zahlreiche Möglichkeiten haben, um Ideen und Prozeduren

---

<sup>40</sup> Tonra, Ben, „Denmark and Ireland“, in: I. Manners; R. G. Whitman (Hg.) (2000), *The foreign policies of European Union member states*, Manchester: Manchester University Press, S. 229.

<sup>41</sup> Cf. Pomorska, „‘Are we there yet?’“, letzter Zugriff am 12.08.2015.

<sup>42</sup> Bulmer, Simon J.; Radaelli, Claudio M. (2004), „The Europeanisation of National Policy?“, in: *Queen’s Papers on Europeanisation* (1), S. 7.

<sup>43</sup> Cf. Major, *Europeanisation and Foreign and Security Policy - Undermining or Rescuing the Nation State?*, S.180–181.

<sup>44</sup> Cf. *Ibid.*, S. 185–186.

<sup>45</sup> Cf. Tonra, Ben (21.09.2013), *Europeanisation and EU Foreign Policy: A Genealogy and Survey*, Warschau, S. 6.

untereinander auszutauschen, ohne dass die EU an diesem Austausch aktiv beteiligt ist.<sup>46</sup>

Joanna Dyduch hat nicht nur festgestellt, dass die Trennung der Dimensionen nicht deutlich zu erkennen ist, sondern schreibt außerdem bezüglich der verschiedenen Dimensionen: „Nonetheless, having in mind Olsen’s work, I see the need to include here one more dimension, which some scholars term *ad extra*, while others call it ‘Europeanization beyond Europe’“<sup>47</sup>. Die hinzugefügte Dimension *ad extra* beschreibt den Export des europäischen Regierungsmodells und -managements sowie der europäischen Werte außerhalb des Territoriums der EU. Dieser Export kann sowohl von EU-Institutionen als auch von den Mitgliedstaaten ausgeführt werden.<sup>48</sup>

Michael Smith hat vier Indikatoren der nationalen Anpassung als Antwort auf die politische Kooperation zwischen den Akteuren ausgearbeitet. Sie umfassen Elitensozialisierung, bürokratische Umstrukturierungen, konstitutionelle Änderungen und Veränderungen in der öffentlichen Wahrnehmung, die stetig überprüfen, ob diese Kooperation erstrebenswert und legitim ist.<sup>49</sup> Kognitive Umorientierung und Sozialisierung gelten in der Dimension des *crossloadings* als Mechanismen im Bereich der Außenpolitik.<sup>50</sup> Ähnlich wie die Dimension *ad extra* beschränkt sich das *crossloading* nicht nur auf den Austausch zwischen den europäischen Mitgliedstaaten, sondern umfasst außerdem den Transfer von Ideen, Normen und „ways of doing things“<sup>51</sup>, die zwischen europäischen Nachbarn, nationalen Einheiten oder Politikbereichen ausgetauscht werden.

To sum up, Europeanisation and CFSP is more a process of socialisation than forced adaptation. It is not only due to co-operation within CFSP but due to long established

---

<sup>46</sup> Cf. Hill, Christopher; Wong, Reuben, „Many actors, one path? The meaning of Europeanization in the context of foreign policy“, in: R. Wong; C. Hill (Hg.) (2011), *National and European foreign policies* (74), Abingdon, Oxon, New York: Routledge, S. 215.

<sup>47</sup> Dyduch, *Foreign Policy Analysis in the Time of European Political Integration. Structural Realism and Europeanization – An Attempted Synthesis?*, S. 70.

<sup>48</sup> Cf. *Ibid.*, S. 71.

<sup>49</sup> Cf. Smith, Michael E. (2000), „Conforming to Europe: the domestic impact of EU foreign policy co-operation“, in: *Journal of European Public Policy* (4), S. 613.

<sup>50</sup> Cf. Major, *Europeanisation and Foreign and Security Policy - Undermining or Rescuing the Nation State?*, S. 186.

<sup>51</sup> Radaelli, Claudio M. (2004), „Europeanisation: Solution or Problem?“, in: *European Integration online Papers* (16), S. 3.

co-operation within EU and transnational frameworks in general: it is Europeanisation, not EU-isation.<sup>52</sup>

Europäisierung der Außenpolitik gilt demgemäß als Prozess der Sozialisierung, des Lernens und der Anpassung. Der geringe Einfluss der supranationalen Institutionen auf den Bereich der Außenpolitik führt dazu, dass der Wechsel auf nationaler Ebene freiwillig und nicht hierarchisch vollzogen wird.<sup>53</sup> Gerade die Dimension des *crossloadings* spiegelt eine entscheidende Komponente des Prozesses der Europäisierung wider, denn

domestic change might not only be generated at the EU level but might come indirectly through the norms and ways of doing things that are exchanged from and with European neighbours, domestic entities or policy areas.<sup>54</sup>

Somit gilt der Prozess der Europäisierung der Außenpolitik im weitesten Sinne als ein Prozess der Identität- und Interessenkonvergenz.<sup>55</sup>

Eine europäisierte Außenpolitik weist demnach folgende Merkmale auf: Entscheidungsträger des entsprechenden Staates nehmen die gemeinsame EU-Position als Orientierungspunkt und beachten gemeinsame Positionen, selbst wenn dadurch Schwierigkeiten bei der Durchsetzung nationaler Interessen oder Nachteile für die betroffene Regierung verursacht werden. Sie versuchen des Weiteren nationale Prioritäten mit Hilfe von kollektiven EU-Aktivitäten zu realisieren und verpflichten sich während internationaler Aktivitäten positiv der Werte und Prinzipien der EU.<sup>56</sup> Der Trend der europäisierten Außenpolitik unter den Mitgliedstaaten gilt folglich als ein direktes Ergebnis aus dem in diesem Kapitel beschriebenen institutionalisierten Prozess der Sozialisierung.<sup>57</sup>

Die ausgearbeitete Definition dieses Kapitels wird anschließend in der Analyse in Kapitel 10 verwendet, um den Prozess der Europäisierung der nationalen Außenpolitik Deutschlands, Frankreichs und Polens bewerten zu können.

---

<sup>52</sup> Major, *Europeanisation and Foreign and Security Policy - Undermining or Rescuing the Nation State?*, S. 186.

<sup>53</sup> Cf. *Ibid.*, S. 185–186.

<sup>54</sup> *Ibid.*, S. 186.

<sup>55</sup> Cf. Wong, *Foreign Policy*, S. 325.

<sup>56</sup> Cf. Hill; Wong, *Many actors, one path?*, S. 211.

<sup>57</sup> Cf. Smith, Michael E. (2004), „Institutionalization, Policy Adaptation and European Foreign Policy Cooperation“, in: *European Journal of International Relations* (1), S. 113.

## 4 Die nationalen Außenpolitiken der Staaten des Weimarer Dreiecks

In diesem Abschnitt wird eingangs der Begriff der nationalen Außenpolitik und dessen Grundverständnis betrachtet, um anschließend die nationalen Außenpolitiken der Mitgliedstaaten des Weimarer Dreiecks, deren politische Praxis und deren Grundpfeiler zu untersuchen. Nachfolgend wird verdeutlicht, dass nationale Außenpolitik auf Basis von innenpolitischen Bedingungen formuliert und strukturiert wird. Infolgedessen bilden historische und politisch-kulturelle Erfahrungen eines Landes sowie innergesellschaftliche Bedingungen und politische Entscheidungsstrukturen wichtige Voraussetzungen für die nationale Außenpolitik.<sup>58</sup>

Nationale Außenpolitik wird verstanden als

ideas or actions designed by policy makers to solve a problem or promote some change in the policies, attitudes, or actions of another state or states, in nonstate actors [...], in the international economy, or in the physical environment of the world.<sup>59</sup>

Dabei wird die Strategie, die von nationalen Regierungen gewählt wird, um Ziele in Bezug zu externen Einheiten zu erreichen, maßgeblich beeinflusst durch die eigene Geschichte, Kultur und gesellschaftliche Charakteristika sowie durch das nationale Rollenverständnis, welches das Ergebnis eines nationalen Sozialisierungsprozesses ist.<sup>60</sup> Die Außenpolitik der betroffenen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg kann unter keinen Umständen ohne die „changed structure of international politics, exercising its pressure and providing its opportunities“<sup>61</sup> verstanden werden. Denn Außenpolitik wird gemacht von individuellen oder kollektiven Akteuren, die die Legitimation erhalten, im Namen des Staates, der durch territoriale Hoheitsgrenzen identifiziert werden kann, zu agieren. Schließlich

---

<sup>58</sup> Cf. Lemke, Christiane (2012), *Internationale Beziehungen. Grundkonzepte, Theorien und Problemfelder*, München: Oldenbourg, S. 110.

<sup>59</sup> Holsti, Kalevi Jaakko (1995), *International politics. A framework for analysis*, Englewood Cliffs, New Jersey: Prentice Hall, S. 83.

<sup>60</sup> Hyde-Price, Adrian, „Interests, institutions and identities in the study of European foreign policy“, in: B. Tonra; T. Christiansen (Hg.) (2004), *Rethinking European Union foreign policy*, Manchester, New York: Manchester University Press, S. 109.

<sup>61</sup> Waltz, Kenneth (1993), „The Emerging Structures of International Politics“, in: *International Security* (2), S. 48.

handeln diese Akteure gegenüber anderen Akteuren außerhalb der eigenen Hoheitsgrenze. „Außenpolitik bezeichnet in diesem Sinne also jene Handlungen staatlicher Akteure, die auf die Ermöglichung und Herstellung kollektiv bindender Entscheidungen in den internationalen Beziehungen abzielen.“<sup>62</sup>

Die Außenpolitik eines Staates ist „eine über Jahrhunderte hinweg historisch gewachsene und damit veränderbare Praxis des Politischen“<sup>63</sup>. Der Wechsel der außenpolitischen Strategie eines Staates ist das Ergebnis eines „complex interplay of stimuli from the external environment and domestic-level cognitive, institutional and political variables“<sup>64</sup>. Die konstitutiven Merkmale nationaler Außenpolitik sind somit historisch gewachsen und das Ergebnis politischer Prozesse, in denen sich Staaten und Nationen über Jahrhunderte gebildet haben und schließlich zu der Schaffung des heutigen internationalen Systems geführt haben.<sup>65</sup>

Die Sphäre, in der Außenpolitik betrieben wird, orientiert sich an anderen Regeln als die der Innenpolitik. Es wird zwischen hierarchisch und anarchisch strukturierten Systemen unterschieden.

Während Herrschaft im innerstaatlichen Bereich in der Regel hierarchisch geordnet ist und eine klare Aufteilung der Kompetenzen zwischen Einheiten vorliegt, [...] ist sie im internationalen Bereich (zumindest prinzipiell) anarchisch strukturiert.<sup>66</sup>

Abbildung 3 zeigt das internationale System aus Perspektive der EU, in dem sich die Staaten sowie die europäischen Institutionen befinden und untereinander agieren. Diese Abbildung verdeutlicht, dass das europäische System als ein Subsystem wahrgenommen werden kann und die jeweiligen Akteure (Staaten oder europäische Institutionen) und deren Außenpolitik durch mehrere Faktoren innerhalb dieses Systems beeinflusst werden.

---

<sup>62</sup> Hellmann, Gunther; Wolf, Reinhard; Schmidt, Siegmund, „Deutsche Außenpolitik in historischer und systematischer Perspektive“, in: S. Schmidt; G. Hellmann; R. Wolf (Hg.) (2007), Handbuch zur deutschen Außenpolitik: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 17.

<sup>63</sup> Ibid., S. 16.

<sup>64</sup> Checkel, Jeff (1993), „Ideas, Institutions, and the Gorbachev Foreign Policy Revolution“, in: World Politics (2), S. 297.

<sup>65</sup> Cf. Hellmann; Wolf; Schmidt, Deutsche Außenpolitik in historischer und systematischer Perspektive, S. 19.

<sup>66</sup> Ibid., S. 18.

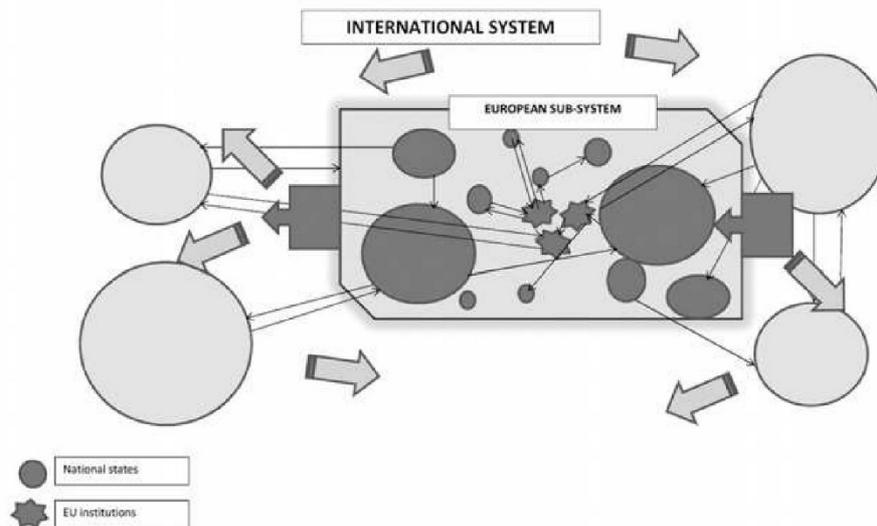


Abbildung 3: Schema des internationalen Systems aus Perspektive der EU<sup>67</sup>

Wie eingangs erwähnt, werden nationale Interessen und die Außenpolitik eines Staates außerdem durch Rollenkonzepte beeinflusst. Diese basieren zum einen auf dem kollektiven Selbstverständnis der nationalen Entscheidungsträger, das geprägt wird durch gemeinsame Werte und Normen. Zum anderen beeinflussen externe Akteure die nationalen Rollenkonzepte, indem sie bestimmte Erwartungen an die nationalen Rolleninhaber herantragen. Rollenkonzepte bestimmen einerseits Ziele, Handlungsoptionen und Instrumente, die von nationalen Entscheidungsträgern als akzeptabel bzw. nicht angemessen erachtet werden. Andererseits legen sie fest, auf welche Art und Weise außenpolitische Entscheidungsprozesse durchgeführt werden.<sup>68</sup> Somit wird die nationale Außenpolitik bestimmt durch nationale Identitätsvorstellungen des außenpolitischen Handelns, wohingegen der Raum des möglichen außenpolitischen Handelns durch die kollektive Identität definiert wird.<sup>69</sup>

Das jeweilige außenpolitische Verhalten eines Staates ist des Weiteren abhängig von dessen Wahrnehmung von realen oder potentiellen Bedrohungen und

<sup>67</sup> Dyduch, Foreign Policy Analysis in the Time of European Political Integration. Structural Realism and Europeanization – An Attempted Synthesis?, S. 77.

<sup>68</sup> Cf. Frank, Cornelia, „Zivilmacht trifft 'instinktiven' Atlantiker: Deutschlands und Polens Interessen in der ESVP“, in: T. Jäger (Hg.) (2008), Deutschland und Polen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 103.

<sup>69</sup> Cf. Risse, Thomas, „Deutsche Identität und Außenpolitik“, in: S. Schmidt; G. Hellmann; R. Wolf (Hg.) (2007), Handbuch zur deutschen Außenpolitik: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 52.

seinen Verwundbarkeiten.<sup>70</sup> Aufgrund des sich stetig ändernden internationalen Umfelds, entwickelt sich die nationale Außenpolitik kontinuierlich weiter. Dies führt zu der Erkenntnis, dass Außenpolitik dynamisch ist und auf ebendiese Veränderungen des internationalen Systems reagiert. Meist beschränken sich die Änderungen der Außenpolitik jedoch auf die Wahl der Instrumente. Die tatsächlichen Inhalte der Außenpolitik bleiben weitestgehend unverändert.<sup>71</sup> Außerdem beziehen sich die nationalen Staaten während der Formulierung ihrer Außenpolitik immer mehr auf internationale Normen und Regeln sowie auf die Interessen und Perspektiven diverser Akteure außerhalb des eigenen Territoriums.<sup>72</sup>

Die Ziele der Staaten sind verknüpft mit deren nationalen Interessen, welche auf den Präferenzen und Interessen des Staates basieren.<sup>73</sup> Dabei gelten nationale Interessen als „Interessen, die tendenziell Interessen aller Mitglieder einer Nation sind“<sup>74</sup>. Die Definition von Interessen als nationale Interessen wird durch die jeweilige Regierung eines Staates festgelegt. Während dieses Prozesses üben gesellschaftliche und politische Akteure Einfluss auf die Regierung aus, sodass sie ebenfalls an der Mitwirkung der Definition nationaler Interessen teilnehmen.<sup>75</sup> „Nationale Identität ist [...] für Außenpolitik konstitutiv, als sie die Wahrnehmung außenpolitischer Probleme steuert und die grundlegenden ‚nationalen Interessen‘ definiert.“<sup>76</sup>

Im Anschluss folgt eine Analyse nationaler Kernelemente der Außenpolitik Deutschlands, Frankreichs und Polens. Dabei werden die oben beschriebenen Aspekte (historische Einflüsse, gesellschaftliche Charakteristika sowie Rollenkonzepte) weitestgehend in der Untersuchung angewendet, um die Grundpfeiler der jeweiligen Außenpolitik zu beschreiben. Das Kapitel wird mit

---

<sup>70</sup> Cf. Holsti, *International politics*, S. 113.

<sup>71</sup> Cf. Dyduch, *Foreign Policy Analysis in the Time of European Political Integration. Structural Realism and Europeanization – An Attempted Synthesis?*, S. 53.

<sup>72</sup> Cf. Sjursen, Helene; Smith, Karen E., „Justifying EU foreign policy: the logics underpinning EU enlargement“, in: B. Tonra; T. Christiansen (Hg.) (2004), *Rethinking European Union foreign policy*, Manchester, New York: Manchester University Press, S. 128.

<sup>73</sup> Cf. Hyde-Price, *Interests, institutions and identities in the study of European foreign policy*, S. 102.

<sup>74</sup> Maull, Hanns W. (2014), „Deutsche Außenpolitik: zwischen Selbstüberschätzung und Wegducken“, in: *GIGA focus* (1), S. 6.

<sup>75</sup> Cf. *Ibid.*, S. 6.

<sup>76</sup> Risse, *Deutsche Identität und Außenpolitik*, S. 52.

einem Vergleich beendet, der die wichtigsten Unterschiede der nationalen Außenpolitiken hervorhebt.

#### **4.1 Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland**

Wie jede Außenpolitik ist auch die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland geprägt von verschiedenen außenpolitischen Grundorientierungen und Leitlinien. Diese werden durch historische Erfahrungen, das eigene Rollenverständnis als Zivilmacht sowie durch bilaterale Partnerschaften geprägt. Nachfolgend wird ein Überblick über geschichtliche Einflüsse, außenpolitische Prioritäten und das Sicherheitsverständnis der Bundesrepublik gegeben.

##### **4.1.1 Die historischen Erfahrungen Deutschlands**

Die Bundesrepublik Deutschland, deren Außenpolitik erst volle Handlungsfähigkeit und Normalität mit Abzug der sowjetischen Truppen am 31.08.1994 erlangte<sup>77</sup>, unterscheidet sich in ihren historisch-kulturellen Besonderheiten von anderen westlichen Demokratien, da sie vor allem durch Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs und der deutschen Schuld an den Verbrechen während des Nationalsozialismus geprägt wurde.<sup>78</sup> Aus diesen Erfahrungen leitete die Bundesregierung jeher ihre Rolle als Zivilmacht ab und hat sich zur Aufgabe gesetzt, Frieden zu sichern und gleichzeitig die eigene Macht zu beschränken.<sup>79</sup> Als Konsequenz der erfahrenen Ereignisse orientiert sich die Bundesrepublik an einer kooperativen und multilateralen Ausrichtung der Außenpolitik und verfolgt in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik stets einen „instinktiven Multilateralismus“<sup>80</sup>, der zu einer Einbettung der Außenbeziehungen in multilaterale europäische und atlantische Strukturen führt. Die Europaorientierung

---

<sup>77</sup> Cf. Hacker, Jens (1995), *Integration und Verantwortung. Deutschland als europäischer Sicherheitspartner*, Bonn: Bouvier, S. 286.

<sup>78</sup> Cf. Deubner, Christian, „Rückkehr nationaler Interessen in die deutsche Europapolitik?“, in: M. Meimeth; J. Schild (Hg.) (2002), *Die Zukunft von Nationalstaaten in der europäischen Integration*, Opladen: Leske + Budrich, S. 156.

<sup>79</sup> Cf. Lemke, *Internationale Beziehungen*, S. 111.

<sup>80</sup> Schild, Joachim, „Europäisierte Nationalstaaten. Deutschland und Frankreich im europäischen Mehrebenensystem“, in: M. Meimeth; J. Schild (Hg.) (2002), *Die Zukunft von Nationalstaaten in der europäischen Integration*, Opladen: Leske + Budrich, S. 60–61.

gilt seit den 1950er Jahren ebenfalls als konstitutiver Bestandteil der deutschen Außenpolitik.<sup>81</sup>

Die Entwicklung nach 1945 wird durch ein Paradoxon charakterisiert, denn „die Bundesrepublik gewann umso mehr Einfluss, je mehr sie in Abgrenzung zur gescheiterten Großmachtspolitik eine Politik ziviler, internationaler Verflechtung vorantrieb“<sup>82</sup>. Die Westbindung, das heißt die institutionelle Verknüpfung Deutschlands mit anderen Ländern, deren Ziel zunächst darin bestand, auf Eigenmacht zu verzichten, führte letztendlich dazu, dass die Bundesrepublik an politischen Einfluss dazugewann.<sup>83</sup> Des Weiteren führte die Mitgliedschaft in Bündnissystemen und in der Europäischen Gemeinschaft zu einem Souveränitätsgewinn.<sup>84</sup>

#### **4.1.2 Ziele und Leitlinien der deutschen Außenpolitik**

Eines der wichtigsten strategischen Ziele Deutschlands in seiner Außenpolitik ist der Erhalt und die Weiterentwicklung der „freien, friedlichen und offenen Ordnung“<sup>85</sup>, die auf universale Normen gestützt ist. Die Bundesrepublik bekennt sich zu Menschenwürde, Freiheit, Demokratie und rechtsstaatlicher Ordnung und befürwortet aus diesem Grund eine Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen (UN), in der EU und im atlantischen Bündnis.<sup>86</sup> Außerdem bleibt ein weiteres Ziel, die europäische Integration sukzessiv voranzubringen, da sie das Fundament der deutschen Außenpolitik bildet.<sup>87</sup> Zu dem Fundament der deutschen Außenpolitik zählen ebenfalls die transatlantischen Beziehungen. Sie basieren auf gemeinsamen

---

<sup>81</sup> Cf. Risse, Deutsche Identität und Außenpolitik, S. 57.

<sup>82</sup> Lemke, Internationale Beziehungen, S. 110.

<sup>83</sup> Cf. Ibid., S. 112.

<sup>84</sup> Cf. Ibid., S. 114.

<sup>85</sup> Stiftung Wissenschaft und Politik; German Marshall Fund of the United States (2013), Neue Macht Neue Verantwortung. Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch, S. 3.

<sup>86</sup> Cf. Ibid., S. 5.

<sup>87</sup> Cf. Steinmeier, Frank-Walter, „Zur 'DNA' der deutschen Außenpolitik. Was im Krisenjahr 2014 deutlich geworden ist.“, <http://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/zur-dna-der-deutschen-aussenpolitik-810/>, letzter Zugriff am 25.04.2015.

Werten sowie historischen Erfahrungen. Infolgedessen sind die USA Deutschlands engster Partner außerhalb Europas.<sup>88</sup>

All diese außenpolitischen Prioritäten der Bundesrepublik sind von starken wirtschaftlichen Interessen geprägt.<sup>89</sup> Denn für die aktuelle Bundeskanzlerin, Angela Merkel, gilt eine „smart economic policy and the ability to compete“ als „the most important foundations for a successful foreign policy“<sup>90</sup>. Allerdings wird die dominierende Bedeutung wirtschaftlicher Interessen unter anderem von der stellvertretenden Direktorin des Instituts für Internationale Beziehungen in Rom, Nathalie Tocci, als Schwäche der deutschen Außenpolitik kritisiert. Deutschland sei eine Wirtschaftsmacht ohne außenpolitische Strategie, für die Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit in den Verhältnissen zu Russland und China außer Acht gelassen werden.<sup>91</sup> „Deutschlands Außenpolitik gilt dann als zu realpolitisch, wenn es seine eng definierten Handelsinteressen den übergeordneten Normen und Werten voranstellt.“<sup>92</sup>

Die Leitlinien der deutschen Außenpolitik sind im Grundgesetz verankert und finden bereits in der Präambel Beachtung.<sup>93</sup> Im Wesentlichen sind drei Leitmaximen zu erkennen. Die erste Leitmaxime der aktuellen deutschen Außenpolitik (*never again*) ist eine werteorientierte Außenpolitik. Dies bedeutet eine Orientierung an normativen Vorgaben des Grundgesetzes und eine Zurückweisung der Inhalte, für die der Nationalsozialismus stand.<sup>94</sup> Weiterhin befürwortet die Bundesrepublik einen prinzipiellen Multilateralismus (*never alone*),

---

<sup>88</sup> Cf. Auswärtiges Amt, „Die transatlantischen Beziehungen“, [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/USA/TransatlantischeBez-allg\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/USA/TransatlantischeBez-allg_node.html), letzter Zugriff am 20.05.2015.

<sup>89</sup> Cf. Lemke, Internationale Beziehungen, S. 114.

<sup>90</sup> Rinke, Andreas, „Merkel’s World. The German Chancellor’s views on foreign and EU policy are neither opaque nor a secret“, <https://ip-journal.dgap.org/en/ip-journal/topics/merkels-world>, letzter Zugriff am 23.04.2015.

<sup>91</sup> Cf. Tocci, Nathalie, „Deutsche Außenpolitik – wirtschaftlich stark und politisch schwach. Menschenrechte stehen hinten an“, <http://www.review2014.de/de/aussensicht/article/einbinden-aufstrebender-maechte-fuer-demokratie-menschenrechte-und-rechtstaatlichkeit.html>, letzter Zugriff am 25.04.2015.

<sup>92</sup> Ibid.

<sup>93</sup> Cf. Ischinger, Wolfgang; Bunde, Tobias (2015), „Neue deutsche Diplomatie?“, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik (S1), S. 315.

<sup>94</sup> Cf. Maull, Hanns W. (2015), „Deutsche Außenpolitik – Verantwortung und Macht“, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik (S1), S. 223–224.

der sichtbar wird durch die Suche nach Partnern, deren Außenpolitik mit der der Bundesregierung kompatibel ist, sowie durch die „Sonderbeziehungen zu den Schlüsselstaaten im multilateralen Design der deutschen Außenpolitik“<sup>95</sup>. Die Beziehungen zu den Nachbarn Deutschlands, insbesondere zu Polen und zu Frankreich haben eine eminente Bedeutung für die Gestaltung der Außenpolitik.<sup>96</sup> Außerdem gilt als dritte Leitlinie der bundesdeutschen Außenpolitik (*politics before force*) eine skeptische Haltung gegenüber dem Einsatz von militärischer Gewalt, deren moralische Vertretbarkeit und Nutzeffekte und der Ansicht, dass der Einsatz von Militär die *ultima ratio* ist.<sup>97</sup>

#### 4.1.3 Deutschlands Rolle als Zivilmacht

Aus den oben beschriebenen Leitmaximen leitet sich das Sicherheitsverständnis der Bundesrepublik ab. Denn das Sicherheitsverständnis Deutschlands hat

innere Ursachen, ausgehend von den historischen Erfahrungen der Verantwortung Deutschlands für die Bedrohung seiner Nachbarn. [...] Mit anderen Worten resultiert der deutsche sicherheitspolitische Diskurs eben aus den Bedrohungen, die einst aus der Anwendung der eigenen Militärmacht erwachsen.<sup>98</sup>

Seit Ende des Zweiten Weltkriegs verfolgen die Regierungen der Bundesrepublik faktisch den Weg zur Zivilmacht. Diese Entwicklung war „unabweisbarer außenpolitischer Handlungszwänge“<sup>99</sup> und der freiwilligen Neuorientierung der damaligen außenpolitischen Entscheidungsträger geschuldet. Diese außenpolitische Grundorientierung der Bundesrepublik beschreibt ein Rollenkonzept, indem die Zivilisierung der Politik und der internationalen Beziehungen angestrebt wird. In keinem anderen westlichen Land ist eine derartige Skepsis gegenüber dem Einsatz militärischer Mittel aufzuweisen.<sup>100</sup> Gleichzeitig schließt die Bundesregierung den Einsatz von militärischer Gewalt grundsätzlich

---

<sup>95</sup> Maull, Hanns W., „Deutschlands außenpolitische Kontinuität ist richtig. Die Außenpolitik fliegt auf Autopilot, die Piloten bewältigen Turbulenzen“, <http://www.aussenpolitik-weiterdenken.de/de/aussensicht/article/die-aussenpolitische-kontinuitaet-ist-richtig-muss-aber-angepasst-werden.html>, letzter Zugriff am 20.05.2015.

<sup>96</sup> Cf. Bendiek, Annegret (2008), „Perspektiven der EU- Außenpolitik. Plädoyer für eine Wiederbelebung des Weimarer Dreiecks“, in: SWP- Aktuell (55), S. 1.

<sup>97</sup> Cf. Maull, Deutsche Außenpolitik: zwischen Selbstüberschätzung und Wegducken, S. 5.

<sup>98</sup> Malinowski, Krzysztof (2006), „Europäische Sicherheitsstrategien“, in: WeltTrends (50), S. 42–43.

<sup>99</sup> Maull, Hanns W., „Deutschland als Zivilmacht“, in: S. Schmidt; G. Hellmann; R. Wolf (Hg.) (2007), Handbuch zur deutschen Außenpolitik: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 75.

<sup>100</sup> Cf. Hacke, Christian (2006), „Deutsche Außenpolitik unter Bundeskanzlerin Angela Merkel“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (43), S. 36.

nicht aus, sondern sieht diese nur als das letzte Mittel.<sup>101</sup> Daher sollte die Außenpolitik einer Zivilmacht von einer pazifistischen Politik unterschieden werden, die die Androhung oder den Einsatz von militärischer Gewalt grundsätzlich ablehnt.<sup>102</sup>

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland maßgeblich auf historischen Erfahrungen basiert. Aus diesen resultieren die Leitlinien (*never again, never alone, politics before force*) und damit eine enge Verflechtung der nationalen Außenpolitik in internationale Organisationen. Gleichzeitig ergibt sich daraus die Rolle als Zivilmacht, der sich deutsche Regierungen verschrieben haben. Abschließend bleibt bezüglich der außenpolitischen Orientierung der Bundesrepublik festzuhalten, dass diese sich durch Kontinuität trotz innenpolitischer Machtwechsel und weltpolitischer Veränderungen auszeichnet. Diese Kontinuität lässt sich einerseits an der engen Verflechtung der Bundesrepublik mit internationalen Partnern sowie deren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interdependenzen ablesen. Andererseits ist bereits seit den 1990ern das Selbstverständnis der eigenen Zivilmacht-Rolle als Identität nicht nur unter den außenpolitischen Eliten sondern auch in der Bevölkerung tief verwurzelt, sodass diesbezüglich eine Kontinuität festgestellt werden kann.<sup>103</sup> Dass die Kontinuität der Außenpolitik im Rahmen des Ukraine-Kriegs teilweise unterbrochen wurde, zeigt die vorliegende Untersuchung in Abschnitt 10.1, in der insbesondere auf die größere Verantwortung der Bundesrepublik im internationalen Geschehen eingegangen wird.

## 4.2 Die Außenpolitik der französischen Republik

Ähnlich wie die Bundesrepublik weist Frankreich einige Merkmale in der Außenpolitik auf, die den historischen Erfahrungen geschuldet sind. Diese werden im Anschluss dargestellt. Daraufhin folgt eine Vorstellung der nationalen Leitlinien, dem Rollenverständnis Frankreichs als Führungsmacht sowie des nationalen Souveränitätsverständnisses.

---

<sup>101</sup> Cf. Frank, Zivilmacht trifft 'instinktiven' Atlantiker: Deutschlands und Polens Interessen in der ESVP, S. 110.

<sup>102</sup> Cf. Risse, Deutsche Identität und Außenpolitik, S. 58.

<sup>103</sup> Cf. Maull, Deutschland als Zivilmacht, S. 81.

#### 4.2.1 Historische Einflüsse der französischen Außenpolitik

Der Zweite Weltkrieg beeinflusste in gleicher Weise das französische Selbstverständnis, was dazu führte, dass künftige französische Regierungen der Ansicht waren, die Republik solle über eigenes militärisches Potenzial verfügen, um die nationalen Interessen schützen und verteidigen zu können.<sup>104</sup> Während der IV. Republik (1946 bis 1958) wurden dann die Grundpfeiler der nationalen Außenpolitik formuliert, die seitdem die Richtung Frankreichs in der internationalen Szene vorgeben. Insgesamt sind vier Säulen der Außenpolitik festzustellen. Da ist zum einen die Befürwortung des Multilateralismus und der Regulierung durch das Recht aufgrund der Mitgliedschaft in der UN und ihrem Sicherheitsrat, in dem Frankreich eines der permanenten Mitglieder ist. Des Weiteren spricht sich Frankreich für einen Atlantizismus aus, wobei Frankreich traditionell auf den Mittelmeerraum fokussiert ist und „sich eher als Opponent der USA denn als ihr enger Verbündeter“<sup>105</sup> versteht. Das europäische Engagement, das auf den Vertrag von Paris im Jahre 1951 zurückgeht, gilt ebenfalls als Grundpfeiler französischer Außenpolitik. Die europäische Konstruktion stellte gleichzeitig einen Wendepunkt für Frankreich dar, denn mit Gründung der europäischen Gemeinschaft begannen französische Regierungen, das Schicksal Frankreichs mit dem der europäischen Partner zu verbinden.<sup>106</sup> Außerdem wurde das Atomprogramm entwickelt, deren nukleare Kapazitäten als Mittel gelten, um das nationale Territorium zu schützen und als „ultime garantie de [la] souveraineté“<sup>107</sup> betrachtet werden. Es repräsentiert somit einen weiteren Pfeiler der französischen Außenpolitik.

#### 4.2.2 Leitlinien der französischen Außenpolitik

Grundziele der französischen Diplomatie und Außenpolitik sind die Bewahrung von Frieden und internationaler Sicherheit, die Respektierung und Verteidigung der Menschenrechte, eine multilaterale Organisation in einer multipolaren Welt, eine internationale Gemeinschaft, die durch das Recht geregelt wird, der Schutz des

---

<sup>104</sup> Cf. Hyde-Price, Adrian (2004), „European Security, Strategic Culture, and the Use of Force“, in: European Security (4), S. 325.

<sup>105</sup> Bendiek, Perspektiven der EU- Außenpolitik, S. 1.

<sup>106</sup> Cf. France (2013), Livre blanc défense et sécurité nationale 2013, Paris: Direction de l'information légale et administrative, S. 16.

<sup>107</sup> Ibid., S. 20.

eigenen Territoriums und der französischen Staatsangehörigen sowie der Abbau wirtschaftlicher Ungleichheiten zwischen den Staaten.<sup>108</sup> Gleichzeitig legen alle Staatspräsidenten der V. Republik (1958 bis heute) großen Wert auf die nationale Unabhängigkeit des Landes „dessen ‚exzeptionelle‘ Stellung in der Weltpolitik sie zugleich genauso energisch und wenn nötig kompromisslos zu bewahren suchten“<sup>109</sup>. Die französische Regierung sieht sich selbst als „une puissance d’influence“<sup>110</sup>, die mit Hilfe der eigenen Wirtschaft, ihrem kulturellen Netzwerk und ihrer Diplomatie, ihren Werten und Interessen auf der internationalen Bühne Geltung verschaffen möchte.

Die Kernwaffen Frankreichs gelten für fast alle politischen Parteien der Republik als politisches Mittel und als Symbol für nationale Unabhängigkeit. In der Vergangenheit stellten diese eine Stütze für die eigene Sonderrolle gegenüber Deutschland sowie einen Schutz gegenüber allen staatlichen Bedrohungen gegen wesentliche französische Interessen dar.<sup>111</sup> Dabei wird in nationalen Strategiepapieren betont, dass die atomare Abschreckung einen ausschließlich defensiven Charakter hat und nur in extremen Situationen der Verteidigung eingesetzt werden.<sup>112</sup>

Die französische Außen- und Sicherheitspolitik folgt „dem paradigmatischen Leitbild der Souveränität“<sup>113</sup>. Somit gilt als wichtigste Leitmaxime der französischen Politik die Bewahrung der nationalen Souveränität, die Frankreich „en toute circonstance“<sup>114</sup> schützen wird. Denn für die französische Regierung gilt: „Si la Nation n’est plus en mesure de protéger sa souveraineté, elle perd la maîtrise de son destin, et le caractère démocratique du projet national est mis en cause“<sup>115</sup>.

---

<sup>108</sup> Cf. La France au Cambodge, „Les grands axes de la politique étrangère de la France“, <http://www.ambafrance-kh.org/Les-grands-axes-de-la-politique>, letzter Zugriff am 20.05.2015.

<sup>109</sup> Kempf, Udo (2007), Das politische System Frankreichs, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 412–413.

<sup>110</sup> La France au Cambodge, „Les grands axes de la politique étrangère de la France“, letzter Zugriff am 20.05.2015.

<sup>111</sup> Cf. Kempf, Das politische System Frankreichs, S.412–413.

<sup>112</sup> Cf. France, Livre blanc défense et sécurité nationale 2013, S. 75.

<sup>113</sup> Schild, Europäisierte Nationalstaaten., S.60–61.

<sup>114</sup> France, Livre blanc défense et sécurité nationale 2013, S. 63.

<sup>115</sup> Ibid., S. 19.

Souveränität und internationale Legitimität bilden somit zwei wesentliche Fundamente der französischen Verteidigungs- und Sicherheitsstrategie.

#### 4.2.3 Die Führungsrolle Frankreichs

Die französische Auffassung der eigenen Führungsrolle entspringt tiefen historischen Wurzeln und repräsentiert eine legitimierende Rolle der französischen Teilnahme am europäischen Integrationsprozess.<sup>116</sup>

It is perceived to be a political and historical responsibility of France to take a lead towards a European political union. The European Union is thus ultimately conceived of as a political project aimed at making the EU a powerful actor in world politics: *Europe puissance*.<sup>117</sup>

Der Begriff *Europe puissance* repräsentiert ein französisches Konzept, dass die europäische Machtpolitik als Gegengewicht zum „imperialen Unilateralismus“<sup>118</sup> der USA versteht und das für eine stärkere Strategie zur Sicherheit und Verteidigung Europas und eine eigenständigere europäische Außenpolitik plädiert. Außerdem versuchen französische Entscheidungsträger die europäischen Partner davon zu überzeugen, dass Europa mehr als nur eine zivile Ergänzung zu den USA-geführten NATO-Operationen sein sollte.<sup>119</sup>

Die Analyse der französischen Außenpolitik in diesem Abschnitt zeigt, dass elementare Bestandteile der Außenpolitik zum einen die vier Grundpfeiler der Außenpolitik (Multilateralismus, Atlantizismus, europäisches Engagement, Atomprogramm) und zum anderen das Souveränitätsverständnis der französischen Republik sind. Auf Basis dieser Aspekte wird die französische Außenpolitik formuliert, die gleichzeitig die Führungsrolle der Republik in Betracht zieht, mit dem Ziel, das eigene Territorium zu schützen.

---

<sup>116</sup> Cf. Aggestam, Lisbeth, „Role identity and the Europeanisation of foreign policy: a political-cultural approach“, in: B. Tonra; T. Christiansen (Hg.) (2004), *Rethinking European Union foreign policy*, Manchester, New York: Manchester University Press, S. 93.

<sup>117</sup> Ibid., S. 93.

<sup>118</sup> Jurt, Joseph, „Die universalistisch-jakobinische Tradition der französischen Außenpolitik“, in: B. Rill (Hg.) (2009), *Frankreichs Außenpolitik* (66), München: Hanns-Seidel-Stiftung, Akad. für Politik und Zeitgeschehen, S. 16.

<sup>119</sup> Cf. Charillon, Frédéric; Wong, Reuben, „France. Europeanization by default?“, in: R. Wong; C. Hill (Hg.) (2011), *National and European foreign policies* (74), Abingdon, Oxon, New York: Routledge, S. 26–27.

### 4.3 Die Außenpolitik der Republik Polen

Die außenpolitischen Ziele Polens festigten sich nach einer Periode der Verhandlungen und Diskussionen unter der Regierung Tadeusz Mazowiecki (August 1989 bis Dezember 1990). Von diesem Zeitpunkt an, trugen alle folgenden Regierungen dazu bei, die Ziele, Prioritäten und Richtungen der Außenpolitik, die nachfolgend vorgestellt werden, zu verfolgen.<sup>120</sup> Dabei nimmt die Außen- und Sicherheitspolitik Polens oftmals eine Position ein, die im Gegensatz zu jener der französischen Regierung steht, zumal sie eng an die Außen- und Sicherheitspolitik der USA gebunden ist.<sup>121</sup> In den anschließenden Abschnitten werden die Entwicklungen der polnischen Außenpolitik beschrieben sowie das Sicherheits- und Rollenverständnis Polens erläutert.

#### 4.3.1 Historische Entwicklungen der polnischen Außenpolitik

Polens zeitgenössische Perspektive der nationalen Außenpolitik entspringt einem einzigartigen und reichen historischen Prozess, welcher die Schaffung, das Verschwinden sowie die Wiedererscheinung des polnischen Staates umfasst. Aufgrund dieser Erfahrungen bildete sich das polnische Verständnis von Souveränität, Staatlichkeit und Sicherheit.<sup>122</sup> Insbesondere das unmittelbare Bedürfnis nach Sicherheit wurde aufgrund der geografischen und geopolitischen Lage des Staates sowie aufgrund der Erfahrungen 1939 in Jalta geprägt und führte zu „a distinctly Atlanticist ‚security culture‘, which has informed Warsaw’s foreign and security policy in the post-Cold War era.“<sup>123</sup>

Des Weiteren werden die bilateralen Beziehungen Polens durch historische Prägungen beeinflusst. Insbesondere Polens Außenpolitik gegenüber den östlichen Partnern weist Merkmale auf, die auf eigene Erfahrungen zurückzuführen sind. So

---

<sup>120</sup> Cf. Kuźniar, Roman (2006), „De nouveaux défis pour la politique étrangère polonaise“, in: *Revue internationale et stratégique* (1), S. 49.

<sup>121</sup> Cf. Bendiek, Perspektiven der EU- Außenpolitik, S. 1.

<sup>122</sup> Cf. Longhurst, Kerry Anne; Zaborowski, Marcin (2007), *The new Atlanticist. Poland's foreign and security priorities*, London, Oxford: Chatham House; Blackwell, S. 5.

<sup>123</sup> *Ibid.*, S. 5.

unterstützt Polen insbesondere die Staaten, die erst kürzlich ihre Unabhängigkeit erlangt haben, wie beispielsweise die Ukraine und die Staaten des Südkaukasus.<sup>124</sup>

#### 4.3.2 Ziele der polnischen Außenpolitik

Trotz der zahlreichen Regierungen bis 2004 führte Polen eine stabile Außen- und Sicherheitspolitik, da alle Regierungen das Ziel der westlichen Integration, die Annäherung an Deutschland und die Formulierung einer neuen Ostpolitik anstrebten.<sup>125</sup> Zwischen 1998 und 2004 fand eine stetige Konsolidierung der politischen Ziele Polens statt, welche die Grundwerte der eigenen Staatlichkeit repräsentieren: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Respektierung der Menschenrechte sowie Solidarität.<sup>126</sup> Darüber hinaus festigte sich das Grundverständnis über die Aufgaben von Außenpolitik. Diese soll die staatliche Unabhängigkeit sowie die territoriale Integrität bewahren. Außerdem hat sie die Funktion, die nationale Sicherheit zu gewährleisten.<sup>127</sup> Die polnische Außenpolitik hat sich der Maxime der Krakauer Jagiellonen-Universität „plus ratio quam vis“<sup>128</sup> verschrieben, die dem Ansatz folgt, dass Vernunft über Kraft siegt.

Des Weiteren sind gute Beziehungen zu den östlichen Partnern Polens (Ukraine und Georgien) von großer Bedeutung und repräsentieren eines der wichtigsten Merkmale der polnischen post-1989-Außenpolitik.<sup>129</sup> Die guten Beziehungen zu den östlichen Partnern gelten als „one of Poland’s security pillars“<sup>130</sup>. Dabei strebt die polnische Regierung das Ziel an, dass die Ukraine

---

<sup>124</sup> Cf. Zaborowski, Marcin; Longhurst, Kerry (2003), „America's protégé in the East? The Emergence of Poland as a Regional Leader“, in: *International Affairs* (Royal Institute of International Affairs) (5), S. 1014.

<sup>125</sup> Cf. Longhurst; Zaborowski, *The new Atlanticist*, S. 22.

<sup>126</sup> Cf. *Ibid.*, S. 33.

<sup>127</sup> Cf. Ministry of Foreign Affairs Republic of Poland, „Polish Foreign Policy Priorities 2012-2016“, <http://www.msz.gov.pl/resource/d31571cf-d24f-4479-af09-c9a46cc85cf6:JCR>, letzter Zugriff am 20.05.2015.

<sup>128</sup> Sikorski, Radosław, „Address by the Minister of Foreign Affairs on the goals of Polish foreign policy in 2014. Minister of Foreign Affairs Radosław Sikorski delivered his annual foreign policy address to the Sejm on 8 May“, [http://www.msz.gov.pl/en/news/address\\_by\\_the\\_minister\\_of\\_foreign\\_affairs\\_on\\_the\\_goals\\_of\\_polish\\_foreign\\_policy\\_in\\_2014](http://www.msz.gov.pl/en/news/address_by_the_minister_of_foreign_affairs_on_the_goals_of_polish_foreign_policy_in_2014), letzter Zugriff am 06.05.2015.

<sup>129</sup> Cf. Longhurst; Zaborowski, *The new Atlanticist*, S. 58.

<sup>130</sup> Ministry of Foreign Affairs Republic of Poland, „Polish Foreign Policy Priorities 2012-2016“, letzter Zugriff am 20.05.2015.

souverän und demokratisch wird.<sup>131</sup> Gleichzeitig stellt dieses Ziel einen weiteren Grund für polnisch-russische Streitigkeiten dar. Der eingeleitete Dialog zwischen Russland und Polen, der zu einer Verbesserung der politischen Beziehungen führen sollte, wurde durch Ereignisse wie beispielsweise die Verhinderung der Black Box und Wrack-Auslieferung nach dem Flugzeugabsturz in Smolensk im Jahr 2010 negativ beeinflusst. Neue Spannungen zwischen den beiden Staaten entstanden somit bereits vor Ausbruch des Ukraine-Kriegs.<sup>132</sup>

### 4.3.3 Das polnische Sicherheitsverständnis

Ein weiteres Merkmal des polnischen Sicherheitsverständnisses ist der Einsatz von Militär, um die eigene Sicherheit zu gewährleisten. „Aufgrund von traumatischen Erfahrungen mit Aggressionen seitens der Nachbarn konzentriert sich die polnische sicherheitspolitische Kultur im Wesentlichen auf äußere Bedrohungen und auf mögliche Wege, diesen vorzubeugen.“<sup>133</sup> Dabei wird der Einsatz von militärischer Gewalt weniger kritisch betrachtet als beispielsweise in Deutschland.<sup>134</sup> Um den Schutz des eigenen Territoriums kontinuierlich gewährleisten zu können, ist Polen auf „Schutzgarantien mächtiger Staaten oder Bündnisse angewiesen“<sup>135</sup>. Gleichzeitig wird von der polnischen Regierung betont, dass ausschließlich die transatlantische Allianz unter der Führung der USA in der Lage sei, die Sicherheitsbedürfnisse Polens ausreichend zu erfüllen.<sup>136</sup> Die Fundamente der polnischen Sicherheitskultur liegen auch im Dilemma der geografischen, bzw. geopolitischen Lage des Landes. Seit den eigenen Ursprüngen befindet sich Polen ‚eingeklemmt‘ zwischen Deutschland und Russland.<sup>137</sup> Diese Situation hat maßgeblich Einfluss auf die eigene Identität als souveräner Staat und wurde in der Vergangenheit bereits als Bedrohung für den polnischen Staat wahrgenommen.<sup>138</sup>

---

<sup>131</sup> Cf. Cichocki, Jacek; Konończuk, Wojciech, „Die Beziehungen zu Russland“, <http://www.bpb.de/internationales/europa/polen/40705/nachbar-russland>, letzter Zugriff am 26.05.2015.

<sup>132</sup> Cf. Krzemiński, Adam (2015), „Im Osten viel Neues. Deutsche Ostpolitik aus polnischer Perspektive“, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik (S1), S. 412.

<sup>133</sup> Malinowski, Europäische Sicherheitsstrategien, S. 42.

<sup>134</sup> Cf. Frank, Zivilmacht trifft 'instinktiven' Atlantiker: Deutschlands und Polens Interessen in der ESVP, S. 107.

<sup>135</sup> Ibid., S. 105–106.

<sup>136</sup> Cf. Ibid., S. 105–106.

<sup>137</sup> Cf. Longhurst; Zaborowski, The new Atlanticist, S. 5.

<sup>138</sup> Cf. Zaborowski; Longhurst, America's protégé in the East?, S. 1013.

„Die positive Haltung polnischer Entscheidungsträger gegenüber dem Rückgriff auf militärische Mittel in der Außenpolitik“<sup>139</sup> ist auch der Tatsache geschuldet, dass Polen in der Vergangenheit mehrmals durch militärische Aggressionen, ausgehend von den Nachbarstaaten, angegriffen wurde. Aufgrund der Befürchtung nach Ende des Kalten Kriegs alleine in einer Vakuums Sphäre oder in einer „grey zone of security“<sup>140</sup> ausgeschlossen zu sein, beschlossen polnische Entscheidungsträger, der NATO beizutreten. Die EU galt zu dieser Zeit als soft power, die nicht in der Lage war, die Bedürfnisse Polens nach harten Sicherheitsgarantien zu befriedigen.<sup>141</sup> Die Vollmitgliedschaft in der NATO wurde somit zur „attraktivsten sicherheitspolitischen Option“<sup>142</sup>. So entwickelte sich die Funktion der USA als Sicherheitsgarant Polens und führte schließlich zum „instinktiven Atlantizismus“<sup>143</sup>, der auf der Überzeugung basiert, dass die USA „the ultimate guarantor of European security“<sup>144</sup> bleibt.

Die Aspekte der polnischen Außenpolitik lassen sich wie folgt zusammenfassen: Zum einen prägen historische Ereignisse, wie die nicht dauerhafte Existenz des Staates, das polnische Verständnis der nationalen Außenpolitik. Aufgrund dessen ist ein wichtiges Element polnischer Außenpolitik die eigene Souveränität und deren Schutz und Verteidigung. Hierfür sucht Polen stets Unterstützung in internationalen Organisationen, wobei vor allem die USA eine wichtige Rolle bei der Garantie der nationalen Sicherheit Polens einnehmen.

#### 4.4 Überblick der Kernelemente der nationalen Außenpolitiken

Zusammenfassend ergibt sich aus der Analyse der nationalen Außenpolitiken, dass das Selbstverständnis der nationalen Rollen insbesondere durch Erlebnisse während des Zweiten Weltkriegs geprägt wurde. Aufgrund der divergierenden Erfahrungen unterscheiden sich vor allem die Leitmaximen der Staaten deutlich. Dies führt zu der Erkenntnis, dass jeder europäische Staat die vergangenen Kriege

---

<sup>139</sup> Frank, Zivilmacht trifft 'instinktiven' Atlantiker: Deutschlands und Polens Interessen in der ESVP, S. 105.

<sup>140</sup> Kamińska, Joanna (2008), Taking or shaping? Poland and the Eastern Dimension of the Common Foreign and Security Policy (CFSP) of the EU, S. 3.

<sup>141</sup> Cf. Ibid., S. 3.

<sup>142</sup> Lang, Kai-Olaf (2000), Polens Beziehungen zu Russland: zwischen Argwohn und Zusammenarbeit, Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, S. 14.

<sup>143</sup> Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela, „Polen in der Europäischen Union“, in: T. Goll; T. Leuerer (Hg.) (2005), Polen und Deutschland nach der EU-Osterweiterung (7), Baden-Baden: Nomos, S. 96.

<sup>144</sup> Longhurst; Zaborowski, The new Atlanticist, S.1–2.

unterschiedlich wahrgenommen hat und aufgrund dessen unterschiedliche Schlussfolgerungen zog.<sup>145</sup> Auf der einen Seite hat sich die Bundesrepublik seiner Zivilmachtrolle angenommen und bettet die nationale Außenpolitik in ein multilaterales System aus Partnerschaften ein. Dabei lehnt sie die Anwendung militärischer Mittel nicht grundsätzlich ab, betont aber zunächst die Lösung von Konflikten durch den Einsatz von Diplomatie. Frankreichs außenpolitische Strategie hingegen basiert vor allem auf dem Vertrauen eigener militärischer Mittel und somit auf der Möglichkeit, in Krisenfällen das eigene Territorium verteidigen zu können. Des Weiteren weist die französische Bevölkerung und die politischen Entscheidungsträger ein starkes Souveränitätsverständnis auf, welches im Verlauf der historischen Geschehnisse geprägt wurde. Darüber hinaus ist sich Frankreich der eigenen Führungsrolle bewusst und strebt an, Verantwortung im internationalen Kontext zu übernehmen. Die polnischen Regierungen legen bei der Formulierung außenpolitischer Ziele hohen Wert auf die nationale Sicherheit und sehen als dessen Garant das atlantische Bündnis sowie gute bilaterale Beziehungen zu den USA. Die Ursache für die deutliche Befürwortung enger bilateraler Beziehungen zu den USA liegt in historischen Erfahrungen des polnischen Staates sowie dessen geografischer und geopolitischer Lage.

Die beschriebenen Unterschiede wichtiger außenpolitischer Elemente werden in der Beschreibung der trilateralen Kooperation im Rahmen des Weimarer Dreiecks in Kapitel 6 aufgegriffen, um Divergenzen zu erklären. Zunächst folgt jedoch eine Analyse des jeweiligen Europäisierungsgrades der nationalen Außenpolitik der drei Staaten vor Ausbruch des Ukraine-Kriegs.

## **5 Analyse der europäisierten Außenpolitik der Staaten des Weimarer Dreiecks**

Ausgangspunkt der Analyse des Europäisierungsgrades der nationalen Außenpolitik der Mitgliedstaaten ist die Frage nach der Übernahme europäischer Verhaltensweisen sowie Inhalte (*downloading*) und der Übertragung nationalstaatlicher Interessen auf europäische Ebene (*uploading*). Hierzu wird der

---

<sup>145</sup> Cf. Hyde-Price, *European Security, Strategic Culture, and the Use of Force*, S. 325.

Bereich der Außenpolitik über einen langen Zeitraum (bereits vor Beitritt zur EG, bzw. EU bis zum Ausbruch des Ukraine-Kriegs) betrachtet. Insbesondere soll dabei auf die Vorgehensweisen der drei Staaten eingegangen werden, um Verhaltensmuster zu identifizieren.

### **5.1 Die europäisierte Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland**

Zunächst erfolgt eine Einordnung der Bundesrepublik als europäisierter Staat. Auffällig ist dabei, dass seit Gründung der Europäischen Gemeinschaft, die Bundesrepublik den Prozess der Europäisierung befürwortet. Anschließend wird der Status quo des Europäisierungsprozesses der deutschen Außenpolitik begutachtet.

Das politische System der EU und das der Bundesrepublik weisen wichtige Gemeinsamkeiten auf, die z.B. in anderen Mitgliedstaaten wie Frankreich nicht vorzufinden sind. Darunter fallen die Machtkonfiguration sowie die Politikmuster und Entscheidungsstile. Diese Mechanismen sind geprägt von einer hohen Machtdiffusion, einer Vielzahl von Vetospielern, einer eher schwachen horizontalen Koordinierung diverser Politikbereiche, starke, unabhängige Institutionen sowie einer starken Mehrebenenverflechtung, ein Regieren in zahlreichen Netzwerken von verschiedenen öffentlichen und privaten Akteuren und einer ausgeprägten Kompromiss- und Konsensorientierung des Entscheidungsstils. Infolge dieser starken Kongruenz zwischen deutschen und europäischen Institutionen, Interessen und Identitäten wird Deutschland als europäisierter Staat klassifiziert.<sup>146</sup> „Die von Adenauer begründete [...] Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland war von Anfang an in ganz besonderem Maße europäisierungsoffen.“<sup>147</sup> Die Bundesrepublik ist folglich mit einem geringeren „Europäisierungsstress“<sup>148</sup> während der fortschreitenden europäischen Integration konfrontiert.

Drei Bereiche lassen sich identifizieren, in denen die Europäisierung auftrat, die zu der Erkenntnis führen, dass die Bundesrepublik ein europäisierter Staat ist: Zum einen vollzog sich die Europäisierung in der Identitätsdimension. Dies hatte zur Folge, dass die deutsche Bevölkerung die Europäisierung der Außenpolitik frühzeitig

---

<sup>146</sup> Cf. Daehnhardt, Patricia, „Germany in the European Union“, in: R. Wong; C. Hill (Hg.) (2011), National and European foreign policies (74), Abingdon, Oxon, New York: Routledge, S. 35.

<sup>147</sup> Schmalz, Deutschlands europäisierte Außenpolitik, S. 32.

<sup>148</sup> Cf. Schild, Europäisierte Nationalstaaten., S. 13.

akzeptierte. Weiterhin wurde die Europäisierung bei der Kongruenz der Institutionen sichtbar. Die Bundesrepublik gewann dabei an Souveränität „through sovereignty renouncing“<sup>149</sup>. Des Weiteren fand eine Europäisierung im Bereich der Politikimplementierung statt.<sup>150</sup>

„Im Zuge der ‚Europäisierung‘ bundesdeutscher Außenpolitik wurden aus den zunächst von außen auferlegten ‚Verflechtungen‘ zum Zwecke der Kontrolle Deutschland neue, freiwillige Verflechtungsformen.“<sup>151</sup> Somit erwies sich eine europäisierte Außenpolitik als der effizienteste Weg, um die elementaren Bedürfnisse der Bundesrepublik (Friedenssicherung, internationale Achtung, Anerkennung, Gleichberechtigung, wirtschaftlicher Wiederaufbau, Aussöhnung mit den westlichen Partnerstaaten) zu verwirklichen. Aus diesem europäisierten außenpolitischen Konzept wurden schließlich die Strategien zur Bewältigung der Herausforderungen, die aufgrund der Veränderungen nach 1989/90 entstanden, formuliert.<sup>152</sup>

Die internationale Einbindung der Bundesrepublik bedeutet „zugleich eine Schwächung und eine Stärkung der deutschen Rolle in Europa und in der Welt“<sup>153</sup>. Eine Schwächung, da internationale Abstimmungsprozesse es unmöglich machen, die „eigene Maximalposition durchzusetzen, und oft nationale Entscheidungen bereits vorstrukturieren.“<sup>154</sup> Eine Stärkung der Rolle, da die „zahlreichen Gremien auch als Transmissionsriemen für die eigenen Interessen fungieren, und damit die Einwirkungsmöglichkeiten auf andere Staaten oder internationale Organisationen erhöht werden“<sup>155</sup>.

Deutschland entwickelte sich im Laufe der Jahrzehnte zu einem anderen europäisierten Staat, da sich die Dynamiken der Europäisierung vor allem auf die Dimension des *uploadings* beschränkten.<sup>156</sup> Insbesondere die Bundesrepublik hat in

---

<sup>149</sup> Daehnhardt, Germany in the European Union, S.37–38.

<sup>150</sup> Cf. Ibid., S. 37–38.

<sup>151</sup> Schmalz, Deutschlands europäisierte Aussenpolitik, S. 33.

<sup>152</sup> Cf. Ibid., S. 33.

<sup>153</sup> Bierling, Stephan G. (2005), Die Aussenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Normen, Akteure, Entscheidungen, München, Wien: Oldenbourg, S. 57–58.

<sup>154</sup> Ibid., S. 57–58.

<sup>155</sup> Ibid., S. 57–58.

<sup>156</sup> Cf. Daehnhardt, Germany in the European Union, S. 53.

der Vergangenheit die Funktion europäischer Institutionen und elementare Bereiche europäischer Politik geprägt und aufgrund starker Sicherheits- und Energieinteressen versucht, eigene Interessen auf europäischer Ebene durchzusetzen.<sup>157</sup>

In the domain of foreign policy uploading Germany decisively shaped the contours of the EU's eastern enlargement, uploading its preferences for successive EU enlargements, and leading other Member States to adopt its enlargement policy.<sup>158</sup>

Allgemein verfolgt die Bundesrepublik zwei verschiedene Arten des *uploadings*: ein normatives *uploading* und ein *policy uploading*. Mit dem normativen *uploading* wird der Prozess beschrieben, bei dem die Bundesrepublik mit Hilfe ihrer Funktion als Zivilmacht multilaterale Kooperationsmechanismen, Strategien zur Konfliktprävention und die Nutzung ziviler Krisenbewältigungsinstrumente in der europäischen Diplomatie beeinflusst. Das *policy uploading* beschränkt sich auf ein *uploading* von Politikgehalten.<sup>159</sup>

Anhand dieser Analyse wird deutlich, dass Deutschland als europäisierter Staat eingeordnet werden kann, der mit Gründung der Gemeinschaft sowohl europäische Inhalte, Verhaltensweisen und Prozesse in die nationale Außenpolitik einband als auch nationale Interessen auf europäischer Ebene durchsetzte.

## 5.2 Die europäisierte Außenpolitik Frankreichs

In diesem Abschnitt wird auf den Europäisierungsprozess in Frankreich eingegangen und die französische Haltung gegenüber einer Europäisierung der Außenpolitik untersucht, welche durch die starke Befürwortung der nationalen Souveränität beeinflusst wird.

Paris akzeptiert mit Widerwillen, dass die nationale Außenpolitik zumindest teilweise europäisiert ist.<sup>160</sup> Im Allgemeinen traten Spannungen während des Prozesses der Europäisierung Frankreichs in innenpolitisch sensiblen Bereichen auf. In diesen ließen sich „supranationale ‚agents‘ [...] von Seiten des kollektiven ‚principal‘ in Gestalt des Rates oder des Europäischen Rates nicht wirklich steuern

---

<sup>157</sup> Cf. *Ibid.*, S. 42.

<sup>158</sup> *Ibid.*, S. 46.

<sup>159</sup> Cf. *Ibid.*, S. 46.

<sup>160</sup> Cf. Charillon; Wong, France, S. 20.

und kontrollieren“<sup>161</sup>. Nahezu alle Politikbereiche wurden durch europäische Integrationsentwicklungen beeinflusst.<sup>162</sup> Doch anstelle einer deutlichen Europäisierung der Außenpolitik mit eindeutigen Veränderungen und sichtbaren Positionswechseln, vollzog sich die Europäisierung in Frankreich eher als stille Revolution.<sup>163</sup> Diese Tatsache lässt sich unter anderem an dem geringeren internationalen und europäischen Öffnungsgrad der französischen Verfassung erkennen.<sup>164</sup>

Als Gründungsmitglied der EWG und als Mitgliedstaat mit einem permanenten Hang, eine politische Führungsrolle im europäischen Integrationsprozess wahrzunehmen, ist es Frankreich und seinen führenden Repräsentanten im Verlauf der V. Republik gelungen, die politisch-institutionelle Entwicklung der Gemeinschaft in wesentlichen Aspekten mitzuprägen.<sup>165</sup>

Dabei neigen französische Entscheidungsträger dazu, französische Interessen als europäische Interessen auszugeben und ihnen mehr Gewicht zu vermitteln.<sup>166</sup> Paris'

method has usually consisted of defending one specific trend and campaigning to present it as the best among a host of other options. Uploading French preferences involved taking leadership on specific issues and persuading other to come<sup>167</sup>

Die französische Haltung gegenüber einer europäisierten Außenpolitik wurde durch diverse politische Überzeugungen geprägt, die sehr oft die nationalen politischen Eliten davon abhielten, zu hohe Erwartungen an die Treffen oder Entscheidungen in Brüssel zu haben. Zunächst wird die EU nicht als Quelle der Inspiration, sondern als Werkzeug gesehen. Des Weiteren wird in Frankreich die Annahme vertreten, dass die GASP tatsächlich als eine Quelle der diplomatischen Sozialisation gesehen werden kann, allerdings nur für kleinere Mitgliedstaaten. Frankreich hingegen als großer Staat mit diplomatischen Strukturen, benötigt diesen „Service“<sup>168</sup> nicht.

---

<sup>161</sup> Kimmel, Adolf; Uterwedde, Henrik; Schild, Joachim (2005), Frankreichs V. Republik. Ein Regierungssystem im Wandel, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 223.

<sup>162</sup> Cf. Ibid., S. 212.

<sup>163</sup> Cf. Charillon; Wong, France, S. 30.

<sup>164</sup> Cf. Schild, Europäisierte Nationalstaaten., S. 65.

<sup>165</sup> Kimmel; Uterwedde; Schild, Frankreichs V. Republik, S. 211.

<sup>166</sup> Cf. Kuźniar, De nouveaux défis pour la politique étrangère polonaise, S. 52.

<sup>167</sup> Charillon; Wong, France, S. 25.

<sup>168</sup> Ibid., S. 21.

Betrachtet man den französischen Versuch, bestimmte nationale Interessen auf die europäische Ebene zu bringen, also den Prozess des *uploadings* durchzuführen, so fällt auf, dass Frankreichs Regierung bei diesem Versuch im Bereich der bilateralen Beziehungen zwischen der EU und Drittstaaten Misserfolge zu verzeichnen hat. So ist Frankreich daran gescheitert seinen Einfluss auszubauen, um eine kohärente Haltung gegenüber Moskau zu entwickeln, die gleichzeitig den französischen Positionen entspricht.<sup>169</sup> Dieser Versuch ist weder im politischen noch im wirtschaftlichen Bereich geglückt und so hat es die französische Regierung trotz des privilegierten Verhältnisses nicht geschafft, einen Einklang auf europäischer Ebene herbeizuführen.<sup>170</sup>

Die GASP hatte in der Entwicklung der französischen Außenpolitik einen hohen Stellenwert. In vielen Aspekten kann der Einfluss der EU-Mitgliedschaft an den Veränderungen der diplomatischen Zuständigkeiten in Frankreich gemessen werden: „Its room to manoeuvre has narrowed, the sociology of diplomacy has changed, and its diplomatic discourse has undergone significant evolution“<sup>171</sup>. Jedoch blieben die meisten der traditionellen französischen Prioritäten in der Außenpolitik unverändert.<sup>172</sup>

Dort, wo eine Europäisierung der französischen Außenpolitik stattfand, galten französische Fähigkeiten zuvor als nicht adäquat und ein bedeutender Einfluss konnte nur unter Rückgriff auf das Gewicht der EU gewonnen werden.<sup>173</sup> Frankreich vollzog schließlich schrittweise eine Anpassung der eigenen Außenpolitik an die europäische Außenpolitik.<sup>174</sup>

In diesem Abschnitt wird deutlich, dass die französische Bevölkerung sehr skeptisch gegenüber der Europäisierung nationaler Politik ist. Diese Einstellung hat sich jedoch schrittweise insofern verändert als dass französische Politiker trotz geringer Erwartungen Versuche unternahmen, nationale Interessen auf

---

<sup>169</sup> Cf. Delcour, Laure (2010), „Frankreich und Russland. Neue Dynamik für eine besondere Beziehung“, in: DGAPanalyse Frankreich (6), S. 8.

<sup>170</sup> Cf. Ibid., S. 3.

<sup>171</sup> Charillon; Wong, France, S. 21.

<sup>172</sup> Cf. Ibid., S. 21.

<sup>173</sup> Cf. Ibid., S. 30.

<sup>174</sup> Cf. Hill; Wong, Many actors, one path?, S. 213.

europäischer Ebene durchzusetzen. Auch wenn diese misslingen, bleibt schlussendlich festzuhalten, dass insgesamt eine Europäisierung im Hintergrund stattfand, die dazu führte, dass bestimmte Strukturen und Inhalte in die französische Außenpolitik integriert wurden.

### 5.3 Die europäisierte Außenpolitik der polnischen Republik

Der Prozess der Europäisierung der nationalen Außenpolitik Polens unterscheidet sich insofern von dem Prozess der beiden anderen Staaten des Weimarer Dreiecks als dass der EU-Beitritt Polens erst 2004 erfolgte. Die verpflichtende Übernahme des *acquis communautaire* führte dazu, dass bereits vor der EU-Mitgliedschaft erste politische Anpassungen an die europäischen Strukturen stattfanden.<sup>175</sup> Zudem wurden die Veränderungen im institutionellen Bereich deutlich schneller vollzogen als in den ‚alten‘ Mitgliedstaaten.<sup>176</sup> Somit wird auch der Prozess der Anpassung während der Periode vor dem Beitritt analysiert, da sich bereits in diesem Zeitraum erste Tendenzen der Europäisierung erkennen lassen. Im Anschluss wird deutlich, dass der Prozess maßgeblich durch einen Lernprozess der Entscheidungsträger geprägt ist.

Bei der Europäisierung polnischer Außenpolitik sind drei unterschiedliche Mechanismen zu erkennen. Der erste Mechanismus setzte vor dem Beitritt zur EU sowie vor der Erlangung des Status des aktiven Beobachters Polens ein und umfasst die Konditionalität der EU. Seit Anfang der 1990er Jahre unterlag die polnische Administration einem hohen Anpassungsdruck durch die EU, welcher dazu führte, dass neue Institutionen (UKIE und KERM) geschaffen wurden, die der besseren Koordinierung der europäischen Politiken dienen sollten.<sup>177</sup> Sozialisation und Lernen als die beiden weiteren Mechanismen wirkten dann erst später, nach Beitritt zur Union, auf die Außenpolitik ein.<sup>178</sup> Vor allem die letzten beiden Mechanismen haben auf der Ebene der Diplomaten und Beamten einen großen Einfluss, da sie am

---

<sup>175</sup> Cf. Pomorska, Karolina, „Poland. Learning to play the Brussels game“, in: R. Wong; C. Hill (Hg.) (2011), *National and European foreign policies* (74), Abingdon, Oxon, New York: Routledge, S. 172.

<sup>176</sup> Cf. Ladrech, Europeanization and national politics, S. 205.

<sup>177</sup> Cf. Kamińska, Joanna (2010), „The Link between National Foreign Policy and the Performance of a Country in the European Union: The Polish Case“, in: *Journal of Contemporary European Research* (1), S. 81.

<sup>178</sup> Cf. Pomorska, Poland, S. 168.

stärksten in den Prozess der Formulierung europäischer Außenpolitik involviert sind.<sup>179</sup> Dadurch ist insgesamt die Intensität des Europäisierungsprozesses auf administrativer Ebene und bei der Verhaltensanpassung polnischer Diplomaten am deutlichsten erkennbar. Der erste Wechsel aufgrund des Anpassungsdrucks war somit organisatorisch und vollzog sich noch vor der Periode des offiziellen Beobachterstatus.<sup>180</sup>

Die mangelnde Teilnahme an Entscheidungsprozessen beschränkte zu Beginn der EU-Mitgliedschaft die Fähigkeit, nationale Präferenzen auf EU-Ebene zu vertreten und führte dazu, dass gerade die neuen Mitgliedstaaten vor allem *downloader* der EU-Institutionen und Politiken repräsentierten.<sup>181</sup> Polen war ebenfalls mit dieser Problematik konfrontiert, denn der Prozess des *uploadings* fand vor allem in Bezug auf Politikinhalt und nicht im Bereich der Prozeduren statt. Polens Einfluss auf die Formulierung der europäischen Außenpolitik sank und wurde durch einen „top-down process of rule transfer, with no scope for ‘uploading’ their own preferences to the EU level“<sup>182</sup> charakterisiert. Des Weiteren offenbarte Polen nicht direkt die eigenen nationalen Interessen, da damalige Regierungen eher darauf fokussiert waren, den *acquis communautaire* umzusetzen.

Nach dem Beitritt Polens zur EU wurden die Reformen der vorherigen Periode nicht weiter umgesetzt, sodass die Machtzentralisierung im Bereich der Außenpolitik und die Dezentralisierung in anderen Politikbereichen dazu führten, dass zuvor geschaffene Institutionen wie das UKIE zwischen 2004 und 2009 marginalisiert wurden.<sup>183</sup>

The changes that occurred were not profound enough to establish an effective policy-making process within the EU’s multi-level structure after the enlargement. Filtered through the national traditions of work and policy-making procedures, new

---

<sup>179</sup> Cf. Pomorska, „Are we there yet?“, letzter Zugriff am 12.08.2015.

<sup>180</sup> Cf. Pomorska, Poland, S. 169.

<sup>181</sup> Cf. Kamińska, The Link between National Foreign Policy and the Performance of a Country in the European Union: The Polish Case, S. 72.

<sup>182</sup> Sedelmeier, Ulrich (2011), „Europeanisation in new member and candidate states“, in: Living Reviews in European Governance, S. 5.

<sup>183</sup> Cf. Kamińska, The Link between National Foreign Policy and the Performance of a Country in the European Union: The Polish Case, S. 81.

institutions proved to be not effective enough to fulfil the objectives established by the decision-makers.<sup>184</sup>

Die Fähigkeit, die Außenpolitik der EU zu beeinflussen, hängt nicht nur von einer effizienten Anpassung der bürokratischen Strukturen und legalen Regulierungen ab, sondern überwiegend von einem Wechsel des „way of doing things“<sup>185</sup> unter den politischen Eliten und deren Strategie für Polen in der EU.<sup>186</sup> Eine Problematik der Europäisierung entstand gerade im Bereich der Diplomaten und Eliten. Die steigende Anzahl der Institutionen, die sich mit der EU beschäftigten, brachte keine direkte psychologische Veränderung der Eliten. So kollidierten alte sozialistische Verhaltensmuster mit neuen europäischen Mechanismen in Bezug auf die Formulierung von Außenpolitik und Politikkoordination.<sup>187</sup> „In terms of Europeanization, [...] experts and diplomats in Brussels learnt the ‘ways-of-doing-things’ and became Europeanized, the same cannot be said about the highest levels of decision-making in Warsaw.“<sup>188</sup> Infolgedessen mussten die Repräsentanten neuer Mitgliedstaaten lernen, den Verhaltenscode zu respektieren, indem sie nationale Interessen weniger radikal vertraten und ihre europäischen Kollegen im Voraus konsultierten. „One can observe Europeanization in the domain of negotiating *behaviour* rather than in changes to the strategic goals of national foreign policy.“<sup>189</sup> Dieser Prozess der Anpassung fand anders als bei den institutionellen Anpassungen nach dem Beitritt Polens in die EU statt.<sup>190</sup>

The ‘downloading’ dimension of Europeanization [...] implies a change in the substance (or procedures) of Polish foreign policy. Policy projection [...] refer[s] to the attempts of Polish policy-makers and diplomats to influence the agenda of the Council of the EU and shape the policies of the European Union.<sup>191</sup>

Am Beispiel Polens lässt sich außerdem erkennen, wie sich Entscheidungsträger erst mit dem Prozess der Sozialisation und des Lernens an die

---

<sup>184</sup> Ibid., S. 75–76.

<sup>185</sup> Radaelli, Claudio M., „The Europeanization of Public Policy“, in: K. Featherstone; C. M. Radaelli (Hg.) (2003), *The politics of Europeanization*, Oxford: Oxford University Press, S. 30.

<sup>186</sup> Cf. Kamińska, *Taking or shaping? Poland and the Eastern Dimension of the Common Foreign and Security Policy (CFSP) of the EU*, S. 25.

<sup>187</sup> Cf. Kamińska, *The Link between National Foreign Policy and the Performance of a Country in the European Union: The Polish Case*, S. 73.

<sup>188</sup> Pomorska, „‘Are we there yet?’“, letzter Zugriff am 12.08.2015.

<sup>189</sup> Pomorska, *Poland*, S. 179.

<sup>190</sup> Cf. Kamińska, *Poland and EU enlargement*, S. 5.

<sup>191</sup> Pomorska, „‘Are we there yet?’“, letzter Zugriff am 12.08.2015.

Prozeduren der Entscheidungsfindung auf der EU-Ebene anpassen. Es gibt einerseits Erfolge im Bereich des *uploadings* der polnischen Außenpolitik zu verzeichnen, die dazu führten, dass Polen heute als konstruktiver Spieler anerkannt wird und die einen Wechsel der polnischen Strategie, um nationale Interessen in Brüssel zu vertreten, verdeutlichen.<sup>192</sup> Darunter fällt das polnische Engagement während der Orangen Revolution in der Ukraine, das oft als größter Erfolg polnischer Diplomatie innerhalb der EU bewertet wird.<sup>193</sup> Das polnische Verhalten während der Revolution zeigte, dass der Prozess des *uploadings* ein wichtiger Bestandteil polnischer Politik ist und die EU als wichtiges Forum angesehen wurde, um eine Strategie auszuarbeiten, statt auf dem nationalen Level eine Lösung zu finden. „Nonetheless, the change is more visible when it comes to setting the foreign policy agenda - where Poland has successfully managed to insert some issues - than in the actual output of European foreign policy.“<sup>194</sup> Die Möglichkeit, eigene Interessen auf EU-Ebene einzubringen, entstanden vor allem in Bezug auf die Beziehungen zu den östlichen Nachbarn. Jedoch folgte auf den Versuch, sich in der Ukraine zu engagieren, eine Enttäuschung für polnische Diplomaten, da polnische Ideen nicht in offizielle Dokumente der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) eingebunden wurden.<sup>195</sup> Als Grund hierfür gelten unter anderem die fehlenden Möglichkeiten für polnische Diplomaten, herauszufinden, „how to play ,the Brussels game“<sup>196</sup>.

2006 fand dann ein erneuter Versuch polnischer Repräsentanten in Brüssel statt, die eigenen nationalen Interessen auf EU-Ebene durchzusetzen und die europäischen Partner von den eigenen Strategien zu überzeugen. Dies geschah im Rahmen der Verhandlungen über ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Russland. Polen legte damals ein Veto ein und blockierte somit die Verhandlungen, um die Aufmerksamkeit europäischer Partner auf polnische Interessen zu lenken. Zuvor hatte Russland ein Embargo gegen polnische Produkte verhängt und ein Abkommen mit Russland in

---

<sup>192</sup> Cf. Gostyńska, Agata; Parkes, Roderick (2014), „Europe and Its Institutions: Towards a Renewed Polish Approach to the EU“, in: Strategic File (The Polish Institute of International Affairs) (2), S. 2.

<sup>193</sup> Cf. Pomorska, „Are we there yet?“, letzter Zugriff am 12.08.2015.

<sup>194</sup> Pomorska, Poland, S. 174.

<sup>195</sup> Cf. Pomorska, „Are we there yet?“, letzter Zugriff am 12.08.2015.

<sup>196</sup> Pomorska, Poland, S. 175.

Bezug auf eine Europäische Energiecharta scheiterte. Die damalige Entscheidung Polens wurde von den europäischen Partnern als *ad hoc* Entscheidung des polnischen Außenministers ohne dahinterstehende Strategie gewertet.<sup>197</sup> Dieser Versuch gilt als „probably the most visible aspect of polish influence on the EU’s policy towards Russia“<sup>198</sup>. Gleichzeitig wurde das polnische Veto als Beweis dafür gesehen, dass die polnische Außenpolitik noch nicht europäisiert wurde.<sup>199</sup> Erst nach einem Regierungswechsel in Polen wurde das Veto aufgehoben und die Verhandlungen konnten fortgesetzt werden.<sup>200</sup>

Auch in sensiblen Bereichen polnischer Außenpolitik sind Europäisierungstendenzen zu erkennen, obwohl sie zuvor in diesem Bereich nicht erwartet wurden. Als Beispiel können die transatlantischen Beziehungen herangezogen werden.<sup>201</sup> Seit dem Beitritt Polens zur EU konnte ein beachtlicher Wechsel in den Beziehungen zwischen den USA und Polen vermerkt werden.<sup>202</sup>

Polens Sicherheitspolitik erfuhr [...] eine Art ‚Europäisierung‘. Schaute man von Warschau aus zuvor eher nach Amerika, so wurde die transatlantische Orientierung nach Obamas Entscheidung, einen Neustart der Beziehungen zu Moskau zu versuchen und auf die vierte Phase bei der Stationierung des europäischen Raketenabwehrsystems in Polen zu verzichten, zugunsten einer europäischen Orientierung korrigiert.<sup>203</sup>

Die in diesem Abschnitt gewonnenen Erkenntnisse führen zu der Schlussfolgerung, dass die polnische Außenpolitik stetig europäisiert wurde. Dieser Prozess begann bereits vor dem Beitritt Polens zur EU. Währenddessen fand ebenfalls eine Anpassung an die Politikinhalte der GASP statt, welche kontinuierlich weitergeführt wurde. Dieser Prozess resultiert schließlich in Tendenzen des *downloadings* als auch des *uploadings* im Bereich der Außenpolitik.

---

<sup>197</sup> Cf. Kamińska, *The Link between National Foreign Policy and the Performance of a Country in the European Union: The Polish Case*, S. 77.

<sup>198</sup> Pomorska, *Poland*, S. 180.

<sup>199</sup> Cf. Pomorska, „Are we there yet?“, letzter Zugriff am 12.08.2015.

<sup>200</sup> Cf. Kamińska, *The Link between National Foreign Policy and the Performance of a Country in the European Union: The Polish Case*, S. 79.

<sup>201</sup> Cf. Pomorska, „Are we there yet?“, letzter Zugriff am 12.08.2015.

<sup>202</sup> Cf. Pomorska, *Poland*, S. 183.

<sup>203</sup> Buras, Piotr (2014), „Partnerschaft auf dem Prüfstand. Deutschland, Polen und die Zukunft der europäischen Ostpolitik“, in: *Internationale Politik* (4), S. 42.

Mit Hilfe der erarbeiteten Merkmale des Europäisierungsprozesses lassen sich verschiedene Verhaltensmuster feststellen. Hierbei ist erkenntlich, dass beispielsweise in der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland die Skepsis gegenüber einer Europäisierung der Außenpolitik bisher sehr gering ausfällt. Vielmehr wurde dieser Prozess seit Gründung der Gemeinschaft in die nationale Außenpolitik integriert. Demgegenüber ist eine hohe Skepsis in der französischen Republik und bei deren Bewohnern erkennbar. Gleichzeitig werden nur geringe Erwartungen an eine gemeinsame Außenpolitik in der EU formuliert. Polnische Entscheidungsträger hatten zunächst eine Anpassung zu vollziehen, um die „ways of doing things“<sup>204</sup> zu übernehmen. Dies fand erfolgreich in den ersten Jahren der Mitgliedschaft statt, sodass aus heutiger Perspektive erkenntlich wird, dass Polens Außenpolitik europäisiert wurde. Abschließend bleibt festzuhalten, dass sich alle drei Länder deutlich in ihrem Verhalten und ihrer Einstellung gegenüber der Europäisierung der nationalen Außenpolitik unterscheiden. Diese Erkenntnis wird in Kapitel 10 verwendet, um den Prozess der Europäisierung während des Ukraine-Kriegs nachvollziehen zu können. Zunächst folgen eine Darstellung des Untersuchungsobjektes, dem Weimarer Dreieck, und eine Auswertung der bisherigen Kooperationsmechanismen.

## 6 Das Weimarer Dreieck

Die trilaterale Kooperation zwischen Polen, Deutschland und Frankreich, das sogenannte Weimarer Dreieck, geht auf eine Initiative des polnischen Außenministers a.D. Krzysztof Skubiszewski, den französischen Außenminister a.D. Roland Dumas und den damaligen Außenminister der Bundesrepublik Hans-Dietrich Genscher zurück. Diese trafen sich am 28. August 1991 in Weimar und beschlossen, die drei Länder an gemeinsamen Grundwerten auszurichten. Sie hatten sich zum Ziel gesetzt, gemeinsam Demokratie, Wohlstand und Sicherheit zu festigen sowie in einem regelmäßigen Austausch gemeinsame Richtungen zu formulieren.<sup>205</sup> In diesem Rahmen entstand ebenfalls der Wunsch nach Konvergenz in Bezug auf die

---

<sup>204</sup> Radaelli, *The Europeanization of Public Policy*, S. 30.

<sup>205</sup> Cf. Kühnhardt, Ludger; Ménudier, Henri; Reiter, Janusz (2000), *Das Weimarer Dreieck. Die französisch-deutsch-polnischen Beziehungen als Motor der Europäischen Integration*, Bonn: Zentrum für Europäische Integrationsforschung, S. 4.

Vorstellung und die Betonung gemeinsamer Interessen in der europäischen Politik.<sup>206</sup> „Als informeller Mechanismus ist das Weimarer Dreieck ein politisches Novum ohne Vorbild in der Europäischen Union.“<sup>207</sup> Es hat sich im Laufe der Zeit zu einem Ort der Begegnungen und der Abstimmung entwickelt und umfasst mit den drei Ländern jeweils Repräsentanten der drei kulturellen Archetypen des Kontinents (romanische, germanische und slawische Elemente sind durch die drei Mitgliedsländer vertreten).<sup>208</sup> Das Weimarer Dreieck ist jedoch keine isolierte Kooperation innerhalb der EU, sondern ein „Teil der gesamteuropäischen Politik“<sup>209</sup> und repräsentiert ein voluntaristisches Konzept, abgeleitet aus dem Konzept der deutsch-französischen Sonderbeziehungen.<sup>210</sup> Erwartungen an die Kooperation der drei Staaten umfassen einerseits die Kompromissfindung der drei Länder, um Initiativen voranzubringen und andererseits die Möglichkeit, gegebenenfalls die Führung innerhalb der EU zu übernehmen.<sup>211</sup>

In diesem Kapitel werden die Tätigkeitsbereiche sowie formulierte Ziele des Weimarer Dreiecks beschrieben. Betrachtet man die Kooperation über den gesamten Zeitraum ihrer Existenz, wird deutlich, dass in manchen essentiellen Bereichen die hohen Erwartungen nicht erfüllt wurden. Die Auswertung der Kooperation fällt zudem in einigen Fällen sehr kontrovers aus. So werden im Anschluss an die Ziele des Weimarer Dreiecks die Erfolge und Misserfolge der Kooperation zwischen den drei Ländern in den verschiedenen Politikbereichen erläutert. Ziel des Kapitels ist einen Überblick über den Status quo der Kooperation zwischen den beteiligten Mitgliedstaaten vor Beginn des Ukraine-Kriegs zu geben sowie die Motivation der drei Länder, sich innerhalb des Dreiecks zu engagieren, zu betrachten.

---

<sup>206</sup> Cf. Ibid., S. 5.

<sup>207</sup> Standtke, Klaus-Heinrich, „Einführende Zusammenfassung des Herausgebers“, in: K.-H. Standtke (Hg.) (2009), *Trójkąt Weimarski w Europie*, Toruń: Wydawn. Adam Marszałek, S. 126.

<sup>208</sup> Cf. Kühnhardt; Ménudier; Reiter, *Das Weimarer Dreieck*, S. 9.

<sup>209</sup> Kolboom, Ingo, „Das Weimarer Dreieck : Trilaterale Zusammenarbeit als Modell zur Osterweiterung der EU“, in: K.-H. Standtke (Hg.) (15.5. - 17.5.1998), *Frankreich, Deutschland, Polen und die EU- Osterweiterung: Hat das Weimarer Dreieck eine Zukunft?*, S. 20.

<sup>210</sup> Cf. Ibid., S. 18.

<sup>211</sup> Cf. Lang, Kai-Olaf; Schwarzer, Daniela, „Ein neues Scharnier für Europa“, in: Stiftung Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (Hg.) (2011), *Dokumentation des Zeitungsprojektes „20 Jahre Weimarer Dreieck 2011“* der Stiftung Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar, Weimar, S. 23.

## 6.1 Tätigkeitsbereiche und Funktionen des Weimarer Dreiecks

Die Kooperation der drei Staaten besitzt verschiedene Handlungssphären. Zum einen hat sie eine weiche (zivilgesellschaftliche und kulturelle) Dimension und eine harte (europäische und außenpolitische) Dimension. In Bezug auf die harte Dimension ist das Weimarer Dreieck in diverse Politikbereiche involviert. Unter anderem in der Politik allgemein, indem sich die Außenminister der drei Staaten regelmäßig treffen, außerdem in der Sicherheitspolitik, wo sich die Verteidigungsminister kontinuierlich austauschen.<sup>212</sup>

Dabei wird dem Weimarer Dreieck als Kooperationsrahmen das Potenzial zugesprochen, verschiedene Aufgaben zu übernehmen. Die drei Länder führen gemeinsam eine *Clearingfunktion* aus, indem sie Kompromisse ausarbeiten und damit einen Beitrag zu innereuropäischen Entscheidungsvorbereitungen und Konfliktlösungen leisten. Des Weiteren übernehmen sie die Funktion des *Impulsgebers*, indem bestimmte Themen gezielt auf die Agenda der EU gesetzt werden. Hinzukommt die Übernahme der *Steuerungsfunktion*, das heißt eine Verbesserung der Steuerungsfähigkeit der EU, was eine Richtungsgebung durch das Weimarer Dreieck in entscheidenden Politikbereichen auf EU-Ebene umfasst. Schließlich übernimmt das Weimarer Dreieck eine *Klammerfunktion* innerhalb der EU, da es den internen Zusammenhalt zwischen den gegensätzlichen Mitgliedstaaten (unterschiedliche Potenziale und historische Kontexte, jung/alt; östlich/westlich) festigt.<sup>213</sup>

Während zahlreicher Diskussionen zwischen den Repräsentanten des Weimarer Dreiecks ließen sich drei verschiedene Thematiken erkennen, die als wichtige Ansatzpunkte des Weimarer Dreiecks gelten: die Europäische Nachbarschaftspolitik, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik.<sup>214</sup> In diesem Bereich haben die drei Länder des Weimarer Dreiecks traditionell das stärkste Interesse an Osteuropa

---

<sup>212</sup> Cf. Kolboom, Das Weimarer Dreieck : Trilaterale Zusammenarbeit als Modell zur Osterweiterung der EU, S. 19.

<sup>213</sup> Cf. Lang, Kai-Olaf; Schwarzer, Daniela (2011), „Das Weimarer Dreieck jetzt stärken und nutzen. Europapolitische Funktionen der deutsch- polnisch- französischen Zusammenarbeit“, in: SWP-Aktuell (31), S. 4.

<sup>214</sup> Cf. Bendiek, Perspektiven der EU- Außenpolitik, S. 3.

und führen seit Jahren eine eigenständige Ostpolitik, auf die im Anschluss bei den Divergenzen eingegangen wird.<sup>215</sup> Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung kommt der Vorstellung über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik eine besondere Bedeutung zu.

## 6.2 Ziele des Weimarer Dreiecks

Die enge Kooperation des ‚couple franco-allemand‘ mit der osteuropäischen Führungsmacht sollte verhindern, dass verbohnte Nationalisten links und rechts des Rheins noch einmal der Versuchung nachgäben, das eigene Gewicht durch geheime Allianzen im Osten des Kontinentes auf Kosten des Nachbarn zu mehren. Der Weimarer Bund sollte aber auch Polen vor der Lockung bewahren, die deutschen und französischen Partner gegeneinander auszuspielen.<sup>216</sup>

Ursprünglich verfolgte das Weimarer Dreieck das Ziel, einen Beitrag zur deutsch-polnischen Aussöhnung zu leisten sowie die Integration Polens in die EU mit voranzutreiben. Diese Ziele wurden mit Beitritt Polens im Jahr 2004 erreicht.<sup>217</sup> Nach dem Beitritt Polens in die EU verlor das Weimarer Dreieck zunächst den Impuls für gemeinsame Ziele und es fanden meist informelle Treffen zwischen den Regierungen statt.

## 6.3 Errungenschaften der trilateralen Kooperation

Zu den Bereichen, in denen das Weimarer Dreieck die europäische Politik richtungsgebend vorgebracht hat, zählen insbesondere die zivilgesellschaftliche und die kulturelle Ebene. Zwischen den drei Ländern fand, beziehungsweise findet, ein reger Austausch auf politischer Ebene zwischen den Staats- und Regierungschefs statt, sodass nicht nur die Aussöhnung zwischen Polen und Deutschland vollzogen werden konnte, sondern auch eine enge Beziehung zwischen den Ländern aufgebaut werden konnte.<sup>218</sup>

Aber auch im Bereich der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) erzielte das Dreieck im Jahr 2011 Erfolge. Die drei Staaten präsentierten

---

<sup>215</sup> Cf. Lesser, Gabriele (2011), „Die Zukunft des Weimarer Dreiecks liegt im Osten“, in: Genshagener Papiere (5), S. 12.

<sup>216</sup> Harpprecht, Klaus (2012), „Die Glosse: Deutsche und Polen – ein Gedenkblatt“, in: Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte (6), S. 16.

<sup>217</sup> Cf. Konrad Adenauer Stiftung, „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU nach Lissabon. 10. Erfurter Europagespräch“, <http://www.kas.de/thueringen/de/publications/28770/>, letzter Zugriff am 15.04.2015.

<sup>218</sup> Cf. Lang; Schwarzer, Das Weimarer Dreieck jetzt stärken und nutzen, S. 2.

Vorschläge zur Weiterentwicklung der ESVP, die von den europäischen Partnern positiv aufgenommen wurden und die zur Unterzeichnung eines Kooperationsabkommens führten, wodurch schließlich die Gründung des trilateralen EU-Kampfverbands beschlossen wurde.<sup>219</sup> Somit stärkte die trilaterale Kooperation die Europäisierung polnischer Sicherheitspolitik und band gleichzeitig Frankreich an Polen und Deutschland.<sup>220</sup> Darüber hinaus kann eine Zunahme verteidigungspolitischer und militärischer Kontakte wahrgenommen werden. Aufgrund dieser engen Kontakte, kann festgestellt werden, dass die Zusammenarbeit im militärischen Bereich eine der stabilsten Komponenten der trilateralen Kooperation darstellt.<sup>221</sup>

Trotz positiver Bilanzziehung in Hinblick auf die Errungenschaften bezüglich einer Harmonisierung der Interessen (insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich in Zentral- und Osteuropa) sowie der Erleichterung der EU-Osterweiterung, weist das Weimarer Dreieck in seiner trilateralen Kooperation einige Risse auf. Dass diese auf divergierende Interessen der Mitgliedstaaten zurückzuführen sind, wird anschließend erläutert.

#### **6.4 Divergenzen zwischen den drei Mitgliedstaaten**

Bereits die unterschiedlichen nationalen Erwartungen an das Weimarer Dreieck führen zu Differenzen in der Kooperation. So wird in Deutschland und Frankreich das politische Potenzial der Kooperation eher gering eingeschätzt.<sup>222</sup> Insbesondere bei „harte[n] Fragen europäischer Politik“<sup>223</sup> wurde das Weimarer Dreieck in der Vergangenheit von Deutschland und Frankreich außer Acht gelassen und bilaterale Beziehungen traten in den Vordergrund. Dies führt zu der Erkenntnis, dass der Bedarf an der trilateralen Kooperation in den drei Mitgliedstaaten unterschiedlich groß ist. Da Deutschland und Frankreich über zahlreiche andere Möglichkeiten der engen Zusammenarbeit verfügen, ist der Bedarf der trilateralen Kooperation

---

<sup>219</sup> Cf. Lang; Schwarzer, Ein neues Scharnier für Europa, S. 23.

<sup>220</sup> Cf. Lang; Schwarzer, Das Weimarer Dreieck jetzt stärken und nutzen, S. 5–8.

<sup>221</sup> Cf. Lang, Kai-Olaf (2004), Das Weimarer Dreieck: ein neuer "Motor" für die größere EU?, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, S. 10.

<sup>222</sup> Cf. Lang; Schwarzer, Das Weimarer Dreieck jetzt stärken und nutzen, S. 3.

<sup>223</sup> Ibid., S. 4.

insgesamt in Polen am größten.<sup>224</sup> Demzufolge ist innerhalb des Weimarer Dreiecks ein Nebeneinander von unterschiedlich intensiven bilateralen Beziehungen erkennbar. „Da koexistieren ein selbsternannter deutsch-französischer Motor [...], eine deutsch-polnische ‚Interessengemeinschaft‘ [...] und [...] das hypotrophe französisch-polnische Verhältnis.“<sup>225</sup> Schlussendlich beeinflussen die Asymmetrien der bilateralen Beziehungen das Potenzial und die Intensität der trilateralen Beziehungen.<sup>226</sup>

Des Weiteren wird die Zusammenarbeit durch politische Spannungen beeinträchtigt.

Die Strukturen haben sich bisher als so schwach erwiesen, dass sie im Zweifel Spannungen nicht aushalten, kanalisieren oder im günstigsten Falle positiv beeinflussen könnten, vielmehr leiden sie selbst unter politischen Störungen.<sup>227</sup>

Bilaterale Unstimmigkeiten beeinflussten die Kooperation zwischen den drei Ländern. Dazu zählt die Diskussion im Jahr 2003 über eine Intervention im Irak-Krieg. In dieser Periode wurden zum ersten Mal die Unterschiede ordnungspolitischer Konzeptionen, unipolare versus multipolare Weltordnung, deutlich. Die Uneinigkeit während des Irak-Kriegs resultierte in einer allgemeinen Verschlechterung des politischen Klimas zwischen den drei Staaten und belastete die bilateralen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland, aber vor allem zwischen Frankreich und Polen nachhaltig.<sup>228</sup> Des Weiteren bestimmten Diskussionen zwischen Polen und Deutschland über die Vertriebenenfrage und den Vertrag von Lissabon die Agenda des Weimarer Dreiecks.<sup>229</sup>

Neben den bilateralen Unstimmigkeiten innerhalb des Weimarer Dreiecks existieren unterschiedliche Sichtweisen bezüglich bilateraler Beziehungen zu Drittländern. So wird immer wieder die Beziehung der Staaten zu Russland

---

<sup>224</sup> Cf. Ruchniewicz, Krzysztof, „Deutschland, Frankreich und Polen im vereinten Europa. Bilanz nach fünf Jahren EU-Osterweiterung“, in: W. Hilz (Hg.) (2010), Frankreich - Deutschland - Polen (C 199), Bonn: ZEI, S. 74–75.

<sup>225</sup> Lang, Das Weimarer Dreieck: ein neuer "Motor" für die größere EU?, S. 13.

<sup>226</sup> Cf. Standtke, Einführende Zusammenfassung des Herausgebers, S. 136.

<sup>227</sup> Marchetti, Andreas, „Deutschland zwischen Ost und West. Die Beziehungen zu Polen und Frankreich fünf Jahre nach der Osterweiterung“, in: W. Hilz (Hg.) (2010), Frankreich - Deutschland - Polen (C 199), Bonn: ZEI, S. 64.

<sup>228</sup> Cf. Müller-Brandeck-Bocquet, Polen in der Europäischen Union, S. 98.

<sup>229</sup> Cf. Bendiek, Perspektiven der EU- Außenpolitik, S. 2.

diskutiert. Diesbezüglich existieren unterschiedliche Präferenzen in der Russlandpolitik, wo deutsche und französische Interessen an bilateral organisierten Beziehungen mit dem Kreml den polnischen Interessen für eine gemeinsame EU-Russlandpolitik gegenüber stehen.<sup>230</sup> Dies resultiert unter anderem aus den unterschiedlichen geopolitischen Verortungen der drei Mitgliedstaaten. Divergierende Positionen entspringen zum Beispiel aus der Nähe zu Russland oder aus der Abhängigkeit bei Energielieferungen. Paris war bisher vor allem an einer strategischen Partnerschaft mit Russland bemüht, Deutschland strebt eine gute Beziehung mit allen osteuropäischen Anrainerstaaten an und Polen sieht sich als Fürsprecher der ehemaligen Ostblockstaaten in der EU und der NATO und verteidigt deren Interessen gegenüber Russland.<sup>231</sup> In diesem Zusammenhang ist der Mangel eines Konsenses bezüglich einer einheitlichen Politik gegenüber Russland ein problematischer Aspekt innerhalb des Weimarer Dreiecks.<sup>232</sup>

Die atlantische Orientierung Polens und die im Gegensatz dazu stehende multipolare Ausrichtung der französischen Vorstellung über die Stoßrichtung der GASP und der ESVP führten ebenfalls zu Unstimmigkeiten innerhalb des Weimarer Dreiecks. Frankreich sieht im Gegensatz zu Polen Europa eher als Gegengewicht zu Amerika.<sup>233</sup> Divergenzen in Bezug auf die Beziehungen zu den USA wurden vor allem in der Debatte um die Stationierung von Teilen des US-Raketenabwehrsystems deutlich. Deutschland und Frankreich befürworteten eine Diskussion über die Stationierung im Rahmen der NATO, wohingegen polnische Entscheidungsträger von Anfang an einer Aufstellung der US-Basis auf eigenem Territorium positiv gegenüber standen.<sup>234</sup>

Gerade die zwischen Polen und Frankreich bestehenden unterschiedlichen außenpolitischen Interessen führen zu Divergenzen in der außenpolitischen Orientierung des Weimarer Dreiecks. Aufgrund derer konnte nicht immer eine

---

<sup>230</sup> Cf. Dylla, Daria W., „Paris, Berlin, Warschau. Sicherheitspolitische Überlegungen im Herzen Europas“, in: W. Hilz (Hg.) (2010), Frankreich - Deutschland - Polen (C 199), Bonn: ZEI, S. 47.

<sup>231</sup> Cf. Lesser, Die Zukunft des Weimarer Dreiecks liegt im Osten, S. 12.

<sup>232</sup> Cf. Meister, Stefan (2011), „A New Start for Russian- EU Security Policy? The Weimar Triangle, Russia and the EU's Eastern Neighbourhood“, in: Genshagener Papiere (7), S. 19.

<sup>233</sup> Cf. Lang, Kai-Olaf (2003), „Wiederbelebung des Weimarer Dreiecks im Zeichen atlantischer Differenzen und europäischer Zerissenheit“, in: SWP- Aktuell (19), S. 3.

<sup>234</sup> Cf. Dylla, Paris, Berlin, Warschau. Sicherheitspolitische Überlegungen im Herzen Europas, S. 46.

einheitliche Linie gefunden werden.<sup>235</sup> So zeigt Polen ein deutlich größeres Interesse in Bezug auf seine östlichen Nachbarn als Frankreich. Frankreich hingegen legt den eigenen Fokus auf die südliche Peripherie Europas.<sup>236</sup> Polens Ausrichtung gilt als atlantisch, Frankreichs als europäisch und die Bunderepublik betont beide Komponenten als gleich bedeutend.<sup>237</sup> Welche Erfolge und Misserfolge das Weimarer Dreieck seit seiner Gründung zu verzeichnen hat, wird nachfolgend dargestellt.

## 6.5 Zwischenbilanz der trilateralen Kooperation

Nach einer knapp 25-jährigen Existenz der trilateralen Kooperation, lässt sich bereits ein Zwischenfazit ziehen. Dieses stellt die Errungenschaften den Misserfolgen gegenüber und kommt zu der Erkenntnis, dass das Potenzial der trilateralen Kooperation durch die drei Mitgliedstaaten nicht vollständig ausgeschöpft wird.

Positiv werden in der Kooperation meistens politische Errungenschaften, wie die Wiedervereinigung, die Aussöhnung der Länder und der Fortschritt der Osterweiterung der EU, gesehen. Negative Einschätzungen beziehen sich oftmals auf den mangelnden Gestaltungsfaktor, ungenutzte Möglichkeiten und nur geringe europapolitische Ergebnisse. Einige Bilanzen des Weimarer Dreiecks kommen zu der Erkenntnis, dass „das Weimarer Dreieck in Wirklichkeit nicht mehr existiere“<sup>238</sup>. Aufgrund der erreichten Ziele der polnischen Integration in die EU und die angestrebte Aussöhnung zwischen Polen und Deutschland fehlten der trilateralen Kooperation neue Existenzgründe sowie neue strategische Ziele.<sup>239</sup>

Das ‚Weimarer Dreieck‘ hat, abgesehen von ein paar Initiativen wie der Absichtserklärung zu einer verstärkten Gemeinsamen Sicherheits- und

---

<sup>235</sup> Cf. Bendiek, Perspektiven der EU- Außenpolitik, S. 1.

<sup>236</sup> Cf. Lang, Das Weimarer Dreieck: ein neuer "Motor" für die größere EU?, S. 22.

<sup>237</sup> Cf. Lang; Schwarzer, Das Weimarer Dreieck jetzt stärken und nutzen, S. 6.

<sup>238</sup> Standtke, Klaus-Heinrich (2003), „Zwischen Irak-Krise und ESVP: Was wird aus dem Weimarer Dreieck? V. Gipfeltreffen in Breslau, 9. Mai 2003 – Eine kritische Bewertung“, in: Dokumente – Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog (3), S. 3.

<sup>239</sup> Cf. Hanns Seidel Stiftung, „20 Jahre Weimarer Dreieck“, <http://www.hss.de/politik-bildung/themen/themen-2011/20-jahre-weimarer-dreieck.html>, letzter Zugriff am 11.03.2015.

Verteidigungspolitik vom Juli 2011, bis heute kein entscheidendes europäisches Projekt hervorgebracht.<sup>240</sup>

#### Spekulationen über die Kooperation innerhalb des Dreiecks

reichten [...] von einem allmählichen ‚*phasing out*‘ bis zu einem neuen politischen Durchbruch, der das trilaterale Verhältnis in eine, wenn schon nicht gleiche, aber doch ähnliche Qualität wie die der engen bilateralen deutsch-französischen Beziehungen befördern würde.<sup>241</sup>

Die anfänglichen Erwartungen an das Weimarer Dreieck, als neuer Motor der erweiterten EU zu fungieren, wurden nicht erfüllt. Vielmehr kamen Wissenschaftler bei der Auswertung der trilateralen Kooperation zu der Erkenntnis, dass das Weimarer Dreieck zu keinem Zeitpunkt europäische Politik wirkungsvoll gestaltet hat. Nur auf der zivilgesellschaftlichen und kulturellen Ebene erreichte das Dreieck die proklamierten Ziele.<sup>242</sup>

Dieses Kapitel hat gezeigt, dass das Weimarer Dreieck sowohl Stärken als auch Schwächen in der Kooperation aufweist. Grund hierfür liegt in der Tatsache, dass mit dem Beitritt Polens die trilaterale Kooperation zunächst ihre Bedeutung verlor und von den Mitgliedstaaten nur noch selten als Forum der Kooperation genutzt wurde. Zudem unterschieden sich die nationalen Interessen der Mitgliedstaaten im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik zunehmend. Vielmehr fand ein reger Austausch auf zivilgesellschaftlicher Ebene statt.

Durch den Beginn der Ukraine-Krise wurde dem Weimarer Dreieck ein neuer Aktionsrahmen und neue Inhalte geboten, sodass es reaktiviert wurde. Welche Bedeutung dem Weimarer Dreieck im Ukraine-Krieg zugesprochen wurde, wird nachfolgend analysiert.

---

<sup>240</sup> Demesmay, Claire (2014), „Das deutsch-französische Tandem. Fünf Thesen auf dem Prüfstand“, in: Internationale Politik (3), S. 77.

<sup>241</sup> Standtke, Zwischen Irak-Krise und ESVP: Was wird aus dem Weimarer Dreieck?, S. 1.

<sup>242</sup> Cf. Lang; Schwarzer, Das Weimarer Dreieck jetzt stärken und nutzen, S.1–2.

## 7 Das Weimarer Dreieck im Ukraine-Krieg

Der Krieg in der Ukraine „bot paradoxerweise dem Weimarer Dreieck eine Chance, die Kooperation der drei Partner wiederzubeleben.“<sup>243</sup> Der Beginn der anfänglichen Krise lässt sich zeitlich auf einen Moment im Winter 2013 festlegen. Das seit 2007 ausgearbeitete Assoziierungsabkommen zwischen der EU, das der Annäherung zwischen der EU und der Ukraine dienen sollte, lag nach seiner Paraphierung im März 2012 dem ukrainischen Präsident Wiktor Janukowytsch auf dem EU-Gipfel in Vilnius im November 2013 zur Unterschrift vor.<sup>244</sup> Die Entscheidung Janukowytschs, das Abkommen nicht zu unterzeichnen, führte zu landesweiten und über Monate anhaltenden Protesten insbesondere auf dem Kiewer Maidan.<sup>245</sup> Unmittelbar nach Beginn der Ereignisse in der Ukraine wurde das Weimarer Dreieck als vielversprechendes Format eingeschätzt. Dieses sei in der Lage, unter der Bedingung, dass die Mitgliedstaaten der trilateralen Kooperation ihre eigenen Interessen gemeinsam koordinieren, einen Impuls in Bezug auf die Führung der EU-Russland Beziehungen zu geben.<sup>246</sup> Den drei Staaten kam somit eine besondere Rolle zu, da sie „die historische Erfahrung“ haben, „um das Konfliktpotenzial in Osteuropa zu verstehen.“<sup>247</sup> Ihnen wurde außerdem ein ausreichendes Machtpotenzial zugesprochen, um eine gemeinsame europäische Antwort auf die Herausforderungen in der Ukraine zu formulieren.<sup>248</sup>

Die Initiative der Reanimierung des Weimarer Dreiecks geht auf den deutschen Außenminister Frank-Walter Steinmeier zurück, der gemeinsam mit seinen beiden Kollegen aus Frankreich und Polen am 31. März 2014 eine

---

<sup>243</sup> Romaniec, Rosalia, „'Weimarer Dreieck' für neue Nachbarschaftspolitik“, <http://www.dw.com/de/weimarer-dreieck-für-neue-nachbarschaftspolitik/a-17534899>, letzter Zugriff am 13.03.2015.

<sup>244</sup> Cf. Die Bundesregierung, „Östliche Partnerschaft. Engere Beziehung zu Osteuropa“, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2014/11/2014-11-05-oestliche-partnerschaft.html>, letzter Zugriff am 29.04.2015.

<sup>245</sup> Cf. Tagesschau.de, „Hintergrund zur Ukraine. Das Assoziierungsabkommen mit der EU“, <http://www.tagesschau.de/ausland/assoziiierungsabkommen108.html>, letzter Zugriff am 21.04.2015.

<sup>246</sup> Cf. Tulmets, Elsa; Cadier, David (2014), „French Policies toward Central Eastern Europe: Not a Foreign Policy Priority but a Real Presence“, in: DGAPanalyse (11), S. 11.

<sup>247</sup> Reiter, Janusz, „Im Fall Moskau hilft keine Psychotherapie. Eine gemeinsame europäische Antwort auf die Ukraine Krise ist nicht eine Frage des Ehrgeizes, sondern ein Gebot des politischen Überlebens.“, <http://www.ipg-journal.de/schwerpunkt-des-monats/bilanz-der-osterweiterung/artikel/detail/im-fall-moskau-hilft-keine-psychotherapie-616/>, letzter Zugriff am 20.05.2015.

<sup>248</sup> Cf. Ibid.

gemeinsame Erklärung unterzeichnete, die sich für eine neue Dynamik innerhalb der ENP aussprach. Die Ideen, die diese Erklärung enthielt, waren nicht neu, allerdings symbolisiert die Erklärung selbst, dass die östliche Nachbarschaft an Bedeutung für die Mitgliedstaaten gewann. „The Weimar Triangle’s role in crisis management in the Ukrainian conflict sent a positive signal with regard to the group’s intention to increase common engagement and joint responsibility.“<sup>249</sup> Im März 2015 wurden nach einem Treffen der Verteidigungsminister des Weimarer Dreiecks die gemeinsamen sicherheitspolitischen Interessen der drei Länder hervorgehoben. Aufgrund der Erkenntnis einiger Wissenschaftler, dass heutzutage kein Land in Europa alleine in der Lage ist, alle Herausforderungen der europäischen Sicherheit zu bewältigen, kommt dem Weimarer Dreieck eine besondere Bedeutung zu, da es „durch strategische Konsultationen und praktische Impulse einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit Europas leisten“<sup>250</sup> kann.

In diesem Kapitel wird die Umsetzung des beschriebenen Potenzials des Weimarer Dreiecks während des Ukraine-Kriegs analysiert. Dabei stellt sich heraus, dass die jeweiligen nationalen Standpunkte der drei Länder auseinanderdriften und das Format schließlich durch ein neues Kooperationsforum, das Normandie-Format, abgelöst wird. Zunächst werden gemeinsame Forderungen, Pressemitteilungen und Treffen des Weimarer Dreiecks erläutert.

### **7.1 Gemeinsamer Ansatz der Mitgliedstaaten im Ukraine-Krieg**

Die drei Außenminister des Weimarer Dreiecks, Frank-Walter Steinmeier, Radosław Sikorski (polnischer Außenminister a.D.) und Laurent Fabius, sprachen sich am 31. März 2014 in einer gemeinsamen Erklärung für einen dreistufigen Ansatz der Kooperation im Ukraine-Krieg aus. Die drei Außenminister betonten darin, dass sie die ukrainische Regierung ermutigten, die wichtigsten Grundsätze der Vereinbarung vom 21. Februar 2014 als einen Teil in die nationale Politik zu integrieren. Diese

---

<sup>249</sup> Meister, Stefan, „Reframing Germany’s Russia policy - an opportunity for the EU“, [http://www.ecfr.eu/publications/summary/reframing\\_germanys\\_russia\\_policy\\_an\\_opportunity\\_for\\_the\\_eu306](http://www.ecfr.eu/publications/summary/reframing_germanys_russia_policy_an_opportunity_for_the_eu306), letzter Zugriff am 14.05.2015.

<sup>250</sup> Bundesministerium der Verteidigung, „Gemeinsame Presseerklärung im Anschluss an das Treffen der Verteidigungsminister des Weimarer Dreiecks am 30. März 2015 in Potsdam“, [http://www.bmvg.de/resource/resource/MzEzNTM4MmUzMzMyMmUzMTM1MzMzYTM2MzEzMDMwMzAzMDMwMzAzMDY5Mzc3NzMzNjY3YTcxNjMyMDIwMjAyMDIw/20150330\\_erklaerung\\_wd.pdf](http://www.bmvg.de/resource/resource/MzEzNTM4MmUzMzMyMmUzMTM1MzMzYTM2MzEzMDMwMzAzMDMwMzAzMDY5Mzc3NzMzNjY3YTcxNjMyMDIwMjAyMDIw/20150330_erklaerung_wd.pdf), letzter Zugriff am 01.07.2015.

Vereinbarung umfasst erstens die Einbeziehung aller Regionen in der Ukraine in die staatlichen Strukturen, zweitens die Förderung der Demokratie durch die Präsidentschaftswahlen am 25. Mai 2014, sowie drittens die Versöhnung zwischen den Konfliktparteien. Sie verurteilten in der gemeinsamen Erklärung zudem die Annexion der Krim und sahen durch diesen Akt die Souveränität der Ukraine und ihre territoriale Unversehrtheit verletzt. Die drei Außenminister sprachen sich des Weiteren für eine gesamteuropäische Reaktion auf die Herausforderungen in der Ukraine aus. Dabei galt die Einheit der Ukraine als Priorität und jedwede Politik, die zum Ziel hat, die Ukraine zu spalten, wurde von den drei Außenministern abgelehnt. In Bezug auf die Kooperation mit der NATO sprachen sich die drei Außenminister ebenfalls für einen dreistufigen Ansatz aus. Zum einen verfolgten sie das Ziel, die Sicherheit des Bündnispartners zu gewährleisten, zum anderen strebten sie eine Neuausrichtung der Beziehungen zu Russland an und plädierten dafür, die Zusammenarbeit mit der Ukraine innerhalb der NATO-Ukraine-Kommission auszubauen. In ihrer Erklärung wandten sich die Außenminister zudem an Russland und betonten die russische Verantwortung in diesem Konflikt. Sie formulierten an Russland die Forderung, von einer weiteren Verschärfung abzusehen und die militärische Präsenz an der Grenze zur Ukraine zu reduzieren.<sup>251</sup> Als Lösungsansatz des Konfliktes befürworteten die drei Außenminister einen sachorientierten Dialog zwischen Russland und der Ukraine sowie die Schaffung eines „Mechanismus [...], mit dem die noch offenen militärischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fragen geklärt werden können“<sup>252</sup>.

Unmittelbar nach dem Flugzeugabsturz in der Ostukraine, verfassten die drei Außenminister am 18. Juli 2014 eine weitere gemeinsame Erklärung zu den Ereignissen, in der sie die Gefahr der Eskalation in der Ukraine betonten. Gleichzeitig forderten sie sorgfältige Untersuchungen der Unglücksursache sowie

---

<sup>251</sup> Cf. Auswärtiges Amt, „Gemeinsame Erklärung zur Ukraine der drei Außenminister des Weimarer Dreiecks Frank- Walter Steinmeier (Deutschland), Laurent Fabius (Frankreich), und Radosław Sikorski (Polen) in Weimar“, [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2014/140331\\_Gemeinsame\\_Erklärung\\_zur\\_Ukraine.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2014/140331_Gemeinsame_Erklärung_zur_Ukraine.html), letzter Zugriff am 29.04.2015.

<sup>252</sup> Ibid.

den dafür notwendigen direkten Zugang zur Unglücksstelle. Sie wandten sich an alle beteiligten Parteien und riefen sie auf, sich an der Waffenruhe zu beteiligen.<sup>253</sup>

## 7.2 Errungenschaften der trilateralen Kooperation im Ukraine-Krieg

Bereits nach dem ersten Treffen der drei Außenminister des Weimarer Dreiecks zu Beginn des Ukraine-Kriegs konnten Erfolge erzielt werden. Am 21. Februar 2014 trafen sich die drei Außenminister in Kiew. Gemeinsam erreichten sie die Unterzeichnung einer Vereinbarung zur Konfliktlösung zwischen Präsident Janukowytsch und der Opposition.<sup>254</sup> Am selben Tag erfolgte die Absetzung von Präsident Janukowytsch durch die Rada, das ukrainische Parlament. Olexandr Turtschynow übernahm übergangsweise das Amt des Präsidenten.<sup>255</sup> Der Kompromiss, der auf Initiative der drei Außenminister zwischen Janukowytsch und den Oppositionsparteien im Februar 2014 unterzeichnet wurde, ermöglichte zudem die Präsidentschaftswahlen und führte zur Beendigung der Gewalt auf dem Maidan.<sup>256</sup> „Foreign Minister Radoslaw Sikorski’s mediation in Kyiv on 21 February (in the Weimar format with French and German counterparts) was one of the highlights of the EU diplomacy.“<sup>257</sup> Das Krisenmanagement der drei Außenminister zeigte, dass die Deeskalation auf dem Maidan auch im europäischen Interesse lag.<sup>258</sup> Im März 2014 fand ein weiteres Treffen der drei Außenminister in Berlin und in Weimar statt. Währenddessen wurden Vorschläge zur Reform der ENP

---

<sup>253</sup> Cf. Auswärtiges Amt, „Erklärung der Außenminister des Weimarer Dreiecks zur Lage in der Ukraine“, [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2014/140718\\_Gemeinsame\\_Erklaerung\\_Weimarer\\_Dreieck\\_zu\\_Flugabsturz.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2014/140718_Gemeinsame_Erklaerung_Weimarer_Dreieck_zu_Flugabsturz.html), letzter Zugriff am 29.04.2015.

<sup>254</sup> Cf. Auswärtiges Amt, „Vereinbarung zur Lösung der Krise in der Ukraine unterzeichnet“, [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Aktuelle\\_Artikel/Ukraine/140221\\_Ukraine-Vereinbarung.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Aktuelle_Artikel/Ukraine/140221_Ukraine-Vereinbarung.html), letzter Zugriff am 12.08.2015.

<sup>255</sup> Cf. Die Bundesregierung, „Ukraine. Chance für die Demokratie“, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2014/02/2014-02-24-ukraine-chance-fuer-demokratie.html>, letzter Zugriff am 29.04.2015.

<sup>256</sup> Cf. Rinke, Andreas, „How Putin Lost Berlin. Moscow’s annexation of Crimea has transformed Germany’s Russia policy“, <https://ip-journal.dgap.org/en/ip-journal/topics/how-putin-lost-berlin>, letzter Zugriff am 08.05.2015.

<sup>257</sup> Buras, Piotr, „Can Poland remain a leader of EU foreign policy?“, [http://www.ecfr.eu/article/commentary\\_can\\_poland\\_remain\\_a\\_leader\\_of\\_eu\\_foreign\\_policy418](http://www.ecfr.eu/article/commentary_can_poland_remain_a_leader_of_eu_foreign_policy418), letzter Zugriff am 15.05.2015.

<sup>258</sup> Cf. Richter, Wolfgang, „Die Ukraine-Krise. Die Dimension der paneuropäischen Sicherheitskooperation“, in: SWP- Aktuell (23), S. 5.

ausgearbeitet.<sup>259</sup> Am 24. Oktober trafen sich die drei Amtskollegen erneut in Paris. Zentrales Thema dieses Treffens waren die zukünftige Perspektive der Ukraine, die Beziehungen zu Russland sowie die ENP. Durch die Treffen in Berlin, Weimar und Paris haben die drei Außenminister durch ihre eigenen Ideen und Initiativen den Entscheidungsprozess und die Abstimmung innerhalb der EU vorangebracht.<sup>260</sup> Außenminister Frank-Walter Steinmeier verdeutlichte in einer Pressemitteilung das Ziel der trilateralen Treffen: „Gemeinsam wollen wir durch unsere enge Abstimmung auch weiter den Boden bereiten für ein schlagkräftiges und handlungsfähiges Europa in der Welt.“<sup>261</sup> Ein enger Zusammenhalt der EU wurde auch im November 2014 im deutschen Bundestag von polnischen, deutschen und französischen Europapolitikern betont. Insbesondere in Bezug auf wirtschaftliche Sanktionen bekräftigten die Politiker die einheitliche Linie.<sup>262</sup> Nach einer Periode ohne Treffen des Weimarer Dreiecks, reaktivierte der neue polnische Außenminister Grzegorz Schetyna die trilaterale Kooperation. So folgten Laurent Fabius und Frank-Walter Steinmeier im April 2015 der Einladung nach Breslau. Auch während dieses Treffens bildeten die Lage in der Ukraine und die Beziehungen zu Russland den thematischen Schwerpunkt.<sup>263</sup> Das Treffen zeigte gleichzeitig noch einmal die Kooperationsbereitschaft der drei Staaten und betonte, dass, auch wenn in einem neuen Format verhandelt wurde, eine enge Abstimmung zwischen den drei Staaten stattfindet.

They underlined the Weimar Triangle contribution towards strengthening the effectiveness of a coherent Common Foreign and Security Policy, emphasizing the need to ensure the unity of all Member States and the efficient use of all available EU instruments in order to protect the interests of the Union, stabilize the situation at

---

<sup>259</sup> Cf. Steiner, Falk, „Weimarer Dreieck berät Europapolitik“, [http://www.deutschlandfunk.de/krim-krise-weimarer-dreieck-beraet-europapolitik.1766.de.html?dram:article\\_id=281637](http://www.deutschlandfunk.de/krim-krise-weimarer-dreieck-beraet-europapolitik.1766.de.html?dram:article_id=281637), letzter Zugriff am 11.05.2015.

<sup>260</sup> Cf. Deutsche Vertretungen in Frankreich, „Weimarer Dreieck“, [http://www.allemagne.diplo.de/Vertretung/frankreich/de/\\_\\_\\_pr/pm-2014/2014-11-31-weimarer-dreieck-pm.html](http://www.allemagne.diplo.de/Vertretung/frankreich/de/___pr/pm-2014/2014-11-31-weimarer-dreieck-pm.html), letzter Zugriff am 11.03.2015.

<sup>261</sup> Auswärtiges Amt, „Weimarer Dreieck: Außenministertreffen in Paris“, <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/DeutschlandInEuropa/BilateraleBeziehungen/Aktuelles/141024-AM-WD-Paris.html?nn=358416>, letzter Zugriff am 11.03.2015.

<sup>262</sup> Cf. Deutscher Bundestag, „Weimarer Dreieck: Mehr Zusammenhalt in der EU“, [http://www.bundestag.de/presse/hib/2014\\_11/-/340760](http://www.bundestag.de/presse/hib/2014_11/-/340760), letzter Zugriff am 11.03.2015.

<sup>263</sup> Cf. Deutsche Vertretungen in Frankreich, „Außenminister des Weimarer Dreiecks in Breslau“, letzter Zugriff am 23.04.2015.

the EU borders and shape the international order based on principles of international law.<sup>264</sup>

### 7.3 Schwächen der trilateralen Kooperation während des Ukraine-Kriegs

Trotz namhafter Erfolge der trilateralen Kooperation bei der Lösungssuche des Konfliktes, weist die Zusammenarbeit innerhalb des Weimarer Dreiecks im Ukraine-Krieg einige Schwachpunkte auf. Der Zusammenhalt innerhalb des Weimarer Dreiecks bekam feine Risse, da sich die Interessen der nationalen Außenpolitik deutlich unterschieden und die polnische Regierung beispielsweise eine stärkere NATO-Präsenz forderte, worauf Deutschland und Frankreich mit Zurückhaltung antworteten. Insbesondere bei der Suche nach einer gemeinsamen Strategie, fallen die unterschiedlichen nationalen Interessen ins Gewicht, sodass die Grundlage für die gemeinsame Linie ein lockeres Fundament ist, das auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner basiert.<sup>265</sup> Durch die divergierenden Ansätze der drei Staaten, verlor das Weimarer Dreieck an Einflussmöglichkeiten auf den Deeskalationsprozess. Inwiefern die nationalen Interessen der drei Staaten einen Einfluss auf den Zusammenhalt innerhalb des Dreiecks ausübten, wird im nächsten Kapitel beschrieben.

## 8 Nationale Interessen im Ukraine-Krieg

Dieses Kapitel dient dazu, einen Überblick über die jeweiligen nationalen Standpunkte der Mitgliedstaaten des Weimarer Dreiecks im Ukraine-Krieg zu geben. Dabei liegt der Fokus auf dem nationalen Ansatz zur Konfliktlösung, der jeweiligen Befürwortung europäischer Sanktionen sowie der Verurteilung der russischen Vorgehensweise auf der Krim, die meist geprägt wird durch bilaterale Beziehungen zu Russland. Dabei werden die jeweiligen Veränderungen in den bilateralen Beziehungen in Betracht gezogen. Abschließend folgt ein Vergleich der drei Standpunkte, um Übereinstimmungen bzw. Divergenzen bei den wichtigsten

---

<sup>264</sup> Auswärtiges Amt, „Joint Communiqué of the Weimar Triangle Foreign Ministers Frank-Walter Steinmeier (Germany), Laurent Fabius (France), and Grzegorz Schetyna (Poland) in Wrocław, April 3, 2015“, <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2015/150403%20Joint%20Communiqué%20WT.html>, letzter Zugriff am 11.05.2015.

<sup>265</sup> Cf. Bechev, Dimitar; Buras, Piotr, „Consequences of Ukraine: Europe’s fragile cohesion“, [http://www.ecfr.eu/article/commentary\\_global\\_consequences\\_of\\_ukraine\\_europes\\_fragile\\_cohesion260](http://www.ecfr.eu/article/commentary_global_consequences_of_ukraine_europes_fragile_cohesion260), letzter Zugriff am 07.05.2015.

Elementen der drei Staaten hervorzuheben. Dieser Vergleich wird die bereits beschriebenen Risse in der Geschlossenheit der trilateralen Kooperation verdeutlichen.

### **8.1 Deutsche Interessen im Ukraine-Konflikt**

2014 wurden aufgrund des Ukraine-Kriegs drei Ziele der deutschen Außenpolitik in Frage gestellt. Die russische Aggression in der Ukraine zeigte, dass das Prinzip der Interdependenz auch auf eine asymmetrische Weise genutzt werden kann. Zudem wurde der Grundsatz des Triumphs der Geoökonomie über Geopolitik durch die russische Außenpolitik nichtig gemacht. Des Weiteren nahm die Bundesrepublik Europa zuvor als eine Einheit aus mehreren starken Mächten wahr. Im Rahmen des Ukraine-Kriegs stellte sich diese Annahme als falsch dar.<sup>266</sup>

Deutschlands Engagement während des Ukraine-Kriegs und bei der Lösungssuche dieses Konfliktes lässt sich anhand mehrerer Faktoren erklären, die im Anschluss erläutert werden. In diesem Abschnitt wird außerdem die Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen und deren Auswirkung auf die deutsche Haltung im Ukraine-Krieg analysiert.

Zum einen wird Deutschland von Seiten des Kremls und der russischen Öffentlichkeit als ein befreundeter Staat Russlands angesehen. Dadurch verfügt die Bundesrepublik über deutlich mehr Einflussmöglichkeiten als beispielsweise Polen, das von der russischen Bevölkerung als feindselig wahrgenommen wird. Gleichzeitig bedeutet dies, dass gerade weil Deutschland in der Vergangenheit als enger Partner Russlands angesehen wurde und als Vertreter russischer Interessen innerhalb der EU fungierte, die eigene standhafte Position der Bundesrepublik mehr Gewicht trägt als die jedes anderen europäischen Staates. Des Weiteren liefert Deutschland mit seinem Engagement einen Beweis dafür, dass sich die Europäer maßgeblich mit dem Konflikt auseinandersetzen. Der Konflikt repräsentiert somit eines der wichtigsten europäischen Anliegen und macht gleichzeitig die russische Annahme nichtig, dass die USA im Hintergrund die Fäden ziehen, um die Weltdominanz zu

---

<sup>266</sup> Cf. Buras, Piotr (2015), „A Storm in a Teacup?“, in: *New Eastern Europe* (2), S. 63–64.

erreichen.<sup>267</sup> Zudem hat das deutsche Engagement einen Einfluss auf die sogenannten Putin-Versteher innerhalb der Bundesrepublik, indem die deutsche Regierung verdeutlicht, dass sie unter allen Umständen eine pazifistische Lösung des Kriegs verfolgt.<sup>268</sup> Dabei setzt die Bundesregierung ihre Rolle als Zivilmacht um und leistet einen Beitrag zur sogenannten Beratenden Mission der Europäischen Union für eine Reform des zivilen Sicherheitssektors in der Ukraine (EUAM Ukraine).<sup>269</sup> Ebenfalls hat sich die Bundesregierung bei der Ablehnung von NATO-Truppen-Stationierungen in Ost- und Mitteleuropa seiner Rolle als Zivilmacht verschrieben. Die Bundesregierung geht somit nicht auf die Forderungen der polnischen Regierung ein, auf polnischem Territorium zwei Brigaden mit je 5000 Soldaten zu stationieren.<sup>270</sup> Im Gegensatz dazu verfolgt die deutsche Regierung zur Lösung des Kriegs einen Dreiklang, der aus folgenden einzelnen Elementen besteht: „Unterstützung der Ukraine und ihrer Menschen, ständige Bereitschaft zum politisch-diplomatischen Dialog und zugleich, wenn nötig, auch weitere Sanktionen.“<sup>271</sup> Als Merkmal deutscher Verhandlungsstrategien gilt das Konzept der „strategic patience“<sup>272</sup>, welches im Rahmen der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2015 von Bundeskanzlerin Angela Merkel präsentiert wurde.

Enger Kooperationspartner der Bundesrepublik ist bei den Verhandlungen die französische Regierung. Dabei sieht die Bundesregierung eine enge Zusammenarbeit mit Frankreich als sehr effizient an. Die Fortsetzung der Kooperation mit dem Ziel eine dauerhafte und friedliche Lösung des Konfliktes zu finden, wird von der Bundesregierung angestrebt.<sup>273</sup>

---

<sup>267</sup> Cf. Adomeit, Hannes (2015), „A Tidal Change in Ostpolitik“, in: *New Eastern Europe* (2), S. 59–60.

<sup>268</sup> Cf. Adomeit, Hannes (2015), *Les relations germano-russes : entre changement de paradigme et maintien du statu quo*, Paris: Institut français des relations internationales, S. 32.

<sup>269</sup> Cf. Auswärtiges Amt, „Deutschland beteiligt sich an ziviler EU- Mission in der Ukraine“, [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Aktuelle\\_Artikel/Ukraine/140917\\_zivile\\_EU\\_Mission\\_in\\_Ukraine.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Aktuelle_Artikel/Ukraine/140917_zivile_EU_Mission_in_Ukraine.html), letzter Zugriff am 06.07.2015.

<sup>270</sup> Cf. Adomeit, *Les relations germano-russes : entre changement de paradigme et maintien du statu quo*, S. 34.

<sup>271</sup> Die Bundesregierung, „Ukraine- Konflikt“, letzter Zugriff am 27.04.2015.

<sup>272</sup> Kwiatkowska-Drożdż, Anna; Frymark, Kamil (2015), „Germany in the Russian-Ukrainian conflict: a political or a humanitarian mission?“, in: *OSW Commentary (Centre for Eastern Studies)* (163), S. 1.

<sup>273</sup> Cf. Die Bundesregierung, „Deutsch- Französischer Ministerrat. Frankreich und Deutschland stehen zusammen“, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2015/03/2015-03-31-deutsch-franz-ministerrat-berlin.html?nn=694676#doc1350808bodyText3>, letzter Zugriff am 27.04.2015.

Wichtiger Bestandteil bei der Lösungssuche zur Entschärfung des Konfliktes spielen die deutsch-russischen Beziehungen. Sie werden bestimmt durch wirtschaftliche Verflechtungen, die durch das Potenzial des russischen Marktes eine hohe Bedeutung für deutsche Wirtschaftskreise haben.<sup>274</sup> Vor Ausbruch des Ukraine-Konfliktes neigte die außenpolitische Elite der Bundesregierung dazu, die Entwicklungen in Russland und die zahlreichen Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Russland als sehr positiv zu bewerten.<sup>275</sup> Deutschland suchte „eher vermittelnd und kooperativ eine Osteuropastrategie, die Russland einbindet“<sup>276</sup>. Seit der Bildung der Regierungskoalition im Dezember 2013 verfolgte die aktuelle Regierung Deutschlands eine standhafte und kohärente Politik gegenüber Russland, die sich von der der Vorgängerregierungen in der Intensität der Treffen unterscheidet. Gleichzeitig relativierte Angela Merkel die Außenpolitik gegenüber Russland nach Amtsantritt und zeigte eine sachorientierte Einstellung gegenüber Russland.<sup>277</sup> Aufgrund der Erkenntnis, dass „Germany’s idealistic Russia policy [was] simply not compatible with Putin’s realpolitik“<sup>278</sup>, veränderte sich die deutsche Wahrnehmung Russlands nicht nur in der Öffentlichkeit sondern auch unter den Experten und Politikern.<sup>279</sup> Neben der deutschen Perzeption der russischen Politik hat sich in den letzten Jahren allgemein die Wahrnehmung der Bundesregierung in Bezug auf Russland verändert. Dies geht einerseits auf die erneute Amtsübernahme durch Wladimir Putin und andererseits auf die Kursänderung der Bundesregierung zurück, da sie fortwährend ihre Aufmerksamkeit auf andere regionale Mächte richtete. Berlin gewann somit an weiteren politischen und ökonomischen Kooperationen Interesse und Russland galt nicht mehr als das einzige Interessensgebiet der Bundesrepublik. Infolgedessen sank Russlands relative Bedeutung. Somit war die Bundesregierung innerhalb der bilateralen Beziehungen nicht mehr gewillt, das „take-or-pay“<sup>280</sup>-Prinzip Russlands zu akzeptieren und begann, mehr von Russland

---

<sup>274</sup> Cf. Kwiatkowska-Drożdż, Anna (2014), Niemcy wobec Rosji. Powiązania - tak, zbliżenie - nie, Warszawa: Ośrodek Studiów Wschodnich im. Marka Karpia, S. 42.

<sup>275</sup> Cf. Maull, Deutsche Außenpolitik – Verantwortung und Macht, S.229–230.

<sup>276</sup> Hacke, Deutsche Außenpolitik unter Bundeskanzlerin Angela Merkel, S. 35.

<sup>277</sup> Cf. Ibid., S. 34.

<sup>278</sup> Meister, „Reframing Germany’s Russia policy - an opportunity for the EU“, letzter Zugriff am 14.05.2015.

<sup>279</sup> Cf. Kwiatkowska-Drożdż, Niemcy wobec Rosji, S. 10.

<sup>280</sup> Ibid., S. 5.

zu fordern. Die deutsche Haltung gegenüber Russland, der Einsatz von Sanktionen und die deutsche Strategie während des Russland-Ukraine-Kriegs ist eine Konsequenz der beschriebenen Veränderungen auf der politischen Ebene und in der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik in den letzten vergangenen Jahren in Bezug auf Russland.<sup>281</sup>

Zu Beginn des Ukraine-Konfliktes nahm die Bundesregierung eine ablehnende Haltung gegenüber dem Einsatz von Sanktionen durch die EU ein. Die Ablehnung der Sanktionen durch die Bundesregierung basierte auf der Annahme, dass Sanktionen ineffektiv seien und die Krise in der Ukraine verschlechtern würden. Des Weiteren bestand anfangs kein Konsens zwischen den Parteien, welchen Ansatz die Bundesregierung mit Blick auf Russlands Rolle einnehmen sollte. Vertreter des Wirtschaftssektors befürchteten, dass Russland auf Sanktionen mit einer Kürzung bei der Gaslieferung reagieren könnte.<sup>282</sup> Mit Fortschritt des Konfliktes nahm die Bundesregierung einen Wechsel in ihrer Haltung vor. Insbesondere gegenüber dem Einsatz von Sanktionen änderte die Bundesregierung nach der russischen Annexion der Krim ihre Position und befürwortete die Umsetzung von Sanktionen unterschiedlicher Stufen. Bei der Implementierung von Sanktionen wurde von der deutschen Bundesregierung betont, dass diese kein Selbstzweck seien und parallel von einer Politik ergänzt werden sollten, die „mehr Ansätze für Engagement mit der russischen Führung geben sollte“<sup>283</sup>. Die implementierten Sanktionen wurden jedoch von der gesamten deutschen außenpolitischen Elite, ausgenommen den Vertretern der Linkspartei, unterstützt. Die Bundesregierung knüpfte die Sanktionen nach Unterzeichnung der Minsker Abkommen am 05. September 2014 und am 12. Februar 2015 durch die vier Staaten des Normandie-Formats an die mangelnde Einhaltung deren Inhalte. Die

---

<sup>281</sup> Cf. Kwiatkowska-Drożdż, Anna; Popławski, Konrad; Frymark, Kamil, „The German reaction to the Russian-Ukrainian conflict – shock and disbelief“, <http://www.osw.waw.pl/en/publikacje/osw-commentary/2014-04-03/german-reaction-to-russian-ukrainian-conflict-shock-and>, letzter Zugriff am 13.05.2015.

<sup>282</sup> Cf. Frymark, Kamil; Kwiatkowska-Drożdż, Anna, „Berlin: Above all dialogue“, <http://www.osw.waw.pl/en/publikacje/analyses/2014-03-05/berlin-above-all-dialogue>, letzter Zugriff am 13.05.2015.

<sup>283</sup> Meister, Stefan, „Dialog Deutschland- Polen- Russland. Die Beziehungen zwischen der EU und Russland unter den Sanktionen: politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Dimensionen“, <https://dgap.org/de/node/26237>, letzter Zugriff am 26.05.2015.

Bundesregierung unterstützte die Sanktionen, „solange die russische Führung sich mit Blick auf das Minsker Abkommen und einer Deeskalation der Situation in der Ostukraine nicht bewegt“<sup>284</sup>.

Die Abstimmung zur Abspaltung der Krim von der Ukraine im März 2014 bezeichnete die Bundesregierung als illegal. Insgesamt wurde die Anerkennung des unrechtmäßig durchgeführten Referendums auf der Krim von 13 Ländern des UN-Sicherheitsrats abgelehnt, China enthielt sich seiner Stimme und Russland legte ein Veto ein.<sup>285</sup> Gleichzeitig verurteilte die deutsche Regierung das russische Vorgehen auf der Krim als völkerrechtswidrig und beschuldigte die russische Föderation der Tatsache, dass sie sich „nicht als Partner für Stabilität“<sup>286</sup> erwiesen hätte, sondern stattdessen die Schwächen der Ukraine ausnutzte. Die Gründe für dieses Referendum verurteilte Angela Merkel als Vorwand. Für sie gilt das Referendum als ein Werkzeug, welches die russische Regierung verwendet hatte, um den Plan, die Krim als einen Teil Russlands zu annektieren, umzusetzen.<sup>287</sup> Auch sieht die Bundesregierung die territoriale Unversehrtheit der Ukraine durch das russische Vorgehen auf der Krim maßgeblich beeinträchtigt.<sup>288</sup> Die Bundeskanzlerin äußerte sich dazu mit folgender Stellungnahme: „Das Recht des Stärkeren wird gegen die Stärke des Rechts gestellt, einseitige geopolitische Interessen über Verständigung und Kooperation.“<sup>289</sup> Aus Sicht der Bundesregierung hat Russland mit dem Vorgehen auf der Krim „das Fundament der europäischen Friedensordnung in Frage gestellt“<sup>290</sup>. Gleichzeitig sieht sie durch den ukrainisch-russischen Konflikt die Souveränität der Ukraine gefährdet, was einer Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität eines europäischen Staates gleichkommt.

---

<sup>284</sup> Ibid.

<sup>285</sup> Cf. Die Bundesregierung, „Krim- Krise. Bundesregierung verurteilt Referendum“, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2014/03/2014-03-17-krim-statement-sts.html>, letzter Zugriff am 29.04.2015.

<sup>286</sup> Die Bundesregierung, „Krim- Krise“, letzter Zugriff am 29.04.2015.

<sup>287</sup> Cf. Die Bundesregierung, „Merkel zum Ukraine- Konflikt“, letzter Zugriff am 27.04.2015.

<sup>288</sup> Cf. Die Bundesregierung, „Ukraine. Russland verletzt das Völkerrecht“, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2014/03/2014-03-19-ukraine-abkommen.html>, letzter Zugriff am 27.04.2015.

<sup>289</sup> Die Bundesregierung, „Regierungserklärung zur Ukraine. Appell an die politische Vernunft Russlands“, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2014/03/2014-03-13-regierungserklaerung-merkel-ukraine.html>, letzter Zugriff am 27.04.2015.

<sup>290</sup> Die Bundesregierung, „Merkel zum Ukraine- Konflikt“, letzter Zugriff am 27.04.2015.

Doch trotz des ungelösten Konfliktes zwischen Russland und der Ukraine wuchs „in Berlin [...] der Wunsch, den Kontakt mit Moskau nicht zu verlieren“<sup>291</sup>. Innerhalb Deutschlands wird die Annahme vertreten, dass es Sicherheit und Stabilität innerhalb Europas nur unter Einbeziehung und Berücksichtigung der russischen Interessen geben kann.<sup>292</sup> Dieses Axiom der deutschen Politik blieb weitestgehend unverändert.<sup>293</sup> Dabei befindet sich die Bundesregierung in einem schwierigen Balanceakt. Denn einerseits hat die Bundesrepublik die Aufgabe, der russischen Regierung verständlich zu machen, dass das russische Vorgehen auf der Krim und in der Ostukraine für die internationale Gemeinschaft inakzeptabel ist und andererseits wird die Teilnahme Russlands bei der Bewältigung internationaler Krisen (z.B. in Syrien) benötigt. „Die Folge ist ein nach außen zunächst widersprüchlich wirkender Kurs, der durch die Gleichzeitigkeit eines harten EU-Sanktionskurses und demonstrativen Gesprächsangeboten gekennzeichnet ist.“<sup>294</sup>

Momentan befindet sich die strategische Partnerschaft zwischen Russland und Deutschland in einer „technical pause“<sup>295</sup>. Denn der kooperative Ansatz der Bundesrepublik in Bezug auf Russland, der kontinuierlich eine Win-win-Situation anstrebt, steht der Logik des Nullsummenspiels der russischen Föderation gegenüber, welche eine direkte Nutzenmaximierung durch Unterzeichnung der Abkommen vorsieht.<sup>296</sup> So fand parallel zur Entwicklung des Ukraine-Krieges, ein fortlaufender Prozess der Veränderung in der Haltung der Bundesrepublik gegenüber Russland statt. Der Ursprung der Veränderungen liegt, wie oben beschrieben, in den Jahren vor Ausbruch des Konfliktes, welche zu einer prinzipiellen Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik gegenüber Russland geführt hatte. Die Ausmaße dieser Veränderungen wurden allerdings erst während der Verhandlungen mit Russland und mit Entwicklung des Ukraine-Konfliktes

---

<sup>291</sup> Rinke, Andreas, „Schwieriger Balanceakt. Berlins Ringen um eine neue Politik gegenüber Russland geht weiter“, <https://zeitschrift-ip.dgap.org/de/ip-die-zeitschrift/themen/schwieriger-balanceakt>, letzter Zugriff am 25.05.2015.

<sup>292</sup> Cf. Nassauer, Otfried, „Ukraine-Krise – Streit über weiteren Umgang mit Moskau“, <http://www.bits.de/frames/publibd.htm>, letzter Zugriff am 08.05.2015.

<sup>293</sup> Cf. Adomeit, A Tidal Change in Ostpolitik, S. 58.

<sup>294</sup> Rinke, „Schwieriger Balanceakt“, letzter Zugriff am 25.05.2015.

<sup>295</sup> Kwiatkowska-Drożdż, Niemcy wobec Rosji, S. 5.

<sup>296</sup> Cf. Meister, Stefan (2012), „Entfremdete Partner. Deutsch-russische Beziehungen nach Putins Rückkehr“, in: Osteuropa (6-8), S. 482.

sichtbar. Die Kritik an Russland nahm im Laufe des Ukraine-Konfliktes deutlich zu. Infolgedessen gewannen die Ukraine und andere europäische Staaten der Östlichen Partnerschaft für die Bundesrepublik an Bedeutung.<sup>297</sup> Innerhalb des EU-Forums akzeptierte Berlin, dass es die Aufgabe innehatte, eine Politik zu formulieren, die von allen anderen EU-Staaten unterstützt wird. „Germany’s assuming the role of a creator of the EU’s policy towards the conflict in Ukraine has partly been forced on Berlin, but it has also partly been a consequence of the ambitions pursued by Germany as a leader in the EU.“<sup>298</sup> Ein weiterer Wechsel innerhalb der außenpolitischen Strategie Deutschlands gegenüber Russland ist daran zu erkennen, dass die Bundesregierung ihre Politik in enger Absprache mit Polen ausführt.<sup>299</sup> Der Grundsatz, dass die europäische Sicherheit nur unter Einbeziehung Russlands gewährleistet werden kann, blieb trotzdem bestehen.<sup>300</sup>

Bei der Frage nach einer möglichen Beitrittsperspektive für die Ukraine zur EU lässt die Bundesregierung verlauten, dass sie dies in naher Zukunft ablehnt. „Eine offene EU-Erweiterungspolitik gegenüber der Ukraine [ist] nicht so sehr wegen der Ukraine selbst als wegen Russland unerwünscht.“<sup>301</sup> Außerdem hat Deutschland ein Veto gegen die ukrainische Mitgliedschaft in der NATO eingelegt.<sup>302</sup>

Abschließend bleibt festzuhalten, dass sich die Prioritäten der Bundesrepublik veränderten, da „the attention of German business and politics has been shifting to the so-called *neue Gestaltungsmächte*, or new regional powers“<sup>303</sup>.

## 8.2 Frankreichs Standpunkt im Ukraine-Krieg

Unmittelbar nach Ausbruch des Konfliktes in der Ukraine engagierte sich Frankreich bei der Suche nach einer politischen Lösung, die die Interessen der Ukrainer

---

<sup>297</sup> Cf. Adomeit, A Tidal Change in Ostpolitik, S. 55.

<sup>298</sup> Kwiatkowska-Drożdż; Frymark, Germany in the Russian-Ukrainian conflict: a political or a humanitarian mission?, S. 4.

<sup>299</sup> Cf. Adomeit, Les relations germano-russes : entre changement de paradigme et maintien du statu quo, S. 29.

<sup>300</sup> Cf. Ibid., S. 33.

<sup>301</sup> Marchetti, Andreas, „Eine neuerliche EU-Erweiterungsrunde? Deutsche und polnische Standpunkte zur Frage eines EU-Beitritts der Ukraine und der Türkei“, in: T. Jäger (Hg.) (2008), Deutschland und Polen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 150.

<sup>302</sup> Cf. Voigt, Karsten, „Leitgedanken zur Russlandpolitik. Wir brauchen Zusammenarbeit und Gefahrenabwehr.“, <http://www.ipg-journal.de/kolumne/artikel/leitgedanken-zur-russlandpolitik-854/>, letzter Zugriff am 20.05.2015.

<sup>303</sup> Kwiatkowska-Drożdż, Niemcy wobec Rosji, S. 6.

umfasst und die territoriale Integrität sowie die Souveränität der Ukraine bewahrt. Um dieses Ziel zu erreichen, unterhält die französische Regierung enge Kontakte zu den wichtigsten Partnern wie Deutschland und den ukrainischen und russischen Autoritäten.<sup>304</sup> Auslöser des Konfliktes und dessen Eskalation ist für den französischen Außenminister eindeutig Russland.<sup>305</sup> „La crise ukrainienne est la plus grave depuis la fin de la guerre froide. La responsable de cette escalade est connue de tous : la Russie.“<sup>306</sup>

Den derzeitigen Status quo bewertet Paris nicht nur als riskant für seine eignen Interessen in Russland, die europäischen Interessen oder die Sicherheit in Europa. Frankreich setzt sich zugleich dafür ein, eine Lösung im bewaffneten Konflikt in der Ukraine herbeizuführen, die verhindert, dass Moskau noch weiter isoliert wird.<sup>307</sup>

In diesem Abschnitt wird das französische Engagement im Ukraine-Krieg analysiert. Die französische Regierung bettet die Lösung des Konfliktes in einen europäischen Kontext ein, sodass sie eine starke Rolle der EU im Ukraine-Krieg fordert. Parallel zu der Befürwortung einer gemeinsamen europäischen Strategie distanzierte sich Frankreich in seinen Beziehungen von Russland. Daher liegt der Schwerpunkt dieses Abschnitts vor allem auf den bilateralen Beziehungen zu Russland, die während des Konfliktes transformiert wurden.

Frankreichs Regierung hat zu Beginn des Ukraine-Konfliktes einen Standpunkt eingenommen, der den europäischen Zusammenhalt zwischen den Mitgliedstaaten befürwortet. Dabei hat sie „sich [...] ganz in den Dienst der europäischen Politik gestellt, die darauf abzielt, Russland gegenüber eine einheitliche europäische Position einzunehmen.“<sup>308</sup> So sah die französische Regierung es als die Aufgabe der EU, einen entsprechenden Druck auf die beteiligten Parteien im Konflikt auszuüben, sodass die Spannungen zwischen ihnen

---

<sup>304</sup> Cf. France Diplomatie, „Ukraine - Déclaration de Laurent Fabius (1er mars 2014)“, <http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/politique-etrangere-de-la-france/defense-et-securite/crises-et-conflits/ukraine-23669/article/ukraine-declaration-de-laurent-116536>, letzter Zugriff am 05.05.2015.

<sup>305</sup> Cf. Ambassade de France en Ukraine, „Ukraine - Réponse de M. Laurent Fabius à une question à l'Assemblée nationale. Paris, 15 avril 2014“, <http://www.ambafrance-ua.org/Ukraine-Reponse-de-M-Laurent>, letzter Zugriff am 05.05.2015.

<sup>306</sup> Ambassade de France en Ukraine, „Ukraine - Réponse de M. Jean-Yves Le Drian à une question à l'Assemblée nationale. Paris, 16 avril 2014“, <http://www.ambafrance-ua.org/Ukraine-Reponse-de-M-Jean-Yves-Le>, letzter Zugriff am 05.05.2015.

<sup>307</sup> Delcour, Laure (2015), „Dualitäten der französischen Russlandpolitik. Die Ukraine Krise als Bewährungsprobe“, in: DGAPanalyse Frankreich (4), S. 7–8.

<sup>308</sup> Ibid., S. 7.

abgebaut werden konnten und schließlich ein Dialog etabliert werden konnte. Der französische Präsident François Hollande sah es als notwendig, dass „pour être efficaces, tous les Européens doivent parler de la même façon, avec la même détermination et avec les mêmes objectifs“<sup>309</sup>. Durch den von der EU ausgeübten Druck sollten Wege des Dialogs, der Verhandlungen und der Vermittlung eingeleitet werden. Insbesondere nach der Annexion der Krim sah die französische Regierung den Europäischen Rat vom 20. und 21. März 2014 als eine Gelegenheit, eine starke europäische Antwort zu formulieren.<sup>310</sup> Gleichzeitig bedauerte der französische Außenminister Laurent Fabius, dass Europa bei der Vermittlung zwischen den Parteien bisher nicht präsent genug gewesen sei. Stattdessen gelten Fortschritte in den Verhandlungen zu Beginn des Konfliktes als Erfolge der trilateralen Kooperation zwischen Frankreich, Deutschland und Polen und als Errungenschaften des Normandie-Formats.<sup>311</sup>

Gleichzeitig wurden während des Konfliktes Bruchlinien innerhalb der französischen Gesellschaft sichtbar. Dies spiegelt sich sowohl in der Berichterstattung als auch in den öffentlich geführten Debatten in den französischen Medien wider. „Die Krise und der bewaffnete Konflikt in der Ukraine [haben] tiefe Trennlinien sowohl im akademischen Bereich wie auch unter Politikern sichtbar gemacht, wenn es um die Haltung zu Russland geht.“<sup>312</sup>

Bei der Formulierung europäischer Sanktionen folgte Frankreichs Regierung den anderen EU-Mitgliedstaaten und befürwortete stets ohne Einschränkungen die Implementierung der europäischen Sanktionen, auch wenn diese zum Nachteil Frankreichs ausfielen. Denn die Umsetzung der Sanktionspakete hatte zur Folge, dass den florierenden französisch-russischen Wirtschaftsbeziehungen ein Ende gesetzt

---

<sup>309</sup> Ambassade de France en Ukraine, „Réunion extraordinaire des chefs d’État et de gouvernement de l’Union européenne consacrée à l’Ukraine. Bruxelles, 6 mars 2014“, <http://www.ambafrance-ua.org/Reunion-extraordinaire-des-chefs-d>, letzter Zugriff am 05.05.2015.

<sup>310</sup> Cf. Présidence de la République française, „Situation en Ukraine“, <http://www.elysee.fr/communiqués-de-presse/article/situation-en-ukraine-3/>, letzter Zugriff am 05.05.2015.

<sup>311</sup> Cf. Ambassade de France en Ukraine, „Ukraine - Réponses de M. Laurent Fabius à des questions à l’Assemblée nationale. Paris, 25 février 2014“, <http://www.ambafrance-ua.org/Ukraine-Reponses-de-M-Laurent>, letzter Zugriff am 05.05.2015.

<sup>312</sup> Delcour, Dualitäten der französischen Russlandpolitik, S.3–4.

wurde.<sup>313</sup> Vorgängerregierungen hielten bisher ihre Kritik an der politischen Lage in Russland, das heißt an der russischen Politik und der Einhaltung der Menschenrechte, zurück und versuchten dadurch diesen Aspekt von den wirtschaftlichen Beziehungen zu trennen.<sup>314</sup> Insgesamt waren die französisch-russischen Beziehungen geprägt durch ein dichtes institutionelles Netz, das aus einem regen Austausch auf höchster Ebene bestand.<sup>315</sup> Frankreich galt neben Italien und Deutschland als strategischer Partner Russlands und verfolgte in den bilateralen Beziehungen spezifische Interessen. Diese umfassten nicht nur wirtschaftliche Belange, sondern auch intensive Handelsbeziehungen.<sup>316</sup> Zu Beginn des Jahres 2010 erhielten die wirtschaftlichen Beziehungen einen Aufschwung, welcher auf die Initiativen der jeweiligen Regierungen zurückzuführen ist. Im Laufe der folgenden Jahre konsolidierten sich die Beziehungen trotz unterschiedlicher Strategien im internationalen Geschehen (z.B. in der Politik gegenüber Syrien).<sup>317</sup> Vor Ausbruch des Ukraine-Kriegs befand sich Frankreich in einer diffizilen Lage, da es einerseits die Beziehungen zu Russland pflegen wollte, um die Wirtschaftsbeziehungen aufrecht zu erhalten. Andererseits konnte Paris „in den Beziehungen zu Moskau nicht dem ‚Business-as-usual‘ Vorzug geben, was einige Vertreter aus der Wirtschaft sowie manche Politiker vorgezogen hätten“<sup>318</sup>. Umstritten war vor allem die Auslieferung der Anfang 2011 vom russischen Verteidigungsministerium bestellten Mistral-Hubschrauberträger. Kein anderes EU-Mitgliedsland hatte derart gewichtige Handelsverträge gegenüber Russland zu erfüllen. Bei Nichteinhaltung der Verträge hatte die französische Regierung nicht nur mit hohen wirtschaftlichen Verlusten durch die Zahlung angedrohter Strafen zu rechnen, sondern war gleichzeitig mit der Gefahr konfrontiert, im Rüstungsbereich auf den internationalen Märkten an Glaubwürdigkeit zu verlieren.<sup>319</sup>

Die Annexion der Krim und die anschließende Unterstützung der pro-russischen Kräfte in der Ost-Ukraine durch Moskau brachten Frankreich in eine missliche Lage, weil die Lieferung des ersten Hubschrauberträgers, ‚Wladiwostok‘, für Oktober 2014

---

<sup>313</sup> Cf. *Ibid.*, S. 1.

<sup>314</sup> Cf. Delcour, Frankreich und Russland, S. 6.

<sup>315</sup> Cf. *Ibid.*, S. 5.

<sup>316</sup> Cf. Delcour, Dualitäten der französischen Russlandpolitik, S. 3.

<sup>317</sup> Cf. *Ibid.*, S. 5.

<sup>318</sup> *Ibid.*, S. 8.

<sup>319</sup> Cf. *Ibid.*, S. 6.

vorgesehen war (das Schwesterschiff ‚Sewastopol‘ sollte Ende 2015 geliefert werden).<sup>320</sup>

Die zu Beginn erwähnten Trennlinien in der französischen Gesellschaft, ließen sich auch in der Debatte um die Auslieferung der Mistral-Hubschrauberträger erkennen. Diese Divergenzen teilten gleichermaßen den Staatsapparat in Befürworter und Gegner. Die Haltung der Regierung gegenüber der Erfüllung der Verträge entwickelte sich parallel zur Verschärfung des Ukraine-Kriegs. Noch im Mai 2014 verhandelte die französische Regierung mit Russland um einen Lieferaufschub von zwei Monaten, einige Zeit später jedoch wurde der Vertrag bis auf Weiteres ausgesetzt.<sup>321</sup> Die europäischen Sanktionen, die zwar keine rückwirkende Geltung hatten, brachten Frankreich in ein Dilemma. Insbesondere das russische Verteidigungsministerium übte Druck auf die Regierung in Paris aus und forderte den Vertrag einzuhalten.<sup>322</sup> Doch Frankreichs Regierung sah es als Bestandteil der französischen Entschlossenheit, gemeinsam mit den europäischen Partnern eine geschlossene und gestufte Politik der Sanktionen umzusetzen.<sup>323</sup> Infolgedessen stoppte die französische Regierung die Auslieferung der Mistral-Hubschrauberträger. Auch wenn sie versuchte, die Diplomatie insofern zu beeinflussen, dass die eigenen nationalen Interessen vertreten waren, so fiel auf, dass die französische Regierung einen Bruch mit Russland, einem wichtigen Wirtschaftspartner, vollzog und darauf abzielte, dass die europäische Einheit bewahrt blieb.<sup>324</sup> Für Frankreich bleibt Russland trotzdem ein Partner, wenn auch „un partenaire difficile“<sup>325</sup>.

In Bezug auf die Ukraine, vertritt der französische Außenminister den Standpunkt, dass die ideale Ausgangsposition für die Ukraine besteht, wenn die Ukraine ein freies Land ist, in dem die Bewohner frei wählen können und das Land

---

<sup>320</sup> Ibid., S. 6.

<sup>321</sup> Cf. Ibid., S. 7.

<sup>322</sup> Cf. Ćwiek-Karpowicz, Jarosław; Dudzińska, Kinga Iwona; Dyer, Anna Maria; Kaca, Elżbieta, et al. (2015), *Sanctions and Russia*, Warschau: The Polish Institute of International Affairs, S. 95.

<sup>323</sup> Cf. Ambassade de France en Ukraine, „Ukraine - Entretien de M. François Hollande avec M. Barack Obama. Paris, 14 avril 2014“, <http://www.ambafrance-ua.org/Ukraine-Entretien-de-M-Francois>, letzter Zugriff am 05.05.2015.

<sup>324</sup> Cf. Delcour, *Dualitäten der französischen Russlandpolitik*, S.7–8.

<sup>325</sup> Ambassade de France en Ukraine, „Ukraine/Russie - Extrait de l'entretien de Laurent Fabius avec «Europe 1». 5 décembre 2014“, <http://www.ambafrance-ua.org/Ukraine-Russie-Extrait-de-l-3525>, letzter Zugriff am 05.05.2015.

unabhängig von seinen Nachbarn bleibt.<sup>326</sup> Daher ist das Ziel französischer Politik weder eine vollständige Integration der Ukraine in die EU noch eine vollständige Abhängigkeit der Ukraine von Russland. Vielmehr strebt man eine Situation an, in der die Ukraine mit beiden Partner gute Beziehungen unterhalten kann.<sup>327</sup> Als Reaktion auf den Krim-Konflikt antwortete der französische Präsident folgendermaßen: Er sah die Souveränität der Ukraine in Gefahr und verurteilte das Referendum auf der Krim am 16. März 2014. Infolgedessen erkannte er dessen Ergebnis sowie die Annexion der Krim an die russische Föderation nicht an und forderte als Reaktion darauf eine starke europäische Antwort.<sup>328</sup>

### 8.3 Polnische Forderungen im Ukraine-Krieg

Aus der Perspektive Warschau ist die ukrainische Krise kein geopolitischer Arbeitsunfall und auch kein regionaler Konflikt mit beschränkter Reichweite, sondern ein fundamentaler Anschlag auf die internationale Ordnung, der die verbindlichen Spielregeln verändert hat.<sup>329</sup>

Die polnische Regierung engagierte sich seit den ersten Tagen der Proteste innerhalb der Ukraine um eine Lösung des Konfliktes. Politiker unterschiedlicher Parteien reisten zum Maidan in Kiew und zeigten Präsenz.<sup>330</sup> Dabei bildete sich Polens Strategie im Ukraine-Krieg einerseits aufgrund der geografischen Nähe zu Russland sowie zur Ukraine und andererseits aufgrund historischer Erfahrungen in den bilateralen Beziehungen zu den beiden Staaten. Dieser Abschnitt präsentiert die polnische Haltung im Ukraine-Krieg und deren Entwicklung infolge der Verschärfung des Konfliktes. Der Ukraine-Krieg offenbarte die Schwächen der polnischen Diplomatie und deren geringen Einflussmöglichkeiten auf die Diplomatie

---

<sup>326</sup> Cf. Ambassade de France en Ukraine, „Ukraine - Intervention de M. Laurent Fabius aux «Mardis de l'Essec». Cergy Pontoise, 4 février 2014“, <http://www.ambafrance-ua.org/Ukraine-Intervention-de-M-Laurent,3075>, letzter Zugriff am 05.05.2015.

<sup>327</sup> Cf. Ambassade de France en Ukraine, „Ukraine - Entretien de M. Laurent Fabius, ministre des affaires étrangères et du développement international, avec «BBC World News». Paris, 16/05/2014“, <http://www.ambafrance-ua.org/Ukraine-Entretien-de-M-Laurent-3260>, letzter Zugriff am 05.05.2015.

<sup>328</sup> Cf. Présidence de la République française, „Situation en Ukraine“, letzter Zugriff am 05.05.2015.

<sup>329</sup> Buras, Piotr, „Die ukrainische Krise, die polnische Außenpolitik und die polnisch-deutschen Beziehungen“, in: Deutsches Polen-Institut; Forschungsstelle Osteuropa; Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hg.) (2014), Polen- Analysen (146), S. 4.

<sup>330</sup> Cf. Wenerski, Łukasz, „Der Blick der Polen und der Ukrainer über ihre gemeinsame Grenze hinweg“, in: Deutsches Polen-Institut; Forschungsstelle Osteuropa; Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hg.) (2014), Polen- Analysen (141), Darmstadt, S. 2.

der EU.<sup>331</sup> Daher wird in diesem Abschnitt vor allem die Einbettung des polnischen Ansatzes in Strukturen der NATO und in die transatlantischen Beziehungen näher betrachtet. Ebenfalls von Bedeutung sind die Beziehung zu Russland und die damit verbundenen Erwartungen an die EU, eine gemeinsame Russlandpolitik zu erarbeiten.

Polens Regierung reagierte auf den Konflikt in der Ukraine ähnlich entschieden wie die baltischen Staaten. Dabei ist die polnische Haltung eine Konsequenz aus der polnischen Sorge vor einer möglichen Stationierung von russischen Kräften, inklusive taktischer Nuklearwaffen, innerhalb der Oblast Kaliningrad, die unmittelbar an das polnische Territorium grenzt. Keines der beiden anderen Staaten des Weimarer Dreiecks ist aus geografischer Perspektive ähnlich nah an dem Konflikt zwischen Russland und der Ukraine wie Polen.<sup>332</sup> Des Weiteren hat Polen Ambitionen die Rolle des regionalen Führers zu übernehmen. Denn Polen verfügt über eine ähnliche Geschichte wie die Ukraine. „Beide Länder waren einst Spielbälle der internationalen Politik und standen stets zwischen Russland und dem Westen“<sup>333</sup>.

Der polnische Außenminister a.D. Radosław Sikorski stellte fest, dass der Ukraine-Konflikt die Schwächen der EU-Politik offen gelegt hatte, da die Möglichkeiten der EU auf den Konflikt zu antworten, beschränkt sind.<sup>334</sup>

In 2014 Poland confirmed its role as one of the European Union's foreign policy leaders. The Russian-Ukrainian conflict hit Poland's interests hard, and Warsaw was put in the driver's seat of EU diplomacy almost by default. However, as the crisis persisted and evolved, it also showed the limits of Poland's leadership potential. These constraints became particularly visible in Poland's relations with Germany and the Visegrad states.<sup>335</sup>

---

<sup>331</sup> Cf. Buras, Piotr, „Polen, der Ukraine-Konflikt und die Europäische Union“, in: Deutsches Polen-Institut; Forschungsstelle Osteuropa; Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hg.) (2014), Polen- Analysen (161), Darmstadt, S. 2.

<sup>332</sup> Cf. Kacprzyk, Artur (2014), „Deterring Russia after Ukraine: CEE Divided on the Future of NATO Policy“, in: Policy Paper (The Polish Institute of International Affairs) (13), S. 6.

<sup>333</sup> Lütticke, Marcus, „Polens Angst vor dem 'russischen Bären'“, <http://www.dw.de/polens-angst-vor-dem-russischen-baeren/a-17470070>, letzter Zugriff am 06.05.2015.

<sup>334</sup> Cf. Sikorski, „Address by the Minister of Foreign Affairs on the goals of Polish foreign policy in 2014“, letzter Zugriff am 06.05.2015.

<sup>335</sup> Buras, „Can Poland remain a leader of EU foreign policy?“, letzter Zugriff am 15.05.2015.

Innerhalb der Visegrád-Gruppe entstanden Diskrepanzen, die dazu führten, dass Polen wenig Unterstützung von seinen Partnern für den eigenen Vorschlag bekam, mit Hilfe der NATO eine Absicherung für Mitteleuropa zu erlangen.<sup>336</sup> Die Ursache für die fehlende Unterstützung liegt in den divergierenden Bedrohungsperzeptionen der polnischen Partner. Diese teilen nicht im selben Maß wie Polen das Gefühl der Bedrohung, welches durch die russische Föderation ausgeht. „Aus der Sicht Warschaws war die Zusammenarbeit in der Visegrád-Gruppe [...], die in den letzten Jahren zu den wichtigen Instrumenten der polnischen Europapolitik gehörte, eine besondere Enttäuschung.“<sup>337</sup> Vor allem in Bezug auf die Implementierung von Sanktionen gingen die Sichtweisen stark auseinander. Polens Führung und Bevölkerung akzeptierte sofort personelle und wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland, auch mit der Konsequenz, dass diese wirtschaftliche Kosten (vor allem im landwirtschaftlichen Sektor) für den eigenen Staat bedeuteten.<sup>338</sup> Außenminister a.D. Radosław Sikorski forderte infolge der Verschärfung der Lage innerhalb der Ukraine und aufgrund der zahlreichen Opfer gar eine noch stärkere Antwort der EU.<sup>339</sup> Gemeinsam mit Schweden und den baltischen Staaten hatte Polen bei einem Außenministertreffen „eine deutlich härtere Gangart gefordert“<sup>340</sup>. Für den neuen Außenminister Grzegorz Schetyna stellten die Sanktionen der EU ebenfalls „die einzige Waffe der EU“<sup>341</sup> dar. Durch die Befürwortung der europäischen Sanktionspakete und möglicher Verschärfungen der Sanktionen, betonte der polnische Außenminister gleichzeitig die unabdingbare Notwendigkeit ökonomischer Maßnahmen als Antwort auf Russlands Aktivitäten gegenüber der Ukraine. Nach der Offensive der Separatisten in der Ostukraine im Februar 2015 sprach sich die polnische Regierung abermals für eine Verschärfung der Sanktionen aus. Allerdings ließ sie diese Forderung aufgrund voranschreitender

---

<sup>336</sup> Cf. Ibid.

<sup>337</sup> Buras, Die ukrainische Krise, die polnische Außenpolitik und die polnisch-deutschen Beziehungen, S.2–3.

<sup>338</sup> Cf. Buras, „Can Poland remain a leader of EU foreign policy?“, letzter Zugriff am 15.05.2015.

<sup>339</sup> Cf. Sikorski, „Address by the Minister of Foreign Affairs on the goals of Polish foreign policy in 2014“, letzter Zugriff am 06.05.2015.

<sup>340</sup> Wientzek, Olaf, „Ultimatum an Moskau, Unterstützung für Kiew. Sondergipfel Der EU-Staats- Und Regierungschefs Zur Lage In Der Ukraine Am 6. März“, [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_37018-1522-1-30.pdf?140311130517](http://www.kas.de/wf/doc/kas_37018-1522-1-30.pdf?140311130517), letzter Zugriff am 07.05.2015.

<sup>341</sup> Buras, Polen, der Ukraine-Konflikt und die Europäische Union, S. 5.

Verhandlungen über einen Waffenstillstand, die schließlich im Abkommen Minsk-II resultierten, fallen.<sup>342</sup>

Die polnische Regierung „always prioritised a common EU stance over any unilateral action“<sup>343</sup>. Daher hat Polen in der Anfangsphase des Kriegs maßgeblich dazu beigetragen, die EU-Strategie gegenüber Russland zu festigen. Diese Linie wurde ebenfalls durch die neue Ministerpräsidentin Ewa Kopacz sowie den polnischen Außenminister Grzegorz Schetyna verfolgt. Sie betonten die Notwendigkeit, die polnische Außenpolitik im Rahmen der EU zu koordinieren und sprachen sich gegen eigene, unilaterale Aktivitäten aus.<sup>344</sup> Der Regierungswechsel führte in der polnischen Debatte dazu, dass die Solidarität und Einigkeit innerhalb der EU eine zentrale Rolle einnahm. Zudem fand nach Antritt der neuen Ministerpräsidentin eine Entschärfung der Rhetorik gegenüber Russland statt.<sup>345</sup>

Nichtsdestotrotz wurde durch Ausbruch des Ukraine-Kriegs die Phase des Tauwetters zwischen Russland und Polen beendet. Die polnische Regierung hatte sich zuvor bemüht, die Spannungen zwischen Polen und Russland abzubauen, auch, um innerhalb der EU nicht mehr Gegenstand der Kritik für eine zu konfrontative Haltung gegenüber Russland zu sein. Allerdings war diese Haltung mit Beginn des Konfliktes für die polnische Regierung nicht mehr tragbar. Dies führte schlussendlich zu einer Konfrontation zwischen der Regierungspartei des ehemaligen Präsidenten Tusks und der Opposition, die einen noch härteren Kurs gegenüber Russland forderte.<sup>346</sup> Insbesondere die russische Intervention auf der Krim galt für Polen als „the ultimate proof of the revival of the Russian imperial idea, threatening not only Ukraine but the whole international order“<sup>347</sup>. Das auf der Krim abgehaltene

---

<sup>342</sup> Cf. Ibid., S. 5.

<sup>343</sup> Buras, „Can Poland remain a leader of EU foreign policy?“, letzter Zugriff am 15.05.2015.

<sup>344</sup> Cf. Buras, Polen, der Ukraine-Konflikt und die Europäische Union, S. 3.

<sup>345</sup> Cf. Meister, „Triolog Deutschland- Polen- Russland“, letzter Zugriff am 26.05.2015.

<sup>346</sup> Cf. Buras, Die ukrainische Krise, die polnische Außenpolitik und die polnisch-deutschen Beziehungen, S. 3.

<sup>347</sup> Godzimirski, Jakub M.; Puka, Lidia; Stormowska, Marta (2015), Has the EU Learnt from the Ukraine Crisis? Changes to Security, Energy and Migration Governance, Warschau: The Polish Institute of International Affairs, S. 24.

Referendum erkannte die polnische Regierung nicht an und verurteilte die unilaterale Entscheidung der russischen Föderation, die Krim zu annektieren.<sup>348</sup>

Parallel zu dieser Entwicklung fand eine Hinwendung Polens zum Atlantizismus statt. Dies hat seinen Ursprung in dem umfangreichen Sicherheitsbedürfnis Polens und in der Schwächung der Überzeugung Polens, dass bei einer ernsthaften Bedrohung die westeuropäischen Bündnispartner eine reale Sicherheitsgarantie sein würden.<sup>349</sup> „The Russian intervention in Ukraine prompted an exceptionally strong reaction from Poland, which requested an emergency meeting of the North Atlantic Council, which took place on 4 March.“<sup>350</sup> Polen berief das Treffen der NATO-Botschafter auf Grundlage des Artikel 4 des Nordatlantikvertrags ein. Dieser besagt, dass sich die einzelnen Parteien konsultieren, wenn ein Mitglied des Bündnisses der Auffassung ist, die territoriale Integrität, die politische Unabhängigkeit oder die Sicherheit einer Partei würde bedroht.<sup>351</sup> Während dieses Treffens wiederholten die polnischen Entscheidungsträger die Forderung nach einer permanenten Stationierung von Truppen in Ost- und Mitteleuropa (OME). Litauen, Lettland und Estland schlossen sich dieser Forderung an. Gemeinsam sehen sie in der NATO-Präsenz die Möglichkeit, Russland ein klares Signal zu senden, dass die anderen Bündnispartner bereit sind, die Staaten in Ost- und Mitteleuropa zu verteidigen.<sup>352</sup> Im Anschluss an den NATO-Gipfel in Wales wurden Spannungen zwischen Polen und Deutschland sichtbar. Zahlreiche Entscheidungen während des Gipfeltreffens entsprachen nicht den polnischen Erwartungen. Aus polnischer Sicht trugen insbesondere die Entscheidungsträger aus Frankreich und Deutschland die Verantwortung für die polnische Enttäuschung.<sup>353</sup> „The insistence that the NATO Russian Founding Act of

---

<sup>348</sup> Cf. Sikorski, „Address by the Minister of Foreign Affairs on the goals of Polish foreign policy in 2014“, letzter Zugriff am 06.05.2015.

<sup>349</sup> Cf. Buras, Die ukrainische Krise, die polnische Außenpolitik und die polnisch-deutschen Beziehungen, S. 5.

<sup>350</sup> Kacprzyk, Deterring Russia after Ukraine: CEE Divided on the Future of NATO Policy, S.1–2.

<sup>351</sup> Cf. Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Nordatlantikvertrags-Organisation Brüssel, „Der Nordatlantikvertrag“, [http://www.nato.diplo.de/Vertretung/nato/de/04/Rechtliche\\_\\_Grundlagen/Nordatlantikvertrag.html](http://www.nato.diplo.de/Vertretung/nato/de/04/Rechtliche__Grundlagen/Nordatlantikvertrag.html), letzter Zugriff am 10.08.2015.

<sup>352</sup> Cf. Kacprzyk, Deterring Russia after Ukraine: CEE Divided on the Future of NATO Policy, S. 2.

<sup>353</sup> Cf. Buras, Piotr (2014), „After Tusk: Poland in Europe“, in: European Council of Foreign Relations Policy Brief (118), S. 6.

1997 was still valid [...] was heavily criticised in Poland. This act [...] excludes the permanent deployment of NATO forces in Central and Eastern Europe.”<sup>354</sup>

Demgegenüber hatte die Regierung von Präsident Barack Obama ein deutlich höheres Interesse daran, die Staaten aus Ost- und Mitteleuropa zu beruhigen. Dies wurde durch konkrete Aktionen der USA sichtbar, die unmittelbar nach dem Referendum auf der Krim hunderte Soldaten und zwölf Flugzeuge nach Polen entsandten.<sup>355</sup> Eine Entscheidung der USA, die durch den ehemaligen polnischen Außenminister Sikorski begrüßt wurde und die ihn dazu veranlassten, den Nordatlantikvertrag als den besten Verteidigungsvertrag Polens zu deklarieren.<sup>356</sup> Während des Ukraine-Kriegs stieg das polnische Gefühl der Unsicherheit drastisch an. Im März 2014, unmittelbar nach Beginn der russischen Aktivitäten auf der Krim, belegte eine Umfrage, dass 59% der polnischen Bevölkerung der Meinung war, die russische Außenpolitik stelle eine Bedrohung für Polens Sicherheit dar.<sup>357</sup> „Die Rückkehr der Frage der Sicherheit in den öffentlichen Diskurs [...] ist zweifellos die sichtbarste unmittelbare Folge des wachsenden Gefühls der Bedrohung durch Russland“.<sup>358</sup> „After years in which Poland had reoriented its security policy towards Europe [...] and launched initiatives to strengthen the EU’s Common Security and Defence Policy [...], this represents a remarkable return to Atlanticism.”<sup>359</sup> Somit überwog in Polen nach Beginn des Ukraine-Kriegs wieder der Glaube, dass nur die USA in der Lage seien, tatsächliche Unterstützung in Bezug auf die Sicherheitspolitik zu garantieren.<sup>360</sup> Parallel zu der polnischen Annäherung an die USA, vollzog Polen einige innenpolitische Reformen. Beispielsweise wurden die Reformen des polnischen Militärapparates beschleunigt und die Ausgaben für das Militär erhöht.<sup>361</sup>

---

<sup>354</sup> Ibid., S. 6.

<sup>355</sup> Cf. Buras, Partnerschaft auf dem Prüfstand, S. 45.

<sup>356</sup> Cf. Sikorski, „Address by the Minister of Foreign Affairs on the goals of Polish foreign policy in 2014“, letzter Zugriff am 06.05.2015.

<sup>357</sup> Cf. Easton, Adam, „Poland and Baltics feel heat from Crimea“, <http://www.bbc.com/news/world-europe-26526053>, letzter Zugriff am 06.05.2014.

<sup>358</sup> Buras, Die ukrainische Krise, die polnische Außenpolitik und die polnisch-deutschen Beziehungen, S. 2.

<sup>359</sup> Buras, After Tusk: Poland in Europe, S. 6.

<sup>360</sup> Cf. Buras, „Can Poland remain a leader of EU foreign policy?“, letzter Zugriff am 15.05.2015.

<sup>361</sup> Cf. Godzimirski; Puka; Stormowska, Has the EU Learnt from the Ukraine Crisis?, S. 24.

Insgesamt verlor jedoch Polen durch den Ausschluss aus dem Normandie-Format weitere Einflussmöglichkeiten bei den Verhandlungen mit Russland. In Kernthemen des Konfliktes ähnelte die Haltung Polens der von Deutschland. Jedoch erzeugte der Ausschluss Polens bei den Verhandlungen innerhalb Polens ein Gefühl der Marginalisierung in wichtigen außenpolitischen Bereichen. Hinzukommt eine nicht einwandfrei funktionierende Zusammenarbeit in den Kooperationsforen Polens. Zum einen nahm die Kooperation im Weimarer Dreieck ab und zum anderen entstanden Unstimmigkeiten in der Visegrád-Gruppe.<sup>362</sup> Gleichzeitig sieht Polen die Zusammenarbeit im Rahmen des Normandie-Formats als problematisch, weil nicht nur Polen, sondern vor allem die USA an den Verhandlungen nicht teilnehmen. Aus polnischer Perspektive bedeutet der Ausschluss der USA aus den Entscheidungskreisen über wichtige Schlüsselfragen zur Sicherheit Europas einen Erfolg für Russland<sup>363</sup> Denn aus polnischer Sicht sei das russische Ziel, „die USA aus Europa zu verdrängen.“<sup>364</sup>

Mit Fortschritt des Konfliktes verlor das Weimarer Dreieck an Einflussmöglichkeit. Wie die Beschreibung der nationalen Interessen innerhalb dieses Kapitels gezeigt hat, besteht ein Grund hierfür in den divergierenden Ansätzen der drei Mitgliedstaaten des Weimarer Dreiecks. Deutschland, das stets dem Weg des Dialogs folgt und eine Lösung nur mit Russland sieht. Frankreich, das die europäischen Sanktionen befürwortet und dafür den eigenen wirtschaftlichen Interessen weniger Bedeutung zuspricht. Und Polen, das sich wieder den USA als dem Sicherheitsgarant zuneigt, ein stärkeres Signal an Russland senden möchte und weitere Stationierungen von Truppen fordert.

Zeitgleich mit Auftreten der Divergenzen innerhalb des Weimarer Dreiecks bildete sich das Normandie-Format. Welche Rolle dieses Format bei der Suche nach einer gemeinsamen Lösung einnahm und wie die Mitglieder dieses Forum nutzen, wird im nächsten Kapitel erläutert.

---

<sup>362</sup> Cf. Buras, Polen, der Ukraine-Konflikt und die Europäische Union, S.2–3.

<sup>363</sup> Cf. Ibid., S. 2–3.

<sup>364</sup> Ibid., S. 2–3.

## 9 Ablösung des Weimarer Dreiecks durch das Normandie-Format

Nicht nur die unterschiedlichen Ansatzpunkte der drei Mitgliedstaaten des Weimarer Dreiecks beschränkten den Einfluss des Kooperationsforums auf den Fortschritt der Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien. Die Neugründung des Normandie-Formats, aus dem Polen ausgeschlossen ist, stoppte die Verhandlungsbereitschaft innerhalb des Weimarer Dreiecks und bot fortan den Rahmen der Verhandlungen.

The evolution from the successful Weimar Triangle mission in Kyiv in February 2014 to the dialogue process of Germany, France, Russia and Ukraine, the so-called Normandy format, in June was a visible downgrade of Poland's role, which could only be partially compensated by lively bilateral consultations and some new ideas about the future of the Eastern Partnership.<sup>365</sup>

Dieses Kapitel beschreibt in übersichtlicher Weise die Errungenschaften des Normandie-Formats unter Berücksichtigung der Frage, ob während der Verhandlungen ein Versuch stattfand, die nationalen Interessen Deutschlands und Frankreichs umzusetzen oder ob mit einer einheitlichen europäischen Stimme gesprochen wurde. Im Anschluss erfolgt eine Bewertung der Zusammenarbeit und der Verhandlungsstrategien aus polnischer Perspektive.

Eine auffällige Entwicklung während des Ukraine-Krieges ist die Erkenntnis, dass die deutsche Bundesregierung de facto die Verantwortung und die Führung in den Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine übernahm.<sup>366</sup> Nach anfänglichen unilateralen Verhandlungen durch Deutschland, entwickelte sich eine enge Kooperation zu Frankreich innerhalb des Normandie-Formats, einem für die Verhandlungen wichtigen Partner der Bundesrepublik. Gemeinsam nahmen nicht nur die Regierungschefs, sondern auch die Außenminister der beiden Länder an zahlreichen Treffen und Telefonkonferenzen mit den Gesprächspartnern aus Russland und der Ukraine teil. Während dieser zahlreichen Treffen wurden dann deutsche und französische Interessen an einer friedlichen Lösung des Konfliktes

---

<sup>365</sup> Lang, Kai-Olaf (2015), „A New Test for German-Polish Relations“, in: *New Eastern Europe* (2), S. 49.

<sup>366</sup> Cf. Buras, *After Tusk: Poland in Europe*, S. 4.

formuliert.<sup>367</sup> Dies spiegelte sich ebenfalls in den abgeschlossenen Minsk-I- und Minsk-II-Abkommen wider, die die Grundlage für den Waffenstillstand, den Abzug der Waffen sowie die Festlegung der Demarkationslinie darstellten. Auch wenn die unterzeichneten Abkommen nicht den erwünschten Waffenstillstand brachten und dieser sehr brüchig ist, so hatten die Verhandlungen innerhalb des Normandie-Formats zur Folge, dass die Konfliktparteien miteinander verhandelten und an einer gemeinsamen Lösung des Konfliktes interessiert waren. Insgesamt traten die Repräsentanten Deutschlands und Frankreichs in ihren Forderungen moderater auf als es die östlichen EU-Mitgliedstaaten forderten.<sup>368</sup> Die auseinandergelassenen Sichtweisen und der Ausschluss Polens aus den Verhandlungen, führten zu Kritik innerhalb der polnischen Bevölkerung. Vor allem Vertreter der Medien und Mitglieder der Opposition sahen den Ausschluss unter anderem als Versagen der eigenen Regierung und deren Diplomatie.<sup>369</sup>

Poland feels that it has been purposefully omitted from a political process that is so crucial to its own interests and security and which has been one of the most important issues for Polish diplomacy.<sup>370</sup>

Der Ausschluss aus den Verhandlungen kam für Polen einem Prestigeverlust gleich, da sich zuvor kein anderes europäisches Land in dem Maße wie die polnische Regierung für eine einheitliche Ostpolitik engagiert hatte. Gleichzeitig wurden Polens fundamentale Sicherheitsinteressen und außenpolitischen Prioritäten durch die Verhandlungen beeinflusst. Polens Einflussmöglichkeiten wurden durch den Ausschluss maßgeblich beschränkt. Somit fühlte sich Polen nicht mehr verantwortlich für diesen politischen Prozess und gab der deutschen Bundesregierung zu verstehen, dass sie die alleinige Verantwortung für die Ergebnisse aus den Verhandlungen tragen würde. Infolgedessen fand während des

---

<sup>367</sup> Cf. Ambassade de France en Ukraine, „Ukraine/Russie - Extrait du discours du président de la République à la conférence des Ambassadeurs“, <http://www.ambafrance-ua.org/Ukraine-Russie-Extrait-du-discours>, letzter Zugriff am 05.05.2015.

<sup>368</sup> Cf. Höppner, Stephanie, „Ukraine-Krise: Deutschland spielt Schlüsselrolle. Nach dem Ende des Waffenstillstands startet Außenminister Steinmeier eine neue Friedens-Initiative“, <https://dgap.org/de/think-tank/presse/dgap-in-den-medien/ukraine-krise-deutschland-spielt-schlueselrolle>, letzter Zugriff am 08.05.2015.

<sup>369</sup> Cf. Buras, Piotr, „Has Germany sidelined Poland in Ukraine crisis negotiations?“, [http://www.ecfr.eu/article/commentary\\_has\\_germany\\_sidelined\\_poland\\_in\\_ukraine\\_crisis\\_negotiations301](http://www.ecfr.eu/article/commentary_has_germany_sidelined_poland_in_ukraine_crisis_negotiations301), letzter Zugriff am 06.05.2015.

<sup>370</sup> Buras, A Storm in a Teacup?, S. 65.

Ukraine-Kriegs eine Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen statt.<sup>371</sup> In der polnischen Bevölkerung entstand der Eindruck, durch die geschwächte Rolle Polens würde das nationale Schicksal über die eigenen Köpfe hinweg entschieden.<sup>372</sup> „The Germans assumed that after the annexation of Crimea its change of foreign policy was so obvious that they did not need to ask for Poland’s support.“<sup>373</sup>

Die Forderung Polens, nach einer Stärkung der NATO und der EU sowie der eigenen Verteidigungsfähigkeit blieben von Deutschland unbeantwortet.<sup>374</sup> Infolgedessen fiel die polnische Bewertung gegenüber dem neuen deutschen Aktivismus während des Ukraine-Kriegs skeptisch aus. Dabei wurde in Polen die Motivation und die Absichten hinter den Verhandlungsstrategien der Bundesrepublik hinterfragt.<sup>375</sup> Aus polnischer Perspektive lag die Ursache für die anfängliche schlechte Ausgangssituation im Ukraine-Konflikt in „Berlin’s failure to confront Russia with a quicker and bolder response in the early phase of the crisis“<sup>376</sup>. Gleichzeitig kritisierte die polnische Regierung die Bundesregierung für das Beharren auf der NATO-Russland-Grundakte von 1997 und der Ablehnung der Stationierung von NATO-Truppen.

According to one Polish diplomat, Germany’s stance has raised doubts as to whether in the security and military spheres, Berlin ‚respects more the interests of Russia or the need for reassurance of its neighbours and allies‘.<sup>377</sup>

Im Laufe der Verhandlungen wurde jedoch deutlich, dass, auch wenn die Verhandlungen nicht die erwünschte Waffenruhe brachten, Polen diesen Prozess der Konfliktlösung nicht in Frage stellte. Die polnische Regierung wurde fortlaufend über die Fortschritte der Gespräche informiert und

entgegen der zitierten Kommentare bestätigten diese nicht den Verdacht, dass versucht werden sollte, hinter dem Rücken Polens und der EU und auf Kosten der Ukraine eine Übereinkunft mit Russland zu erreichen<sup>378</sup>.

---

<sup>371</sup> Cf. Buras, *After Tusk: Poland in Europe*, S. 4.

<sup>372</sup> Cf. Buras, „Can Poland remain a leader of EU foreign policy?“, letzter Zugriff am 15.05.2015.

<sup>373</sup> Buras, *A Storm in a Teacup?*, S. 65.

<sup>374</sup> Cf. Buras, *Polen, der Ukraine-Konflikt und die Europäische Union*, S. 2.

<sup>375</sup> Cf. Buras, „Has Germany sidelined Poland in Ukraine crisis negotiations?“, letzter Zugriff am 06.05.2015.

<sup>376</sup> Ibid.

<sup>377</sup> Ibid.

So erfolgt trotz Ausschluss aus den Verhandlungen im Normandie-Format eine enge Kooperation und Koordination zwischen Berlin und Warschau.

Zwar zeigte Deutschland sich wesentlich zuversichtlicher, eine einvernehmliche Lösung des Konflikts zu erreichen als Polen, das sich einen härteren Umgang mit dem Putin-Regime wünschte. Dennoch war Warschau bereit, die konsensfähige Linie mitzutragen, die auf drei Pfeilern beruhte: erstens, begrenzte Sanktionen gegen Russland; zweitens, finanzielle und politische Unterstützung für die neue ukrainische Führung; drittens, das Offenhalten der diplomatischen Kanäle zu Russland.<sup>379</sup>

Trotz nie vollkommen verstummter Zweifel auf polnischer Seite erwies sich Deutschland für Polen als „unentbehrlicher Partner“<sup>380</sup>. Deutschland gilt in den Beziehungen zu den östlichen Partnern als Schlüsselfigur und als der einzige starke Partner, der die Bereitschaft zeigt, sich mit den polnischen Argumenten auseinanderzusetzen.<sup>381</sup> Das polnische Konzept gegenüber der Ukraine weist folglich einige Gemeinsamkeiten mit der Strategie der Bundesrepublik auf. Auch Warschau sprach sich aufgrund der Eskalationsgefahr des Konfliktes und des Misstrauens gegenüber der ukrainischen Armee gegen eine militärische Unterstützung der Ukraine aus und befürwortete politische Verhandlungen mit Moskau.<sup>382</sup>

Sowohl die Regierung unter Donald Tusk als auch die aktuelle Regierung unter Ewa Kopacz sprach ihren Ukraine-Kurs eng mit der deutschen Bundesregierung ab. Die Begründung dieser Entscheidung liegt in der polnischen Überzeugung, „dass nur ein gemeinsames Auftreten der EU Früchte tragen könne – selbst wenn dadurch nicht alle polnischen Ansprüche berücksichtigt werden sollten.“<sup>383</sup>

In diesem Kapitel wurde erkenntlich, dass die drei Staaten aufgrund der Gründung des Normandie-Formats eine Entwicklung in ihren nationalen Interessen vollzogen haben. Einerseits vermied Deutschland weitere unilaterale Verhandlungen mit Russland und hielt sich während der Verhandlungen an den

---

<sup>378</sup> Buras, Polen, der Ukraine-Konflikt und die Europäische Union, S. 2.

<sup>379</sup> Buras, Partnerschaft auf dem Prüfstand, S. 43.

<sup>380</sup> Ibid., S. 44.

<sup>381</sup> Cf. Buras, Die ukrainische Krise, die polnische Außenpolitik und die polnisch-deutschen Beziehungen, S. 8.

<sup>382</sup> Cf. Buras, „Can Poland remain a leader of EU foreign policy?“, letzter Zugriff am 15.05.2015.

<sup>383</sup> Buras, Partnerschaft auf dem Prüfstand, S.43–44.

französischen Partner. Gemeinsam strebten sie eine friedliche Lösung des Konfliktes an und fokussierten sich in den Verhandlungen darauf, eine einheitliche Stimme der EU darzustellen. Andererseits gingen sie nicht auf die Forderungen des polnischen Partners ein. Dies führte zu einer skeptischen Haltung der polnischen Bevölkerung gegenüber dem Normandie-Format. Gleichzeitig sprach sich jedoch die polnische Regierung für eine einheitliche Haltung der EU aus. Die enge Kooperation im Weimarer Dreieck wurde zeitweise pausiert und die bilateralen Beziehungen innerhalb des Weimarer Dreiecks verschlechterten sich.

## **10 Prozess der Europäisierung nationaler Außenpolitiken während des Ukraine-Kriegs**

Der Ukraine-Krieg hat verschiedene Effekte innerhalb der EU und deren Mitgliedstaaten offengelegt. Einerseits unterscheiden sich die Wahrnehmungen zwischen den OME-Staaten und den anderen Mitgliedstaaten der EU in Bezug auf die Rolle der NATO und der EU sowie deren militärischen Fähigkeiten.<sup>384</sup> Andererseits wurde im Verlauf des Ukraine-Kriegs eine fortschreitende geografische Trennung innerhalb der EU bezüglich einer Lösung des Konfliktes, der Beziehung zu Russland und der geforderten europäischen Strategie erkenntlich.<sup>385</sup>

In diesem Kapitel wird der Prozess der Europäisierung der drei Staaten des Weimarer Dreiecks während des Ukraine-Kriegs untersucht. Als Vergleichswert bei der Analyse des Prozesses der Europäisierung nationaler Außenpolitik gilt einerseits der Grad der Europäisierung vor Ausbruch des Kriegs (beschrieben in Kapitel 5) und andererseits der Europäisierungsgrad, der während der Verhandlungen sowohl im Weimarer Dreieck als auch im Normandie-Format identifiziert wurde. Zunächst wird der Begriff der europäisierten Außenpolitik, der in diesem Kapitel Untersuchungsgegenstand ist und in Kapitel 3 definiert wurde, in zusammengefasster Weise noch einmal erläutert. Die anschließende Analyse des Prozesses der Europäisierung der nationalen Außenpolitik der Mitgliedstaaten des

---

<sup>384</sup> Cf. Pertusot, Vivien, „L’UE et la crise ukrainienne : les quatre enseignements“, in: Institut français des relations internationales (Hg.) (2014), Ukraine: la crise commence, S. 20.

<sup>385</sup> Cf. Ibid., S. 20.

Weimarer Dreiecks erfolgt anhand der in Kapitel 3 genannten Kriterien einer europäisierten Außenpolitik und deckt alle drei Staaten des Weimarer Dreiecks ab.

Bei einer europäisierten Außenpolitik handelt es sich um eine Außenpolitik, die die gemeinsame Richtung der EU bei der Formulierung nationaler außenpolitischer Strategien als Orientierungspunkt betrachtet und diese integriert. Auch, wenn dadurch für die nationale Regierung Nachteile, bzw. Verluste auftreten und keine vollständige Übereinstimmung mit vorherigen nationalen Interessen vorliegt. Auf der anderen Seite versucht eine europäisierte Außenpolitik die definierten nationalen Interessen im Rahmen kollektiver EU-Aktivitäten durchzusetzen, wohingegen die nationalen Regierungen stets die Werte und Prinzipien der EU im Rahmen internationaler Aktivitäten befürworten. Im Anschluss werden die Staaten des Weimarer Dreiecks auf den Prozess der Europäisierung untersucht, wobei auch die drei Dimensionen (*downloading*, *uploading* und *crossloading*) in Betracht gezogen werden.

### **10.1 Europäisierung deutscher Außenpolitik während des Ukraine-Kriegs**

Die deutsche Außenpolitik zeichnete sich durch einen hohen Grad der Europäisierungsoffenheit aus. Daher war der in Abschnitt 5.1 beschriebene Europäisierungsgrad der deutschen Außenpolitik vor Ausbruch des Ukraine-Kriegs bereits sehr hoch. Die Bundesrepublik galt infolgedessen als europäisierter Staat, der zahlreiche Gemeinsamkeiten mit dem System der EU aufwies und seine Außenpolitik ins europäische System einbettete.

Im Ukraine-Krieg zeigte die Bundeskanzlerin Angela Merkel,

dass sie, um eine gemeinsame europäische Position zu ermöglichen, nicht mehr allein als Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland sprechen durfte, sondern gewissermaßen so, als sei sie eine gedachte ‚europäische Kanzlerin‘<sup>386</sup>.

Dass die Bundesrepublik im Ukraine-Krieg zunächst als europäisierter Staat handelte, lässt sich anhand der Einführung von EU-Sanktionen erkennen.

Germany was not first in line among the states demanding sanctions against Russia at the beginning [...] Germany has been pursuing a consistent foreign policy on four

---

<sup>386</sup> Ischinger; Bunde, Neue deutsche Diplomatie?, S. 318.

fronts: maintaining sanctions against Russia; engaging in dialogue [...]; building a coalition within the EU; and organising aid for Ukraine.<sup>387</sup>

Im Laufe der Zeit ließ sich jedoch verstärkt die Dimension des *uploadings* nationaler Interessen (beispielsweise eine diplomatische Herangehensweise mit Einbeziehung Russlands bei den Verhandlungen) erkennen. Deutsche Entscheidungsträger versuchten, nationale Interessen auf europäischer Ebene zu realisieren, ohne die gemeinsamen Werte und Prinzipien in Betracht zu ziehen. Die deutsche Rolle wurde aufgrund des eigenen Engagements im Ukraine-Krieg und durch die Bereitschaft der anderen EU-Staaten, Deutschland das entsprechende Vertrauen gegenüber zu bringen, gestärkt.<sup>388</sup> Mit Fortschritt des Konfliktes erkannte die Bundesrepublik, dass ihr eine besondere Führungsrolle zugeschrieben wurde und dass europäische Partner eine höhere Verantwortung und einen aktiveren Beitrag erwarteten.<sup>389</sup> Die Ereignisse in der Ukraine und die Nachfrage nach außenpolitischer Gestaltungsmacht „haben [...] in Deutschland die Debatte befeuert, ob und – wenn ja – wie die Bundesrepublik ‚mehr Verantwortung‘ in der internationalen Politik übernehmen sollte“<sup>390</sup>. Die Bundesregierung erkannte schließlich die eigene Führungsrolle bei der Suche nach einer Lösung im Ukraine-Krieg an und versuchte diese für die Umsetzung nationaler Interessen zu nutzen. Dies führte dazu, dass die Bundesrepublik ihren Ansatz des Dreiklanges und ihre nationalen Leitmaxime auch dann durchzusetzen versuchte, wenn andere Staaten der EU abweichende Interessen vertraten. So wurde von Seiten der deutschen Regierung stets ein friedlicher Lösungsansatz verfolgt, bei dem die Forderungen einiger OME-Staaten nach militärischer Unterstützung unbeantwortet blieben.

Aus dieser Beobachtung resultiert, dass das Verhalten der Bundesrepublik im Ukraine-Krieg nur teilweise den oben genannten Kriterien einer europäisierten Außenpolitik entspricht. Einerseits galt die gemeinsame Linie der EU als Orientierungspunkt der deutschen Repräsentanten in den Verhandlungen. Andererseits wurde jedoch deutlich, dass Deutschland mit Zunahme der

---

<sup>387</sup> Buras, *A Storm in a Teacup?*, S. 64.

<sup>388</sup> Cf. Kwiatkowska-Drożdż; Frymark, *Germany in the Russian-Ukrainian conflict: a political or a humanitarian mission?*, S. 5.

<sup>389</sup> Cf. Rinke, Andreas (2014), „Raus ins Rampenlicht. Die Genese der ‚neuen deutschen Außenpolitik‘“, in: *Internationale Politik* (4),

<sup>390</sup> Ischinger; Bunde, *Neue deutsche Diplomatie?*, S.314–315.

Erwartungen an die nationalen Entscheidungsträger von Seiten der europäischen Partner sowie mit steigender Wahrnehmung der eigenen Rolle als Führungsmacht versuchte, nationale Interessen bei der Lösungssuche umzusetzen. Der Prozess der Europäisierung während des Ukraine-Kriegs zeigt somit in Deutschland einige Unterbrechungen. Vielmehr sind Tendenzen der Nationalisierung der deutschen Außenpolitik erkennbar.

## **10.2 Europäisierung französischer Außenpolitik im Ukraine-Krieg**

Im Gegensatz zu Deutschland war die Bereitschaft in der französischen Republik gegenüber einer Europäisierung der nationalen Außenpolitik vor Ausbruch des Ukraine-Kriegs deutlich geringer. Auch wenn nach und nach alle Politikbereiche Frankreichs europäisiert wurden, so vollzog sich diese Entwicklung nicht freiwillig, sondern vielmehr unter Zurückhaltung der politischen Entscheidungsträger. Nichtsdestotrotz galt Frankreich vor Ausbruch des Ukraine-Kriegs als europäisierter Staat, insbesondere in Hinblick auf die Außenpolitik.

Diese Einordnung ist ebenfalls während des französischen Engagements im Ukraine-Krieg gültig. Denn seit dem Ausbruch des Kriegs ordnete die französische Regierung ihre nationalen Interessen der einheitlichen europäischen Linie gegenüber Russland unter.<sup>391</sup> Trotz starker wirtschaftlicher Interessen und dem Risiko des Bedeutungsverlusts im Bereich der Rüstungsindustrie befürwortete die französische Regierung die von der EU eingeführten Sanktionen und folgte somit der in Brüssel definierten Linie.<sup>392</sup> Es fand daher ein steter Prozess des *downloadings* von europäischer Ebene auf die nationale Ebene statt. Des Weiteren gilt Frankreich als enger Partner der Bundesrepublik und unterstützte den Ansatz des Dreiklangs während der Verhandlungen sowohl im Weimarer Dreieck als auch im Normandie-Format. Die beiden Partner tauschten in zahlreichen Gesprächen ihre Sichtweisen aus, sodass an dieser Stelle von einem Prozess des *crossloadings* gesprochen werden kann.

Dieses Verhalten entspricht den oben genannten Kriterien einer europäisierten Außenpolitik. Insbesondere Frankreich hat hohe wirtschaftliche

---

<sup>391</sup> Cf. Delcour, Dualitäten der französischen Russlandpolitik, S. 7.

<sup>392</sup> Cf. Ibid., S. 3.

Verluste aufgrund der Implementierung der europäischen Sanktionen zu verzeichnen. Trotzdem befürworten französische Entscheidungsträger die europäische Linie und ordneten nationale Interessen den europäischen unter. Hierauf basiert die Erkenntnis, dass in Frankreich der Prozess der Europäisierung nicht unterbrochen wurde, er sich vielmehr intensivierte. Es wurde erkenntlich, dass die anfängliche Zurückhaltung und Skepsis gegenüber einer Europäisierung der Außenpolitik einer eindeutigen Befürwortung der europäischen Linie in der Außenpolitik wich.

### **10.3 Europäisierung polnischer Außenpolitik während des Ukraine-Kriegs**

Wie in Abschnitt 5.3 bereits beschrieben, unterscheidet sich bei der Analyse des Europäisierungsgrades die Republik Polen insofern von den beiden anderen Staaten des Weimarer Dreiecks als dass der betrachtete Zeitraum der Europäisierung deutlich kürzer ausfällt. Tendenzen der Europäisierung der nationalen Außenpolitik lassen sich in Polen sowohl vor dem Beitritt als auch in der Zeit nach dem Beitritt erkennen. Zwar hatten polnische Entscheidungsträger zunächst wichtige Verhaltensweisen im Bereich der Außenpolitik zu lernen, trotzdem fand eine Anpassung statt. So konnten nationale Interessen im Bereich der bilateralen Beziehungen der EU zu östlichen Partnern erfolgreich auf europäischer Ebene umgesetzt werden. Auch im Bereich der Sicherheitspolitik, der als sehr sensibler Bereich der Außenpolitik gilt, sind vor Ausbruch des Ukraine-Kriegs Europäisierungstendenzen erkennbar.

Aufgrund der Tatsache, dass Polen aus dem neuen Verhandlungsformat, dem Normandie-Format, ausgeschlossen ist, kann die polnische Regierung keinen aktiven Einfluss auf die Verhandlungen nehmen. Es wird jedoch berichtet, dass zwischen Polen und Deutschland eine enge Abstimmung stattfindet, sodass auch hier ein Prozess des *crossloadings* deutlich wird. Infolgedessen unterstützt Polen die Haltung der französischen und deutschen Repräsentanten während der Verhandlungen und setzt eigene Prioritäten in den Hintergrund. Sowohl die Linie der europäischen Union als auch der USA gelten als Orientierung für die polnische Außenpolitik.

Jedoch fand gerade im oben erwähnten Bereich der Sicherheitspolitik ein Bruch des Europäisierungsprozesses statt. „The need for more reassurance in security policy prompted Poland’s shift back to Atlanticism. [...] After the Ukraine crisis, Poland came to believe that only the US could offer real backing in security policy.“ Polnische Politiker setzten somit wieder ihr Vertrauen in Bezug auf die Gewährleistung der nationalen Sicherheit auf *hard power* und begaben sich auf die Suche nach dem transatlantischen Sicherheitsgarant, da das Vertrauen in das europäische Bündnis diesbezüglich schwand.

In Bezug auf die Frage nach einem Prozess der Europäisierung der polnischen Außenpolitik während des Ukraine-Kriegs lässt sich feststellen, dass die nationalen Forderungen nach militärischer Unterstützung auf polnischem Territorium nicht nachgegangen wurde. Die polnische Regierung äußerte diese Forderung und missachtete gleichzeitig die europäische Strategie, die eine diplomatische Lösung des Konfliktes vorsah. Der Prozess des *uploadings* nationaler Interessen auf europäische Ebene scheiterte. Trotzdem wurde sich in Polen für eine gemeinsame europäische Linie ausgesprochen und unilaterale Aktivitäten verurteilt. Infolgedessen fand allgemein keine Unterbrechung in der Europäisierung der Außenpolitik statt. Allerdings ist auch keine Intensivierung in diesem Prozess zu erkennen, vielmehr tendiert die aktuelle polnische Regierung dazu, in der Sicherheitspolitik den transatlantischen Partner um Unterstützung zu bitten, sodass in diesem Bereich eine Abkehr von der europäischen Politik stattfindet.

Die Analyse in diesem Kapitel verdeutlicht, dass sich die drei Staaten des Weimarer Dreiecks hinsichtlich des Prozesses der Europäisierung nationaler Außenpolitik im Verlauf des Ukraine-Kriegs bis heute deutlich unterscheiden.

Durch die verschiedenen Verhandlungsformate und der damit verbundenen Verschiebung der Verantwortung, änderten sich die Europäisierungstendenzen im Laufe des Ukraine-Kriegs. Deutschland, das eine deutlich höhere Verantwortung zugesprochen bekam, neigte dazu, diese Führungsrolle für die Umsetzung eigener Interessen durchzusetzen und somit einen Prozess der Nationalisierung der Außenpolitik vorzunehmen. Frankreich hingegen sah sich den europäischen Partnern verpflichtet, eigene Interessen zurückzustellen,

um keinen Bruch mit der gemeinsamen europäischen Linie herbeizuführen. Dadurch löste die französische Regierung eine Intensivierung des Prozesses der Europäisierung aus. Die polnische Regierung sprach sich trotz weniger Einflussmöglichkeiten für die europäische Linie aus, zeigte aber gleichzeitig, dass sie das Vertrauen in europäische Sicherheitsgarantien verloren hatte und suchte fortan die Hilfe des atlantischen Partners. Die Konsequenz ist daher kein direkter Bruch des allgemeinen Europäisierungsprozesses der Außenpolitik, sondern eine Unterbrechung und ein Absinken des bereits erreichten Europäisierungsgrades in einem Teilbereich der Außenpolitik, nämlich der Sicherheitspolitik. Diese unterschiedlichen Handlungsstrategien führen schlussendlich zu unterschiedlichen Prozessen der Europäisierung, die nachfolgend im Fazit ausgewertet werden.

## 11 Fazit

Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung wurde das Konzept der Europäisierung verwendet, um die Entwicklungen in den nationalen Außenpolitiken der Staaten des Weimarer Dreiecks während eines determinierten Zeitraums (Beginn der Maidan-Proteste im November 2013 bis zum dato letzten Treffen des Weimarer Dreiecks im April 2015) zu verdeutlichen. Das Ziel dieser Arbeit bestand darin, zu untersuchen, ob ein Prozess der Europäisierung nationaler Außenpolitik der Staaten des Weimarer Dreiecks während des Ukraine-Kriegs stattgefunden hat. Gleichzeitig wurde der Versuch unternommen, einen Unterschied bei den Entwicklungen der Außenpolitik der Staaten zu identifizieren.

Zunächst wurde der Prozess der Europäisierung, insbesondere im Bereich der Außenpolitik, vorgestellt. Hierbei gelten als wesentliche Merkmale die vier Dimensionen (*downloading*, *uploading*, *ad extra*, *crossloading*) des Prozesses. Nachdem die Grundpfeiler der jeweiligen Außenpolitiken betrachtet wurden, wurden die nationalen Außenpolitiken auf den bisherigen Europäisierungsgrad und in Hinblick auf die oben genannten Dimensionen überprüft. Dabei stellte sich heraus, dass sich die drei Staaten bereits vor Ausbruch des Ukraine-Kriegs in ihrem Europäisierungsgrad deutlich unterschieden. Die Bundesrepublik Deutschland zeichnete sich vor Ausbruch des Kriegs durch eine hohe Europäisierungsbereitschaft aus. Mehrere Versuche des *uploadings* wurden unternommen, um eigene Interessen auf europäischer Ebene durchzusetzen. Die Bevölkerung in Frankreich sah die eigene Souveränität als wichtigen Bestandteil der nationalen Identität und verhielt sich gegenüber einer Europäisierung der eigenen Außenpolitik anfangs zurückhaltend. Allerdings fand diese schließlich schrittweise statt, sodass Frankreich vor Beginn des Kriegs als europäisierter Staat eingeordnet werden konnte. Einige Versuche des *uploadings* scheiterten, insbesondere in Bezug auf bilaterale Beziehungen zu Drittstaaten und dem Wunsch, französische Interessen verstärkt einzubringen. Aufgrund eines späteren EU-Beitritts fand die Europäisierung der Außenpolitik Polens später statt. Diese charakterisiert sich vor allem durch einen anfänglichen Prozess des *downloadings* und entwickelte sich schließlich zu *uploading*-Versuchen.

In diesem Zusammenhang wurde schließlich das Weimarer Dreieck vorgestellt, welches das Potenzial zugesprochen bekam, innerhalb der EU die Führung des Konfliktmanagements übernehmen zu können. Aufgrund der unterschiedlichen Ansatzpunkte in der Außenpolitik der drei Mitgliedstaaten, wurde im Weimarer Dreieck nicht das gesamte Potenzial genutzt und es galt eher als Abstimmungsforum. Mit Beginn der Proteste in der Ukraine wurden dem Weimarer Dreieck schließlich neue Gestaltungsmöglichkeiten gegeben. Zunächst verfolgten die Repräsentanten der drei Staaten eine gemeinsame Linie in den Verhandlungen. Nichtsdestotrotz überwogen schlussendlich die Unterschiede der nationalen Interessen innerhalb der Kooperation, sodass es zu Einflussverlusten kam.

Die anschließende Untersuchung der nationalen Interessen verdeutlichte, dass während des Ukraine-Kriegs wirtschaftliche Interessen sicherheitspolitischen Interessen gegenüberstanden. Deren unterschiedliche Wertigkeit führte zu deutlichen Divergenzen und unterschiedlichen Forderungen.

Aufgrund der Bildung des neuartigen Normandie-Formats und des daraus resultierenden Ausschlusses Polens wies das Weimarer Dreieck nicht die prophezeite Zugkraft bei der Suche nach einer Lösung des Konfliktes auf. Mit der Gründung des Normandie-Formats im Juni 2014 rückte es als Kooperationsforum in den Hintergrund, bis es im April 2015 wieder reaktiviert wurde. Die Verhandlungen mit Russland und der Ukraine wurden schließlich im Normandie-Format durchgeführt. Nach anfänglicher polnischer Kritik an der moderaten Einstellung der französischen und deutschen Vertreter befürwortete die polnische Regierung schlussendlich die erreichten Ergebnisse, das heißt die Einführung von Sanktionen sowie die Unterzeichnung der Abkommen in Minsk.

Während der Phase der Verhandlungen fanden abermals Entwicklungen in der Außenpolitik der Staaten statt, die mit Hilfe des Konzepts der Europäisierung erklärt werden können. Mit Fortschritt der Verhandlungen wurde Deutschland mehr Verantwortung zugesprochen und gleichzeitig die Erwartung formuliert, die Führung in den Verhandlungen zu übernehmen. Aufgrund dessen versuchte die Bundesrepublik die nationalen Interessen verstärkt durchzusetzen, auch wenn diese nicht mit denen der anderen EU-Staaten übereinstimmten. Frankreich hingegen

akzeptierte wirtschaftliche Verluste, um nicht von der europäischen Linie abzuweichen. Die polnische Regierung, die an den fortgeschrittenen Verhandlungen nicht mehr teilnahm, stimmte prinzipiell der einheitlichen Linie der EU zu, forderte aber im militärischen Bereich die Aussendung zusätzlicher Soldaten, um die eigene Sicherheit weiterhin gewährleisten zu können. Somit fand in der Sicherheitspolitik der polnischen Regierung eine erneute Zuwendung zum transatlantischen Partner statt. Auf Basis dieser Erkenntnisse lassen sich die eingangs gestellten Fragen folgendermaßen beantworten:

In der Bundesrepublik Deutschland sprachen sich politische Entscheidungsträger vor Ausbruch des Ukraine-Kriegs positiv für die Europäisierung der Außenpolitik aus. Dabei wurden politische Inhalte und Prozesse sowohl von europäischer Ebene in die nationale Politik übernommen, als auch nationale Interessen auf EU-Ebene eingebracht. Aufgrund der zugesprochenen Führungsrolle Deutschlands im Ukraine-Krieg sind Tendenzen der Nationalisierung der europäisierten Außenpolitik zu erkennen. Dies lässt sich beispielsweise daran erkennen, dass deutsche Repräsentanten nationale Interessen bei den Verhandlungen durchsetzten, auch wenn diese im Widerspruch zu europäischen Interessen standen. Somit ist erkenntlich, dass ein Prozess der Europäisierung deutscher Außenpolitik während des Ukraine-Kriegs nicht stattfand, sondern eine Nationalisierung der Außenpolitik vollzogen wurde.

Vor Ausbruch des Ukraine-Kriegs wurde eine Zurückhaltung der französischen Bevölkerung gegenüber einer europäisierten Außenpolitik identifiziert. Auch wenn diese Europäisierung schrittweise stattfand, so wurde immer wieder der Versuch unternommen, nationale Interessen als europäische Interessen auszugeben und auf europäischer Ebene durchzusetzen. Mit Beginn des Konfliktes wurde jedoch in Frankreich erkannt, dass eine einheitliche Stimme der EU mehr Gewicht in den Verhandlungen hat und ein deutliches Signal an Russland sendet. So befürwortete Frankreichs Regierung die Implementierung der Wirtschaftssanktionen und stellte nationale Wirtschaftsinteressen in den Hintergrund. In Frankreich fand somit ein fortlaufender Prozess der Europäisierung statt. Die anfängliche Skepsis gegenüber einer europäisierten Außenpolitik sank und

entwickelte sich zu einer eindeutigen Befürwortung der europäischen Linie auch unter der Bedingung, nationale Verluste zu verzeichnen. Die Außenpolitik Frankreichs und die französischen Interessen wurden schließlich während des festgelegten Untersuchungszeitraums europäisiert.

Aufgrund des späteren Beitritts Polens fand eine Europäisierung der Außenpolitik vor Beginn des Ukraine-Kriegs in einem verkürzten Zeitraum statt. Nichtsdestotrotz wurden Anpassungen in der Verhaltensweise der Diplomaten sowie bei der Durchsetzung nationaler Interessen erkennbar. Der Prozess der Europäisierung führte vor Ausbruch des Kriegs zu einer europäisierten Außenpolitik, die auch in sicherheitspolitischen Fragen die EU als Orientierungspunkt nahm. Die polnische Regierung unterstützte die Verhandlungen des Normandie-Formats, da sie in enger Absprache stattfanden. Mit fortschreitender Eskalation des Ukraine-Kriegs sah die polnische Regierung jedoch die eigene Sicherheit bedroht, sodass sie eine erhöhte Anzahl von Soldaten forderte. Dieser Forderung wurde von den europäischen Partnern nicht nachgegangen, sodass sich polnische Entscheidungsträger erneut an den amerikanischen Partner als Sicherheitsgarant wandten. Diese Beobachtungen führen zu der Erkenntnis, dass im Bereich der Außenpolitik ein Prozess der Europäisierung sichtbar ist, im Bereich der Sicherheitspolitik allerdings eine De-Europäisierung stattfand und der Versuch unternommen wurde, nationale Interessen mit Hilfe des transatlantischen Partners zu garantieren.

In Hinblick auf die zweite Frage, inwiefern sich der Prozess der Europäisierung der nationalen Außenpolitiken unter den Mitgliedstaaten des Weimarer Dreiecks unterscheidet, lässt sich folgende Schlussfolgerung ziehen: In jedem Staat des Weimarer Dreiecks vollzog sich der Prozess der Europäisierung in unterschiedlicher Weise. Dabei sind die bereits beschriebenen Tendenzen zu beobachten: In Deutschland fand eine Nationalisierung statt, in Frankreich wurde der Prozess der Europäisierung fortgesetzt und in Polen fand in einem Teilbereich der Außenpolitik, nämlich in der Sicherheitspolitik, eine De-Europäisierung statt. In welcher Weise diese Prozesse fortgeführt werden und die Frage, ob im Laufe der

---

kommenden Verhandlungen eine Europäisierung der deutschen und polnischen Außenpolitik stattfindet, wäre in einer weiteren Langzeitstudie zu untersuchen.

## **Bibliografie**

### **Primärquellen**

#### **Beiträge in Sammelbänden**

Featherstone, Kevin, „Introduction: In the Name of 'Europe'“, in: K. Featherstone; C. M. Radaelli (Hg.) (2003), *The politics of Europeanization*, Oxford: Oxford University Press, S. 3–27.

Hellmann, Gunther; Wolf, Reinhard; Schmidt, Siegmund, „Deutsche Außenpolitik in historischer und systematischer Perspektive“, in: S. Schmidt; G. Hellmann; R. Wolf (Hg.) (2007), *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 15–46.

Maull, Hanns W., „Deutschland als Zivilmacht“, in: S. Schmidt; G. Hellmann; R. Wolf (Hg.) (2007), *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 73–84.

Radaelli, Claudio M., „The Europeanization of Public Policy“, in: K. Featherstone; C. M. Radaelli (Hg.) (2003), *The politics of Europeanization*, Oxford: Oxford University Press, S. 27–57.

Risse, Thomas, „Deutsche Identität und Außenpolitik“, in: S. Schmidt; G. Hellmann; R. Wolf (Hg.) (2007), *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 49–61.

#### **Monographien**

Bierling, Stephan G. (2005), *Die Aussenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Normen, Akteure, Entscheidungen*, München, Wien: Oldenbourg.

France (2013), *Livre blanc défense et sécurité nationale 2013*, Paris: Direction de l'information légale et administrative.

Kempf, Udo (2007), *Das politische System Frankreichs*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

#### **Zeitschriftenaufsätze**

Radaelli, Claudio M. (2004), „Europeanisation: Solution or Problem?“, in: *European Integration online Papers* 8 (16), S. 1–23.

Radaelli, Claudio M. (2002), „Whither Europeanization? Concept Stretching and Substantive Change“, in: *European Integration online Papers* 4 (8), S. 1–25.

Waltz, Kenneth (1993), „The Emerging Structures of International Politics”, in: *International Security* 18 (2), S. 44–79.

### **Internetquellen**

Ambassade de France en Ukraine, „Réunion extraordinaire des chefs d’État et de gouvernement de l’Union européenne consacrée à l’Ukraine. Bruxelles, 6 mars 2014“, <http://www.ambafrance-ua.org/Reunion-extraordinaire-des-chefs-d>, letzter Zugriff am 05.05.2015.

Ambassade de France en Ukraine, „Ukraine - Entretien de M. François Hollande avec M. Barack Obama. Paris, 14 avril 2014“, <http://www.ambafrance-ua.org/Ukraine-Entretien-de-M-Francois>, letzter Zugriff am 05.05.2015.

Ambassade de France en Ukraine, „Ukraine - Entretien de M. Laurent Fabius, ministre des affaires étrangères et du développement international, avec «BBC World News». Paris, 16/05/2014“, <http://www.ambafrance-ua.org/Ukraine-Entretien-de-M-Laurent-3260>, letzter Zugriff am 05.05.2015.

Ambassade de France en Ukraine, „Ukraine - Intervention de M. Laurent Fabius aux «Mardis de l’Essec». Cergy Pontoise, 4 février 2014“, <http://www.ambafrance-ua.org/Ukraine-Intervention-de-M-Laurent,3075>, letzter Zugriff am 05.05.2015.

Ambassade de France en Ukraine, „Ukraine - Réponse de M. Jean-Yves Le Drian à une question à l’Assemblée nationale. Paris, 16 avril 2014“, <http://www.ambafrance-ua.org/Ukraine-Reponse-de-M-Jean-Yves-Le>, letzter Zugriff am 05.05.2015.

Ambassade de France en Ukraine, „Ukraine - Réponse de M. Laurent Fabius à une question à l’Assemblée nationale. Paris, 15 avril 2014“, <http://www.ambafrance-ua.org/Ukraine-Reponse-de-M-Laurent>, letzter Zugriff am 05.05.2015.

Ambassade de France en Ukraine, „Ukraine - Réponses de M. Laurent Fabius à des questions à l’Assemblée nationale. Paris, 25 février 2014“, <http://www.ambafrance-ua.org/Ukraine-Reponses-de-M-Laurent>, letzter Zugriff am 05.05.2015.

Ambassade de France en Ukraine, „Ukraine/Russie - Extrait de l’entretien de Laurent Fabius avec «Europe 1». 5 décembre 2014“, <http://www.ambafrance-ua.org/Ukraine-Russie-Extrait-de-l-3525>, letzter Zugriff am 05.05.2015.

Ambassade de France en Ukraine, „Ukraine/Russie - Extrait de la conférence de presse du président de la République. 18 septembre 2014“, <http://www.ambafrance-ua.org/Ukraine-Russie-Extrait-de-la-3436>, letzter Zugriff am 05.05.2015.

Ambassade de France en Ukraine, „Ukraine/Russie - Extrait du discours du président de la République à la conférence des Ambassadeurs“, <http://www.ambafrance-ua.org/Ukraine-Russie-Extrait-du-discours>, letzter Zugriff am 05.05.2015.

Auswärtiges Amt, „Deutschland beteiligt sich an ziviler EU- Mission in der Ukraine“, [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Aktuelle\\_Artikel/Ukraine/140917\\_zivile\\_EU\\_Mission\\_in\\_Ukraine.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Aktuelle_Artikel/Ukraine/140917_zivile_EU_Mission_in_Ukraine.html), letzter Zugriff am 06.07.2015.

Auswärtiges Amt, „Die transatlantischen Beziehungen“, [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/USA/TransatlantischeBez-allg\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/USA/TransatlantischeBez-allg_node.html), letzter Zugriff am 20.05.2015.

Auswärtiges Amt, „Erklärung der Außenminister des Weimarer Dreiecks zur Lage in der Ukraine“, [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2014/140718\\_Gemeinsame\\_Erklaerung\\_Weimarer\\_Dreieck\\_zu\\_Flugabsturz.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2014/140718_Gemeinsame_Erklaerung_Weimarer_Dreieck_zu_Flugabsturz.html), letzter Zugriff am 29.04.2015.

Auswärtiges Amt, „Gemeinsame Erklärung zur Ukraine der drei Außenminister des Weimarer Dreiecks Frank- Walter Steinmeier (Deutschland), Laurent Fabius (Frankreich), und Radosław Sikorski (Polen) in Weimar“, [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2014/140331\\_Gemeinsame\\_Erklärung\\_zur\\_Ukraine.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2014/140331_Gemeinsame_Erklärung_zur_Ukraine.html), letzter Zugriff am 29.04.2015.

Auswärtiges Amt, „Gespräche im EU-Außenrat geprägt von Trauer und Entsetzen nach MH17Absturz“, [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/AAmt/BM-Reisen/2014/07-Bruessel\\_Warschau/140722\\_RfAB\\_OEP\\_ASEAN.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/AAmt/BM-Reisen/2014/07-Bruessel_Warschau/140722_RfAB_OEP_ASEAN.html), letzter Zugriff am 27.04.2015.

Auswärtiges Amt, „Joint Communiqué of the Weimar Triangle Foreign Ministers Frank-Walter Steinmeier (Germany), Laurent Fabius (France), and Grzegorz Schetyna (Poland) in Wrocław, April 3, 2015“, <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2015/150403%20Joint%20Communiqué%20WT.html>, letzter Zugriff am 11.05.2015.

Auswärtiges Amt, „Vereinbarung zur Lösung der Krise in der Ukraine unterzeichnet“, [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Aktuelle\\_Artikel/Ukraine/140221\\_Ukraine-Vereinbarung.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Aktuelle_Artikel/Ukraine/140221_Ukraine-Vereinbarung.html), letzter Zugriff am 12.08.2015.

Auswärtiges Amt, „Weimarer Dreieck: Außenministertreffen in Paris“, [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/DeutschlandInEuropa/Bilaterale\\_Beziehungen/Aktuelles/141024-AM-WD-Paris.html?nn=358416](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/DeutschlandInEuropa/Bilaterale_Beziehungen/Aktuelles/141024-AM-WD-Paris.html?nn=358416), letzter Zugriff am 11.03.2015.

Bundesministerium der Verteidigung, „Gemeinsame Presseerklärung im Anschluss an das Treffen der Verteidigungsminister des Weimarer Dreiecks am 30. März 2015



Die Bundesregierung, „Krim- Krise. Bundesregierung verurteilt Referendum“, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2014/03/2014-03-17-krim-statement-sts.html>, letzter Zugriff am 29.04.2015.

Die Bundesregierung, „Meinungsfreiheit. Sorge über Lage in der Ukraine“, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2014/01/2014-01-17-meinungs-und-versammlungsfreiheit-ukraine.html>, letzter Zugriff am 29.04.2015.

Die Bundesregierung, „Merkel zum Ukraine- Konflikt. Gemeinsames Handeln für Frieden“, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2015/03/2015-03-19-ukraine-regierungserklaerung.html>, letzter Zugriff am 27.04.2015.

Die Bundesregierung, „Östliche Partnerschaft. Engere Beziehung zu Osteuropa“, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2014/11/2014-11-05-oestliche-partnerschaft.html>, letzter Zugriff am 29.04.2015.

Die Bundesregierung, „Regierungserklärung zur Ukraine. Appell an die politische Vernunft Russlands“, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2014/03/2014-03-13-regierungserklaerung-merkel-ukraine.html>, letzter Zugriff am 27.04.2015.

Die Bundesregierung, „Statement von Regierungssprecher Steffen Seibert zur Lage in der Ukraine“, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2014/03/2014-03-03-seibert-ukraine.html>, letzter Zugriff am 27.04.2015.

Die Bundesregierung, „Ukraine- Konflikt. Die Ukraine ein Jahr nach Annexion der Krim“, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Infodienst/2015/03/2015-03-06-zwischenbericht-ukraine/2015-03-06-zwischenbericht-ukraine.html;jsessionid=96011C705BD74AAA08C41D1900AAE65C.s3t2>, letzter Zugriff am 27.04.2015.

Die Bundesregierung, „Ukraine- Krise. Gewalt gefährdet Genfer Vereinbarungen“, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2014/04/2014-04-22-ukr-seiten-zur-vertragstreue-verpflichtet.html>, letzter Zugriff am 29.04.2015.

Die Bundesregierung, „Ukraine- Krise. Merkel in ernster Besorgnis“, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2014/11/2014-11-03-ukraine-ost-wahlen.html>, letzter Zugriff am 29.04.2015.

Die Bundesregierung, „Ukraine- Krise. Politisches Umfeld für G8 nicht gegeben“, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2014/03/2014-03-24-g7-osze.html>, letzter Zugriff am 27.04.2015.

Die Bundesregierung, „Ukraine. Chance für die Demokratie“, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2014/02/2014-02-24-ukraine-chance-fuer-demokratie.html>, letzter Zugriff am 29.04.2015.

Die Bundesregierung, „Ukraine. Nato stellt Kooperation mit Russland ein“, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2014/04/2014-04-03-lage-in-der-ukraine.html>, letzter Zugriff am 27.04.2015.

Die Bundesregierung, „Ukraine. Russland verletzt das Völkerrecht“, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2014/03/2014-03-19-ukraine-abkommen.html>, letzter Zugriff am 27.04.2015.

France Diplomatie, „Ukraine - Déclaration de Laurent Fabius (1er mars 2014)“, <http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/politique-etrangere-de-la-france/defense-et-securite/crises-et-conflits/ukraine-23669/article/ukraine-declaration-de-laurent-116536>, letzter Zugriff am 05.05.2015.

La France au Cambodge, „Les grands axes de la politique étrangère de la France“, <http://www.ambafrance-kh.org/Les-grands-axes-de-la-politique>, letzter Zugriff am 20.05.2015.

Ministry of Foreign Affairs Republic of Poland, „Polish Foreign Policy Priorities 2012-2016“, <http://www.msz.gov.pl/resource/d31571cf-d24f-4479-af09-c9a46cc85cf6:JCR>, letzter Zugriff am 20.05.2015.

Présidence de la République française, „Situation en Ukraine“, <http://www.elysee.fr/communiqués-de-presse/article/situation-en-ukraine-3/>, letzter Zugriff am 05.05.2015.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, „Erklärung der Bundeskanzlerin zu den EU-Sanktionsentscheidungen“, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2014/07/2014-07-29-erklaerung-eu-sanktionen.html>, letzter Zugriff am 27.04.2015.

Rat der Europäischen Union; Europäischer Rat, „Restriktive Maßnahmen der EU als Reaktion auf die Krise in der Ukraine“, <http://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions/ukraine-crisis/>, letzter Zugriff am 06.05.2015.

Sikorski, Radosław, „Address by the Minister of Foreign Affairs on the goals of Polish foreign policy in 2014. Minister of Foreign Affairs Radosław Sikorski delivered his annual foreign policy address to the Sejm on 8 May“, [http://www.msz.gov.pl/en/news/address\\_by\\_the\\_minister\\_of\\_foreign\\_affairs\\_on\\_the\\_goals\\_of\\_polish\\_foreign\\_policy\\_in\\_2014](http://www.msz.gov.pl/en/news/address_by_the_minister_of_foreign_affairs_on_the_goals_of_polish_foreign_policy_in_2014), letzter Zugriff am 06.05.2015.

Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Nordatlantikvertrags-Organisation Brüssel, „Der Nordatlantikvertrag“, [http://www.nato.diplo.de/Vertretung/nato/de/04/Rechtliche\\_\\_Grundlagen/Nordatlantikvertrag.html](http://www.nato.diplo.de/Vertretung/nato/de/04/Rechtliche__Grundlagen/Nordatlantikvertrag.html), letzter Zugriff am 10.08.2015.

## **Sekundärquellen**

### **Beiträge in Sammelbänden**

Aggestam, Lisbeth, „Role identity and the Europeanisation of foreign policy: a political–cultural approach“, in: B. Tonra; T. Christiansen (Hg.) (2004), Rethinking European Union foreign policy, Manchester, New York: Manchester University Press, S. 81–98.

Bereslavskiy, Dennis; Pleines, Heiko, „Faktencheck: Die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zum Donbass-Konflikt“, in: Forschungsstelle Osteuropa; Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hg.) (2015), Ukraine Analysen (150), S. 2–5.

Bindi, Federiga M.; Shapiro, Jeremy, „EU Foreign Policy: Myth or Reality?“, in: F. M. Bindi (Hg.) (2010), The foreign policy of the European Union, Washington, D.C.: Brookings Institution Press, S. 339–348.

Buras, Piotr, „Die ukrainische Krise, die polnische Außenpolitik und die polnisch-deutschen Beziehungen“, in: Deutsches Polen-Institut; Forschungsstelle Osteuropa; Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hg.) (2014), Polen- Analysen (146), S. 2–8.

Buras, Piotr, „Polen, der Ukraine-Konflikt und die Europäische Union“, in: Deutsches Polen-Institut; Forschungsstelle Osteuropa; Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hg.) (2014), Polen- Analysen (161), Darmstadt, S. 2–6.

Charillon, Frédéric; Wong, Reuben, „France. Europeanization by default?“, in: R. Wong; C. Hill (Hg.) (2011), National and European foreign policies (74), Abingdon, Oxon, New York: Routledge, S. 19–34.

Daehnhardt, Patricia, „Germany in the European Union“, in: R. Wong; C. Hill (Hg.) (2011), National and European foreign policies (74), Abingdon, Oxon, New York: Routledge, S. 35–56.

Deubner, Christian, „Rückkehr nationaler Interessen in die deutsche Europapolitik?“, in: M. Meimeth; J. Schild (Hg.) (2002), Die Zukunft von Nationalstaaten in der europäischen Integration, Opladen: Leske + Budrich, S. 153–172.

Dylla, Daria W., „Paris, Berlin, Warschau. Sicherheitspolitische Überlegungen im Herzen Europas“, in: W. Hilz (Hg.) (2010), Frankreich - Deutschland - Polen (C 199), Bonn: ZEI, S. 45–57.

Frank, Cornelia, „Zivilmacht trifft 'instinktiven' Atlantiker: Deutschlands und Polens Interessen in der ESVP“, in: T. Jäger (Hg.) (2008), Deutschland und Polen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 101–122.

Heller, Regina, „Minsk II: neues Spiel, neues Glück?“, in: Forschungsstelle Osteuropa; Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hg.) (2015), Ukraine Analysen (146), S. 2–3.

Hill, Christopher; Wong, Reuben, „Many actors, one path? The meaning of Europeanization in the context of foreign policy“, in: R. Wong; C. Hill (Hg.) (2011), National and European foreign policies (74), Abingdon, Oxon, New York: Routledge, S. 210–232.

Hyde-Price, Adrian, „Interests, institutions and identities in the study of European foreign policy“, in: B. Tonra; T. Christiansen (Hg.) (2004), Rethinking European Union foreign policy, Manchester, New York: Manchester University Press, S. 99–113.

Ivashko, Iryna Krut, Anton, „Warum sind die Vereinbarungen von Minsk so fragil?“, in: Forschungsstelle Osteuropa; Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hg.) (2015), Ukraine Analysen (146), S. 3–4.

Jurt, Joseph, „Die universalistisch-jakobinische Tradition der französischen Außenpolitik“, in: B. Rill (Hg.) (2009), Frankreichs Außenpolitik (66), München: Hans-Seidel-Stiftung, Akad. für Politik und Zeitgeschehen, S. 7–19.

Lang, Kai-Olaf; Schwarzer, Daniela, „Ein neues Scharnier für Europa“, in: Stiftung Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (Hg.) (2011), Dokumentation des Zeitungsprojektes „20 Jahre Weimarer Dreieck 2011“ der Stiftung Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar, Weimar, S. 22–23.

Marchetti, Andreas, „Deutschland zwischen Ost und West. Die Beziehungen zu Polen und Frankreich fünf Jahre nach der Osterweiterung“, in: W. Hilz (Hg.) (2010), Frankreich - Deutschland - Polen (C 199), Bonn: ZEI, S. 57–66.

Marchetti, Andreas, „Eine neuerliche EU-Erweiterungsrunde? Deutsche und polnische Standpunkte zur Frage eines EU-Beitritts der Ukraine und der Türkei“, in: T. Jäger (Hg.) (2008), Deutschland und Polen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 137–159.

Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela, „Polen in der Europäischen Union“, in: T. Goll; T. Leurerer (Hg.) (2005), Polen und Deutschland nach der EU-Osterweiterung (7), Baden-Baden: Nomos, S. 85–103.

Pertusot, Vivien, „L'UE et la crise ukrainienne : les quatre enseignements“, in: Institut français des relations internationales (Hg.) (2014), Ukraine: la crise commence, S. 20–22.

Pleines, Heiko, „Trennlinien in der Ostukraine“, in: Forschungsstelle Osteuropa; Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hg.) (2015), Ukraine Analysen (146), S. 7–8.

Pomorska, Karolina, „Poland. Learning to play the Brussels game“, in: R. Wong; C. Hill (Hg.) (2011), *National and European foreign policies* (74), Abingdon, Oxon, New York: Routledge, S. 167–188.

Ruchniewicz, Krzysztof, „Deutschland, Frankreich und Polen im vereinten Europa. Bilanz nach fünf Jahren EU-Osterweiterung“, in: W. Hilz (Hg.) (2010), *Frankreich - Deutschland - Polen* (C 199), Bonn: ZEI, S. 67–75.

Schild, Joachim, „Europäisierte Nationalstaaten. Deutschland und Frankreich im europäischen Mehrebenensystem“, in: M. Meimeth; J. Schild (Hg.) (2002), *Die Zukunft von Nationalstaaten in der europäischen Integration*, Opladen: Leske + Budrich, S. 11–77.

Sjursen, Helene; Smith, Karen E., „Justifying EU foreign policy: the logics underpinning EU enlargement“, in: B. Tonra; T. Christiansen (Hg.) (2004), *Rethinking European Union foreign policy*, Manchester, New York: Manchester University Press, S. 126–141.

Standtke, Klaus-Heinrich, „Einführende Zusammenfassung des Herausgebers“, in: K.-H. Standtke (Hg.) (2009), *Trójkąt Weimarski w Europie*, Toruń: Wydawn. Adam Marszałek, S. 115–162.

Stratievski, Dmitri, „Die Koalition steht. Neue Machtverhältnisse im ukrainischen Parlament“, in: Forschungsstelle Osteuropa; Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hg.) (2014), *Ukraine Analysen* (143), S. 2–4.

Tonra, Ben, „Denmark and Ireland“, in: I. Manners; R. G. Whitman (Hg.) (2000), *The foreign policies of European Union member states*, Manchester: Manchester University Press, S. 224–242.

Wenerski, Łukasz, „Der Blick der Polen und der Ukrainer über ihre gemeinsame Grenze hinweg“, in: Deutsches Polen-Institut; Forschungsstelle Osteuropa; Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hg.) (2014), *Polen- Analysen* (141), Darmstadt, S. 2–6.

Wong, Reuben, „Foreign Policy“, in: P. Graziano; M. Peter Vink (Hg.) (2007), *Europeanization*, Houndmills, Basingstoke, Hampshire [England], New York: Palgrave Macmillan, S. 321–332.

Wong, Reuben, „The Europeanization of Foreign Policy“, in: C. Hill; M. Smith (Hg.) (2005), *International relations and the European Union* (5), Oxford: Oxford University Press, S. 134–153.

### **Monographien**

Adomeit, Hannes (2015), *Les relations germano-russes : entre changement de paradigme et maintien du statu quo*, Paris: Institut français des relations internationales.

Aposkitis, Selma (2006), *Europäisierung oder Renationalisierung. Nationalstaatliche Positionen in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Deutschland, Frankreich und Großbritannien*, Baden-Baden: Nomos.

Ćwiek-Karpowicz, Jarosław; Dudzińska, Kinga Iwona; Dyner, Anna Maria; Kaca, Elżbieta, et al. (2015), *Sanctions and Russia*, Warschau: The Polish Institute of International Affairs.

Godzimirski, Jakub M.; Puka, Lidia; Stormowska, Marta (2015), *Has the EU Learnt from the Ukraine Crisis? Changes to Security, Energy and Migration Governance*, Warschau: The Polish Institute of International Affairs.

Hacker, Jens (1995), *Integration und Verantwortung. Deutschland als europäischer Sicherheitspartner*, Bonn: Bouvier.

Holsti, Kalevi Jaakko (1995), *International politics. A framework for analysis*, Englewood Cliffs, New Jersey: Prentice Hall.

Kamińska, Joanna (2008), *Taking or shaping? Poland and the Eastern Dimension of the Common Foreign and Security Policy (CFSP) of the EU*.

Kamińska, Joanna (2014), *Poland and EU enlargement. Foreign policy in transformation*, New York: Palgrave Macmillan.

Kimmel, Adolf; Uterwedde, Henrik; Schild, Joachim (2005), *Frankreichs V. Republik. Ein Regierungssystem im Wandel. Festschrift für Adolf Kimmel*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kühnhardt, Ludger; Ménudier, Henri; Reiter, Janusz (2000), *Das Weimarer Dreieck. Die französisch-deutsch-polnischen Beziehungen als Motor der Europäischen Integration*, Bonn: Zentrum für Europäische Integrationsforschung.

Kwiatkowska-Drożdż, Anna (2014), *Niemcy wobec Rosji. Powiązania - tak, zbliżenie - nie*, Warschau: Ośrodek Studiów Wschodnich im. Marka Karpia.

Ladrech, Robert (2010), *Europeanization and national politics*, Basingstoke, Hampshire: Palgrave Macmillan.

Lang, Kai-Olaf (2000), *Polens Beziehungen zu Russland: zwischen Argwohn und Zusammenarbeit*, Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien.

Lang, Kai-Olaf (2004), Das Weimarer Dreieck: ein neuer "Motor" für die größere EU?, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit.

Lemke, Christiane (2012), Internationale Beziehungen. Grundkonzepte, Theorien und Problemfelder, München: Oldenbourg.

Longhurst, Kerry Anne; Zaborowski, Marcin (2007), The new Atlanticist. Poland's foreign and security priorities, London, Oxford: Chatham House; Blackwell.

Schäfer, Claudia (2014), Europäisierung in Ostmitteleuropa. Subnationale Effekte von Konditionalität und Mitgliedschaft am Beispiel der Regionalverwaltungen Polens, Berlin, Münster: Lit.

Schmalz, Uwe (2004), Deutschlands europäisierte Aussenpolitik. Kontinuität und Wandel deutscher Konzepte zur EPZ und GASP, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Stiftung Wissenschaft und Politik; German Marshall Fund of the United States (2013), Neue Macht Neue Verantwortung. Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch.

### **Zeitschriftenaufsätze**

Adomeit, Hannes (2015), „A Tidal Change in Ostpolitik“, in: New Eastern Europe 16 (2), S. 52–60.

Bendiek, Annegret (2008), „Perspektiven der EU- Außenpolitik. Plädoyer für eine Wiederbelebung des Weimarer Dreiecks“, in: SWP- Aktuell (55), S. 1–8.

Börzel, Tanja A. (2002), „Pace-Setting, Foot-Dragging, and Fence-Sitting: Member State Responses to Europeanization\*“, in: Journal of Common Market Studies 40 (2), S. 193–214.

Börzel, Tanja A.; Risse, Thomas (2012), „From Europeanisation to Diffusion: Introduction“, in: West European Politics 35 (1), S. 1–19.

Bulmer, Simon J.; Radaelli, Claudio M. (2004), „The Europeanisation of National Policy?\*“, in: Queen's Papers on Europeanisation (1), S. 1–22.

Buras, Piotr (2014), „After Tusk: Poland in Europe“, in: European Council of Foreign Relations Policy Brief (118), S. 1–10.

Buras, Piotr (2014), „Partnerschaft auf dem Prüfstand. Deutschland, Polen und die Zukunft der europäischen Ostpolitik“, in: Internationale Politik (4), S. 41–47.

Buras, Piotr (2015), „A Storm in a Teacup?“, in: New Eastern Europe 16 (2), S. 61–67.

Checkel, Jeff (1993), „Ideas, Institutions, and the Gorbachev Foreign Policy Revolution“, in: *World Politics* 45 (2), S. 271–300.

Delcour, Laure (2010), „Frankreich und Russland. Neue Dynamik für eine besondere Beziehung“, in: *DGAPanalyse Frankreich* (6), S. 1–12.

Delcour, Laure (2015), „Dualitäten der französischen Russlandpolitik. Die Ukrainekrise als Bewährungsprobe“, in: *DGAPanalyse Frankreich* (4), S. 1–10.

Demesmay, Claire (2014), „Das deutsch-französische Tandem. Fünf Thesen auf dem Prüfstand“, in: *Internationale Politik* (3), S. 72–77.

Dyduch, Joanna (2014), „Foreign Policy Analysis in the Time of European Political Integration. Structural Realism and Europeanization – An Attempted Synthesis?“, in: *Horyzonty Polityki* 5 (10), S. 51–83.

Fischer, Sabine (2014), „Eskalation der Ukraine-Krise. Gegensätzliche Interpretationen erschweren internationale Diplomatie“, in: *SWP- Aktuell* (13), S. 1–4.

Gostyńska, Agata; Parkes, Roderick (2014), „Europe and Its Institutions: Towards a Renewed Polish Approach to the EU“, in: *Strategic File (The Polish Institute of International Affairs)* 38 (2), S. 1–7.

Hacke, Christian (2006), „Deutsche Außenpolitik unter Bundeskanzlerin Angela Merkel“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (43), S. 30–37.

Harpprecht, Klaus (2012), „Die Glosse: Deutsche und Polen – ein Gedenkblatt“, in: *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte* (6), S. 16–18.

Hyde-Price, Adrian (2004), „European Security, Strategic Culture, and the Use of Force“, in: *European Security* 13 (4), S. 323–343.

Ischinger, Wolfgang; Bunde, Tobias (2015), „Neue deutsche Diplomatie?“, in: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* 8 (S1), S. 313–333.

Kacprzyk, Artur (2014), „Deterring Russia after Ukraine: CEE Divided on the Future of NATO Policy“, in: *Policy Paper (The Polish Institute of International Affairs)* 96 (13), S. 1–7.

Kamińska, Joanna (2010), „The Link between National Foreign Policy and the Performance of a Country in the European Union: The Polish Case“, in: *Journal of Contemporary European Research* 6 (1), S. 69–84.

Krzemiński, Adam (2015), „Im Osten viel Neues. Deutsche Ostpolitik aus polnischer Perspektive“, in: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* 8 (S1), S. 403–425.

Kuźniar, Roman (2006), „De nouveaux défis pour la politique étrangère polonaise“, in: *Revue internationale et stratégique* 61 (1), S. 49–60.

Kwiatkowska-Drożdż, Anna; Frymark, Kamil (2015), „Germany in the Russian-Ukrainian conflict: a political or a humanitarian mission?“, in: OSW Commentary (Centre for Eastern Studies) (163), S. 1–6.

Lang, Kai-Olaf (2003), „Wiederbelebung des Weimarer Dreiecks im Zeichen atlantischer Differenzen und europäischer Zerissenheit“, in: SWP- Aktuell (19), S. 1–4.

Lang, Kai-Olaf (2015), „A New Test for German-Polish Relations“, in: New Eastern Europe 16 (2), S. 43–51.

Lang, Kai-Olaf; Schwarzer, Daniela (2011), „Das Weimarer Dreieck jetzt stärken und nutzen. Europapolitische Funktionen der deutsch-polnisch-französischen Zusammenarbeit“, in: SWP- Aktuell (31), S. 1–8.

Lesser, Gabriele (2011), „Die Zukunft des Weimarer Dreiecks liegt im Osten“, in: Genshagener Papiere (5), S. 11–13.

Major, Claudia (2005), „Europeanisation and Foreign and Security Policy - Undermining or Rescuing the Nation State?“, in: Politics 25 (3), S. 175–190.

Malinowski, Krzysztof (2006), „Europäische Sicherheitsstrategien“, in: WeltTrends 14 (50), S. 41–54.

Mauß, Hanns W. (2014), „Deutsche Außenpolitik: zwischen Selbstüberschätzung und Wegducken“, in: GIGA focus (1), S. 1–8.

Mauß, Hanns W. (2015), „Deutsche Außenpolitik – Verantwortung und Macht“, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 8 (S1), S. 213–237.

Meister, Stefan (2014), „Die Ukraine nach der Parlamentswahl – Ein Richtungswechsel?“, in: Deutsche Beratergruppe Newsletter (74), S. 1–2.

Meister, Stefan (2011), „A New Start for Russian- EU Security Policy? The Weimar Triangle, Russia and the EU's Eastern Neighbourhood“, in: Genshagener Papiere (7), S. 1–23.

Meister, Stefan (2012), „Entfremdete Partner. Deutsch-russische Beziehungen nach Putins Rückkehr“, in: Osteuropa 62 (6-8), S. 475–484.

Olsen, Johan P. (2002), „The Many Faces of Europeanization“, in: JCMS: Journal of Common Market Studies 40 (5), S. 921–952.

Richter, Wolfgang , „Die Ukraine-Krise. Die Dimension der paneuropäischen Sicherheitskooperation“, in: SWP- Aktuell 2014 (23), S. 1–8.

Rinke, Andreas (2014), „Raus ins Rampenlicht. Die Genese der ‚neuen deutschen Außenpolitik‘“, in: Internationale Politik (4), S. 8–13.

Sedelmeier, Ulrich (2011), „Europeanisation in new member and candidate states“, in: *Living Reviews in European Governance* 6, S. 1–34.

Smith, Michael E. (2004), „Institutionalization, Policy Adaptation and European Foreign Policy Cooperation“, in: *European Journal of International Relations* 10 (1), S. 95–136.

Smith, Michael E. (2000), „Conforming to Europe: the domestic impact of EU foreign policy co-operation“, in: *Journal of European Public Policy* 7 (4), S. 613–631.

Standtke, Klaus-Heinrich (2003), „Zwischen Irak-Krise und ESVP: Was wird aus dem Weimarer Dreieck? V. Gipfeltreffen in Breslau, 9. Mai 2003 – Eine kritische Bewertung“, in: *Dokumente – Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog* 60 (3), S. 1–7.

Tulmets, Elsa; Cadier, David (2014), „French Policies toward Central Eastern Europe: Not a Foreign Policy Priority but a Real Presence“, in: *DGAPanalyse* (11), S. 1–14.

Zaborowski, Marcin; Longhurst, Kerry (2003), „America's protégé in the East? The Emergence of Poland as a Regional Leader“, in: *International Affairs (Royal Institute of International Affairs)* 79 (5), S. 1009–1028.

### **Vortrag**

Tonra, Ben (2013): *Europeanisation and EU Foreign Policy: A Genealogy and Survey*. 8th Pan European Conference on International on International Relations. The Institute of International Relations, University of Warsaw, The Polish Association for International Studies. Warschau, 21.09.2013.

### **Beitrag in Tagungsband**

Kolboom, Ingo, „Das Weimarer Dreieck : Trilaterale Zusammenarbeit als Modell zur Osterweiterung der EU“, in: K.-H. Standtke (Hg.) (15.5. - 17.5.1998), *Frankreich, Deutschland, Polen und die EU- Osterweiterung: Hat das Weimarer Dreieck eine Zukunft?*, S. 18–24.

### **Internetquellen**

Bechev, Dimitar; Buras, Piotr, „Consequences of Ukraine: Europe's fragile cohesion“, [http://www.ecfr.eu/article/commentary\\_global\\_consequences\\_of\\_ukraine\\_europe\\_s\\_fragile\\_cohesion260](http://www.ecfr.eu/article/commentary_global_consequences_of_ukraine_europe_s_fragile_cohesion260), letzter Zugriff am 07.05.2015.

Bundeszentrale für Politische Bildung, „Dokumentation: Das Minsker Memorandum vom 19. September“, <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/192488/dokumentationdasminskermemorandumvom19september>, letzter Zugriff am 27.04.2015.

Buras, Piotr, „Can Poland remain a leader of EU foreign policy?“, [http://www.ecfr.eu/article/commentary\\_can\\_poland\\_remain\\_a\\_leader\\_of\\_eu\\_foreign\\_policy418](http://www.ecfr.eu/article/commentary_can_poland_remain_a_leader_of_eu_foreign_policy418), letzter Zugriff am 15.05.2015.

Buras, Piotr, „Has Germany sidelined Poland in Ukraine crisis negotiations?“, [http://www.ecfr.eu/article/commentary\\_has\\_germany\\_sidelined\\_poland\\_in\\_ukraine\\_crisis\\_negotiations301](http://www.ecfr.eu/article/commentary_has_germany_sidelined_poland_in_ukraine_crisis_negotiations301), letzter Zugriff am 06.05.2015.

Cichocki, Jacek; Konończuk, Wojciech, „Die Beziehungen zu Russland“, <http://www.bpb.de/internationales/europa/polen/40705/nachbar-russland>, letzter Zugriff am 26.05.2015.

Easton, Adam, „Poland and Baltics feel heat from Crimea“, <http://www.bbc.com/news/world-europe-26526053>, letzter Zugriff am 06.05.2014.

Frymark, Kamil; Kwiatkowska-Drożdż, Anna, „Berlin: Above all dialogue“, <http://www.osw.waw.pl/en/publikacje/analyses/2014-03-05/berlin-above-all-dialogue>, letzter Zugriff am 13.05.2015.

Hanns Seidel Stiftung, „20 Jahre Weimarer Dreieck“, <http://www.hss.de/politik-bildung/themen/themen-2011/20-jahre-weimarer-dreieck.html>, letzter Zugriff am 11.03.2015.

Höppner, Stephanie, „Ukraine-Krise: Deutschland spielt Schlüsselrolle. Nach dem Ende des Waffenstillstands startet Außenminister Steinmeier eine neue Friedens-Initiative“, <https://dgap.org/de/think-tank/presse/dgap-in-den-medien/ukraine-krise-deutschland-spielt-schluesselrolle>, letzter Zugriff am 08.05.2015.

Konrad Adenauer Stiftung, „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU nach Lissabon. 10. Erfurter Europagespräch“, <http://www.kas.de/thueringen/de/publications/28770/>, letzter Zugriff am 15.04.2015.

Konrad Adenauer Stiftung, „Russland muss verhandeln. Hans-Gert Pöttering zur Lage in der Ukraine“, <http://www.kas.de/wf/de/33.37021/>, letzter Zugriff am 08.05.2015.

Kwiatkowska-Drożdż, Anna; Popławski, Konrad; Frymark, Kamil, „The German reaction to the Russian-Ukrainian conflict – shock and disbelief“, <http://www.osw.waw.pl/en/publikacje/osw-commentary/2014-04-03/german-reaction-to-russian-ukrainian-conflict-shock-and>, letzter Zugriff am 13.05.2015.

länder-analysen, „Chronik: die Ukraine im Jahr 2015“, [http://www.laender-analysen.de/ukraine/chroniken/Chronik\\_ua\\_2015\\_dru.pdf](http://www.laender-analysen.de/ukraine/chroniken/Chronik_ua_2015_dru.pdf), letzter Zugriff am 22.04.2015.

Lütticke, Marcus, „Polens Angst vor dem 'russischen Bären'“, <http://www.dw.de/polens-angst-vor-dem-russischen-baeren/a-17470070>, letzter Zugriff am 06.05.2015.

Maull, Hanns W., „Deutschlands außenpolitische Kontinuität ist richtig. Die Außenpolitik fliegt auf Autopilot, die Piloten bewältigen Turbulenzen“, <http://www.aussenpolitik-weiter-denken.de/de/aussensicht/article/die-aussenpolitische-kontinuitaet-ist-richtig-muss-aber-angepasst-werden.html>, letzter Zugriff am 20.05.2015.

Meister, Stefan, „Reframing Germany’s Russia policy - an opportunity for the EU“, [http://www.ecfr.eu/publications/summary/reframing\\_germanys\\_russia\\_policy\\_an\\_opportunity\\_for\\_the\\_eu306](http://www.ecfr.eu/publications/summary/reframing_germanys_russia_policy_an_opportunity_for_the_eu306), letzter Zugriff am 14.05.2015.

Meister, Stefan, „Dialog Deutschland- Polen- Russland. Die Beziehungen zwischen der EU und Russland unter den Sanktionen: politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Dimensionen“, <https://dgap.org/de/node/26237>, letzter Zugriff am 26.05.2015.

Nassauer, Otfried, „Ukraine-Krise – Streit über weiteren Umgang mit Moskau“, <http://www.bits.de/frames/publibd.htm>, letzter Zugriff am 08.05.2015.

Pomorska, Karolina, „‘Are we there yet? From adaptation to Europeanisation of Polish foreign policy’“, [http://www.euce.org/eusa/2011/papers/7j\\_pomorska.pdf](http://www.euce.org/eusa/2011/papers/7j_pomorska.pdf), letzter Zugriff am 12.08.2015.

Reiter, Janusz, „Im Fall Moskau hilft keine Psychotherapie. Eine gemeinsame europäische Antwort auf die Ukraine-Krise ist nicht eine Frage des Ehrgeizes, sondern ein Gebot des politischen Überlebens.“, <http://www.ipg-journal.de/schwerpunkt-des-monats/bilanz-der-osterweiterung/artikel/detail/im-fall-moskau-hilft-keine-psychotherapie-616/>, letzter Zugriff am 20.05.2015.

Rinke, Andreas, „How Putin Lost Berlin. Moscow’s annexation of Crimea has transformed Germany’s Russia policy“, <https://ip-journal.dgap.org/en/ip-journal/topics/how-putin-lost-berlin>, letzter Zugriff am 08.05.2015.

Rinke, Andreas, „Merkel’s World. The German Chancellor’s views on foreign and EU policy are neither opaque nor a secret“, <https://ip-journal.dgap.org/en/ip-journal/topics/merkels-world>, letzter Zugriff am 23.04.2015.

Rinke, Andreas, „Schwieriger Balanceakt. Berlins Ringen um eine neue Politik gegenüber Russland geht weiter“, <https://zeitschrift-ip.dgap.org/de/ip-die-zeitschrift/themen/schwieriger-balanceakt>, letzter Zugriff am 25.05.2015.

Romaniec, Rosalia, „‘Weimarer Dreieck’ für neue Nachbarschaftspolitik“, <http://www.dw.com/de/weimarer-dreieck-für-neue-nachbarschaftspolitik/a-17534899>, letzter Zugriff am 13.03.2015.

Steiner, Falk, „Weimarer Dreieck berät Europapolitik“, [http://www.deutschlandfunk.de/krim-krise-weimarer-dreieck-beraet-europapolitik.1766.de.html?dram:article\\_id=281637](http://www.deutschlandfunk.de/krim-krise-weimarer-dreieck-beraet-europapolitik.1766.de.html?dram:article_id=281637), letzter Zugriff am 11.05.2015.

Steinmeier, Frank-Walter, „Zur 'DNA' der deutschen Außenpolitik. Was im Krisenjahr 2014 deutlich geworden ist.“, <http://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/zur-dna-der-deutschen-aussenpolitik-810/>, letzter Zugriff am 25.04.2015.

Tagesschau.de, „Hintergrund zur Ukraine. Das Assoziierungsabkommen mit der EU“, <http://www.tagesschau.de/ausland/assoziierungsabkommen108.html>, letzter Zugriff am 21.04.2015.

Tocci, Nathalie, „Deutsche Außenpolitik – wirtschaftlich stark und politisch schwach. Menschenrechte stehen hinten an“, <http://www.review2014.de/de/aussensicht/article/einbinden-aufstrebender-maechte-fuer-demokratie-menschenrechte-und-rechtstaatlichkeit.html>, letzter Zugriff am 25.04.2015.

Voigt, Karsten, „Leitgedanken zur Russlandpolitik. Wir brauchen Zusammenarbeit und Gefahrenabwehr.“, <http://www.ipg-journal.de/kolumne/artikel/leitgedanken-zur-russlandpolitik-854/>, letzter Zugriff am 20.05.2015.

Wientzek, Olaf, „Ultimatum an Moskau, Unterstützung für Kiew. Sondergipfel Der EU-Staats- Und Regierungschefs Zur Lage In Der Ukraine Am 6. März“, [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_37018-1522-1-30.pdf?140311130517](http://www.kas.de/wf/doc/kas_37018-1522-1-30.pdf?140311130517), letzter Zugriff am 07.05.2015.